



<http://www.laender-analysen.de/russland/>

DE-FACTO-STAAATEN, BERGKARABACH, TRANSNISTRIEN IM MOLDAUISCHEN PRÄSIDENTSCHAFTSWAHLKAMPF

■ ANALYSE			
Postsowjetische De-facto-Regime	2	Implikationen des Bergkarabach-Konflikts für Georgien und die regionale Stabilität	25
Andreas Heinemann-Grüder (Bonn International Centre for Conversion, Bonn)		Belinda Nüssel (Stiftung Wissenschaft und Politik, Berlin), Minna Ålander (Stiftung Wissenschaft und Politik, Berlin)	
■ DOKUMENTATION			
Völkerrechtlich nicht anerkannte De-facto-Staaten, 1945–2016	7	Die Östliche Nachbarschaft ist in Aufruhr, aber der Einfluss der EU auf ungelöste Konflikte ist begrenzt	28
■ KOMMENTAR			
Weder temporäre Anomalien noch eingefrorene Konflikte – De-facto-Staaten in der europäischen Peripherie	8	Tanya Tamminen (Diacoord Consulting, Tampere, Finnland)	
Sebastian Relitz (Friedrich-Schiller-Universität, Jena)		Tyney Karjalainen (Finnisches Institut für Internationale Beziehungen, Helsinki, Finnland)	
■ UMFRAGEN			
Die Sicht der russischen Bevölkerung auf nicht anerkannte De-facto-Staaten im postsowjetischen Raum	10	■ ANALYSE	
■ DEKODER		Die Rolle Transnistriens im Diskurs des Präsidentschaftswahlkampfes in der Republik Moldau	30
Bergkarabach	14	Elia Bescotti (Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung, Regensburg)	
Cindy Wittke (Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung, Regensburg)		■ DOKUMENTATION	
Tschüss, Russki Mir?! – Russlands neues Konzept der »strategischen Zurückhaltung« im postsowjetischen Raum	18	Waffenstillstandsvereinbarung zwischen Aserbaidschan und Armenien vom 10. November 2020	34
Wladimir Frolow (Republic)		Interview mit Präsident Wladimir Putin nach Abschluss des Waffenstillstands zwischen Aserbaidschan und Armenien am 17. November	35
■ KOMMENTAR		■ STATISTIK	
Türkei, Russland und Bergkarabach: Eine ambivalente Konfliktkonstellation	21	Covid-19 in Russland	40
Daria Isachenko (Centrum für angewandte Türkeistudien (CATS) der Stiftung Wissenschaft und Politik, Berlin)		■ CHRONIK	
Iran im Karabach-Krieg: Ein wichtiger Outsider	23	Covid-19-Chronik, 2. – 13. November 2020	41
Zaur Gasimov (Universität Bonn)		■ CHRONIK	
		2. – 13. November 2020	44

Postsowjetische De-facto-Regime

Andreas Heinemann-Grüder (Bonn International Centre for Conversion, Bonn)

DOI: 10.31205/RA.394.01

Zusammenfassung

Weltweit gibt es circa 25 De-facto-Regime, fünf davon im postsowjetischen Raum: Abchasien, Südossetien, Transnistrien, Bergkarabach und den russisch kontrollierten Donbas. De-facto-Regime resultieren aus einer Pattsituation. Das »Mutterland« ist dabei nicht mehr in der Lage, die Souveränität über die Bevölkerung und das Territorium des De-facto-Regimes auszuüben, während ein Patron das Überleben sichert und es faktisch, bisweilen auch de jure, anerkennt. Die Gewalt schwelt über längere Phasen mit geringer Intensität, periodisch flammt sie wieder auf, um die Eskalationsbereitschaft des Gegners zu testen. Jenseits der Bewahrung des Status quo wird von der internationalen Gemeinschaft kaum in Konfliktregelung investiert. Ein Modus vivendi mit humanitären Erleichterungen scheint dann die einzig realistische Option.

Einleitung

Weltweit gibt es circa 25 De-facto-Regime, fünf davon im postsowjetischen Raum: Abchasien, Südossetien, Transnistrien, Nagornyj Karabach (Bergkarabach) und den russisch kontrollierten Donbas. Die Angst vor Zwangsassimilation stand am Anfang aller postsowjetischen De-facto-Regime. Mit dem Zerfall der Sowjetunion fiel der Schutz von Autonomien durch die Zentralmacht weg, Föderalismus oder Autonomie wollten die nationalistisch aufgeheizten Nachfolgestaaten nicht gewähren. Eine Reihe früherer Sowjetrepubliken erlangten ihre Unabhängigkeit mit tiefen inneren Spaltungen – Ressentiments, die von russischen Nationalisten, Sowjetnostalgikern sowie lautstarken Ethnonationalisten geschürt wurden. Die Legitimation der De-facto-Regime speist sich aus ihren Gewalterfahrungen.

De-facto-Regime resultieren aus einer Pattsituation. Das »Mutterland« ist dabei nicht mehr in der Lage, die Souveränität über die Bevölkerung und das Territorium des De-facto-Regimes auszuüben, während ein Patron das Überleben sichert und es faktisch, bisweilen auch de jure, anerkennt. Rechtlich hat das Konzept des De-facto-Regimes seinen Ursprung in der Teilung Deutschlands: Auf die fruchtlose Hallstein-Doktrin der Nicht-Anerkennung der DDR folgte ab 1969 die Anerkennung der DDR als de facto Regime.

De-facto-Regime sind so lange resistent gegen Revision, wie die Machtbalance, die zum Patt führte, Bestand hat. Die Gewalt schwelt über längere Phasen mit geringer Intensität, periodisch flammt sie wieder auf, um die Eskalationsbereitschaft des Gegners zu testen. Russland fungiert als Patron der De-facto-Regime, im Falle Nagornyj Karabachs ist es Armenien und seit dem 10. November 2020 nun auch Russland. Mit Ausnahme von Transnistrien hat keiner der geschlossenen Waffenstillstände dauerhaft gehalten. In allen De-facto-Regimen hat Russland einem Waffenstillstand unter der

Bedingung zugestimmt, dass es eigene Truppen stationieren und internationale Truppen fernhalten kann. Russland schreckt vor Revisionskriegen ab, behindert aber zugleich transformative Regelungen.

Russland sichert den Bestand von De-facto-Regimen durch eigene Truppen sowie politische und wirtschaftliche Unterstützung; es macht die De-facto-Regime mittels Subventionen, Medienpolitik, Beteiligungen an Schlüsselindustrien, durch die Vergabe russischer Pässe und durch »Kuratoren« von sich abhängig. Die internationale Gemeinschaft erkennt zwar formal den Rechtsanspruch der »Mutterstaaten« (Ukraine, Georgien, Aserbaidschan, Republik Moldau) an, hat diese jedoch nie darin unterstützt, die abtrünnigen Gebiete zurück zu erobern.

Ein »Mutterstaat« kann sich mit dem De-facto-Regime arrangieren, indem Verkehrsverbindungen aufrechterhalten, humanitäre Erleichterungen und Zugänge gewährt, Renten gezahlt, Abschlüsse anerkannt und grenzüberschreitende Kontakte gepflegt werden. Die entgegengesetzte Strategie besteht darin, den Preis der Separation zu erhöhen, Kommunikations- und Verkehrsverbindungen zu kappen, Sanktionen zu verhängen und eine militärische Rückeroberung vorzubereiten. Aserbaidschan, die Ukraine und Georgien haben überwiegend für Abstrafung optiert, während die Republik Moldau eher auf einen Modus vivendi setzt.

Transnistrien

In der Republik Moldau gewann seit der Perestroika eine an Rumänien orientierte Nationalbewegung an Zuspruch, die unter den russischsprachigen Bewohnern, den Gagausen und weiteren Minderheiten, Befürchtungen vor einer Rumänisierung hervorrief. Teile der nationalistischen »Frontul Popular« forderten die Ausweisung zugewanderter Russen. Die transnistrische Führung organisierte so schon 1990 eine Volksabstimmung,

bei der über 90 Prozent der Wähler für eine Loslösung von der Republik Moldau stimmten. Nach dem gescheiterten August-Putsch von 1991 rief Transnistrien die Unabhängigkeit aus.

Anfang März 1992 begann die Republik Moldau eine Militäroffensive zur Rückeroberung Transnistriens. Auf moldauischer Seite kämpften rumänische Freiwillige, während Transnistrien Unterstützung von russischen und ukrainischen Kombattanten und Kosaken erhielt. Die Kämpfe endeten am 25. Juli 1992 mit einem Waffenstillstand, dessen Einhaltung durch eine aus russischen, moldauischen und transnistrischen Soldaten bestehende »Friedenstruppe« seither überwacht wird. 2003 stellte Dmitri Kosak, seinerzeit Vizechef des russischen Präsidialamtes, ein Memorandum vor, das Transnistrien die Hälfte der Parlamentssitze zuschrieb – eine Sperrminorität (<https://regnum.ru/news/polit/458547.html>). Zudem sollte sich die Republik Moldau zu Neutralität verpflichten. Der Plan scheiterte, die Grundidee wurde jedoch von russischer Seite später auch für den Donbass vorgeschlagen.

Transnistrien ist ein stabiles De-facto-Regime, weil russische Truppen seinen Bestand schützen, die Regierung in Tiraspol finanzielle Hilfen aus Russland erhält und beide Seiten sich mit dem Status quo arrangiert haben. Transnistrien hat einen eigenen Regierungsapparat aufgebaut, verfügt über eine Armee und eine eigene Währung und stellt Pässe aus. Trotz der Spannungen mit der Regierung in der Republik Moldau treffen sich moldauische und transnistrische Vertreter regelmäßig. Die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen beiden sind vergleichsweise unkompliziert.

Alle größeren politischen Parteien in Transnistrien unterstützen die Unabhängigkeit Transnistriens oder einen Beitritt zu Russland. Am 18. März 2014 stellte die Regierung Transnistriens einen Beitrittsantrag zur Russischen Föderation und am 17. April 2014 wandte sich der Oberste Rat von Transnistrien an Putin, die Unabhängigkeit Transnistriens anzuerkennen und einem Beitritt zu Russland zuzustimmen. Transnistrien wollte dem Beispiel der Krim folgen. Allerdings hätte Russland damit seinen Einfluss auf die pro-russische Partei der Sozialisten in der Republik Moldau selbst verwirkt, die aus den Parlamentswahlen 2014 als Sieger hervorging (auch bei der Präsidentschaftswahl 2016 siegte der pro-russische Kandidat, Igor Dodon, von der Partei der Sozialisten).

Seit 2001 ist Transnistrien Mitglied der Gemeinschaft nicht anerkannter Staaten, zu der auch Abchasien, Südossetien und Nagornyj Karabach (Eigenbezeichnung der Armenier: Arzach) gehören. Transnistrien wird allerdings von keinem Staat diplomatisch anerkannt.

Seit November 2005 gibt es eine Grenzkontrollmission der EU an der moldauisch-ukrainischen Grenze,

um den Schmuggel von Waffen-, Menschen- und Drogen zu unterbinden. Transnistrien profitiert seit 2016 vom »Deep and Comprehensive Free Trade Agreement« zwischen Moldova und der EU. Die Ukraine verweigert seit der Krim-Annexion den Nachschub für russisches Militär in Transnistrien über eigene Häfen. Die ursprünglich fünfseitigen Verhandlungen (Republik Moldau, Transnistrien und die drei Mediatoren (Russland, Ukraine und die OSZE) wurden im Herbst 2005 um die EU und die USA als Beobachter erweitert. Das »fünf-plus-zwei«-Format stagniert freilich seit der Ukrainekrise.

Abchasien

In Abchasien bestimmte die Sezession von Georgien seit 1991 die Politik. Der im Mai 1991 gewählte Präsident Georgiens, Zwiad Gamsachurdia, erklärte: »Georgien den Georgiern«. Viele Abchasen befürchteten eine Wiederkehr stalinistischer Unterdrückung. Am 14. August 1992 rückten georgische Truppen in Abchasien ein. Gegen die Vertreibung von Abchasen bildeten sich Milizen und diese vertrieben im Oktober 1992 die georgischen Einheiten, wobei sie ihrerseits schwere Kriegsverbrechen begingen. Russland versorgte die bedrängten Abchasen und ortsansässigen Russen über eine Luftbrücke. Am 27. Juli 1993 wurde unter russischer Vermittlung ein Waffenstillstandsabkommen ausgehandelt.

Abchasien verfügt seit 1993 über unabhängige staatliche Strukturen. Zudem ist es multiethnisch: Der Anteil der Abchasen lag 2011 bei 50,8 Prozent, der der Georgier bei 19,3 Prozent. Armenier machen in der Bevölkerung 17,4 Prozent aus, gefolgt von Russen (9,2 Prozent) und weiteren Minderheiten. Nach der letzten sowjetischen Volkszählung von 1989 hatte der Anteil der namensgebenden Abchasen nur bei 17,8 Prozent gelegen. Die Sezession hatte so zum Ziel, den Anteil von ethnischen Georgiern zu verringern. Infolge der Gewalt flohen rund 250.000 Menschen, darunter etwa 200.000 ethnische Georgier.

Seit 1994 sorgten 1.500 (ab 2008 2.500) russische Soldaten für die Einhaltung des Waffenstillstandes. Die Einhaltung des Abkommens wurde durch die United Nations Observer Mission in Georgia (UNOMIG) überwacht. Wiederholt wurde unter der Schirmherrschaft der Vereinten Nationen über eine Beendigung des Konflikts verhandelt, Abchasien beharrte indes stets auf seiner staatlichen Unabhängigkeit.

Die Regierung Georgiens unter Michail Saakaschwili 2004 bis 2013 beabsichtigte, Abchasien nach dem Modell Adschariens wieder einzugliedern. Ihr Plan sah vertrauensbildende Maßnahmen, eine Demilitarisierung unter internationaler Aufsicht und eine Autonomie für Abchasien und Südossetien vor. Abchasien wies dies zurück, auch Russland lehnte eine Wiedervereinigung ab.

gung ab. Im August 2008 versuchten georgische Militärs daraufhin, Südossetien unter Kontrolle zu bringen. Russland griff zugunsten Südossetiens ein. Am 12. August 2008 wurde die georgische Armee von abchasischen und russischen Truppen besiegt.

Infolge der Niederlage sowohl in Südossetien als auch in Abchasien verlor Georgien die Kontrolle über die abtrünnigen Gebiete vollständig. Ethnische Georgier fühlen sich in Abchasien diskriminiert, wiederholt kam es zu Sabotageakten, die meisten haben sich indes mit dem Status quo arrangiert. In Abchasien gibt es eine vielfältige, russisch geprägte Medien- und Presselandschaft. Laut Freedom House (2012) galt es als teilweise frei, zahlreiche Parteien werben um die Gunst der Wähler. Die Präsidentschaftswahlen von 2019 wurden durch das Oberste Gericht annulliert. Die Neuwahlen im März 2020 führten zum Rücktritt des amtierenden Präsidenten Raul Khajimba, der durch Aslan Bschania ersetzt wurde.

Seit 2008 haben Russland, Nicaragua, Venezuela, Nauru und Syrien die Unabhängigkeit Abchasiens anerkannt. 2014 unterzeichnete Russland ein Kooperationsabkommen, das Finanzhilfen aus Moskau (drei Viertel des abchasischen Haushaltes) und die Einrichtung gemeinsamer Streitkräfte umfasst. Eine Vereinbarung von 2016 erlaubt die Errichtung einer russischen Militärbasis. Etwa 90 Prozent der Bewohner Abchasiens haben mittlerweile russische Pässe erworben.

Die Währung Abchasiens ist der russische Rubel, daneben gibt es seit 2008 noch die Währung Apsar. Die wirtschaftliche Entwicklung stagniert aufgrund von Misswirtschaft und Korruption. Abchasien ist auf Importe aus Russland angewiesen, einer der wichtigsten Wirtschaftszweige sind zudem Touristen aus Russland. In den letzten zehn Jahren entwickelte sich Abchasien zu einem Eldorado für Bitcoin-Farmen, die zwar 2018 verboten wurden, bis in die Gegenwart jedoch weiter Rechner importieren.

Südossetien/ Alania

Südossetien (ossetische Bezeichnung »Alania« seit der Umbenennung 2017) ist völkerrechtlich Teil Georgiens, aber de facto unabhängig. Bei der letzten sowjetischen Volkszählung von 1989 waren etwa zwei Drittel der Bevölkerung ethnische Osseten, 29 Prozent Georgier sowie andere Minderheiten. Offizielle Sprachen sind Ossetisch und Russisch, georgisch wird von der georgisch-stämmigen Bevölkerung gesprochen, von den Osseten meist jedoch nicht beherrscht.

Im August 1989 beschloss die Georgische Unionsrepublik, die Umsiedlung ethnischer Georgier in von Minderheiten bewohnte Gebiete zu fördern. Diese Minderheiten fühlten sich jedoch bedroht. Am 10. November 1989 beschloss der Oberste Sowjet des Autonomen

Gebiets Südossetien die Gründung einer »Südossetischen Autonomen Sowjetrepublik«, am 20. November 1990 erklärte sich Südossetien schließlich als »Demokratische Sowjetrepublik« für unabhängig. In einem Referendum sprachen sich 1992 über 90 Prozent der Teilnehmer für die Unabhängigkeit von Georgien und den Anschluss an das zu Russland gehörende Nordossetien aus. Georgische Milizen marschierten daraufhin in Südossetien ein, während Russland Truppen entsandte, um die Südosseten zu unterstützen. Etwa 100.000 Osseten flohen aus Georgien und Südossetien nach Russland, 20.000 Georgier aus Südossetien nach Georgien.

Am 24. Juni 1992 beschlossen Russlands Präsident Jelzin und Georgiens Präsident Schewardnadse ein Waffenstillstandsabkommen und die Aufstellung einer 1500 Soldaten umfassenden Friedenstruppe aus Russen, Osseten und Georgiern. Da es immer wieder zu Schusswechseln zwischen georgischen und südossetischen Verbänden kam, verständigten sich Georgien und Südossetien am 11. Juli 2004 unter Moskauer Vermittlung erneut auf einen Waffenstillstand und die Entmilitarisierung der Region. Georgien sollte bis auf 500 »Friedenssoldaten« alle Einheiten abziehen, während Südossetien abchasische und russische Truppen ausweisen sollte.

Am 12. November 2006 wurden in Südossetien Präsidentschaftswahlen und ein Referendum über die Unabhängigkeit durchgeführt, bei dem angeblich 99 Prozent ihre Zustimmung zur Unabhängigkeit gaben. Ethnischen Georgiern war die Teilnahme an der Wahl allerdings verwehrt. EU, Europarat, OSZE, USA und NATO verurteilten das Referendum, Russland bezeichnete es hingegen als Ausdruck des freien Willens. Russische Politiker argumentierten, dass wenn die internationale Gemeinschaft die Unabhängigkeit des Kosovos akzeptiere, gleiche Maßstäbe für Abchasien und Südossetien gelten müssten.

Anfang August 2008 stationierte Georgien 12.000 Soldaten und 75 Panzer an der Grenze zu Südossetien, wo zu diesem Zeitpunkt etwa 1.000 russische Soldaten sowie circa 500 südossetische Milizangehörige stationiert waren. Am 08. August 2008 begannen georgische Truppen mit der Besetzung Südossetiens, mit schweren Gefechten zwischen der georgischen Armee und ossetischen Milizen sowie russischen Soldaten als Folge. Russische Boden- und Luftlandetruppen rückten in Südossetien ein und stoppten die georgische Offensive. Südossetien wird seither vollständig von russischen Truppen kontrolliert.

Am 26. August 2008 erklärte Russlands Präsident Medwedew, er erkenne die Unabhängigkeit Südossetiens und Abchasiens an. Der südossetische Präsident Eduard Kokoity (2002 – 2006) strebte eine Vereinigung Süd- und Nordossetiens innerhalb Russlands an. Die Idee, die Südosseten 2014 über einen Beitritt zur Russischen Föderation abstimmen zu lassen, wurde allerdings nicht

umgesetzt. Am 18. Februar 2015 unterzeichneten Russland und Südossetien stattdessen ein Freundschaftsabkommen sowie am 18. März 2015 ein Bündnis- und Integrationsabkommen, welches den Schutz der Grenzen durch Russland vorsieht. Eine Mehrheit von über 80 Prozent der ethnischen Südosseten wünscht angeblich einen Beitritt zur Russischen Föderation.

Südossetien verfügt über eine eigene Verfassung, Verwaltungsstrukturen und Militär. Es gibt mehrere größere Parteien, darunter die rechtskonservative Partei »Einheit«, die Kommunistische Partei Südossetiens und die linksliberale Volkspartei. Die Präsidentschaftswahlen sind weitgehend ergebnisoffen. Ähnlich wie in Transnistrien und in Abchasien bedeutet die Patronage durch Russland keine umfassende Kontrolle über die Selektion der politischen Elite.

Die Region leidet unter hoher Arbeitslosigkeit, während sich in den letzten Jahren die wirtschaftliche Lage durch russische Finanzhilfen gebessert hat. Südossetien ist bedeutsam für den Transithandel von Georgien nach Russland. Am Roki-Tunnel, der die Grenze zu Russland bildet, werden nur 3 Prozent Zoll erhoben, während sonst an der georgisch-russischen Grenze 25 Prozent Zoll zu entrichten sind. Die EU finanzierte zwischen 1998 und 2008 verschiedene Projekte zum Infrastrukturprojekte in Südossetien. Von August 2008 bis Mai 2010 sind nach Angaben der russischen Regierung mehr als 26 Milliarden Rubel (etwa 700 Millionen Euro) Finanzhilfe nach Südossetien geflossen.

Donbas »Volksrepubliken« (»DNR« und »LNR«)

Seit März 2014 stehen weite Teil der ukrainischen Regionen Donezk und Luhansk unter Kontrolle von irregulären bewaffneten Gruppen, russischen Militärs und pro-russischen Verwaltungen. Die politischen Präferenzen im Donbass sind maßgeblich durch den wirtschaftlichen Niedergang, die Macht von Wirtschaftsc clans, das miserable Krisenmanagement und die Korruption und Vetternwirtschaft der Kiewer Regierung beflügelt worden. Während eines »konsultativen« Referendums im Jahre 1994 votierten fast 90 Prozent der Wähler dafür, Russisch als Amtssprache zu nutzen, die Ukraine zu föderalisieren und das Land enger an die Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS) zu binden. Die Präferenzen fanden jedoch keinen Widerhall.

In Reaktion auf die »Maidan«-Revolution und den Regierungswechsel organisierten sich im Donbass ab März 2014 Anhänger des Anti-Maidan und pro-russische Separatisten. Die separatistischen Republiken hielten am 11. Mai 2014 Referenden über die Eigenständigkeit (*samostojatelnost*) der Donezker (»DNR«) und Luhansker »Volksrepubliken« (»LNR«) ab, bei denen angeblich jeweils 89 und 96 Prozent für die Eigenständig-

keit stimmten. Es blieb dabei unklar, ob damit Unabhängigkeit, Autonomie, Dezentralisierung, Föderalisierung oder eine Konföderation gemeint war.

Zweimal (2014 und 2018) fanden in der »DNR« Wahlen zum Parlament statt, es traten die Partei »Donezk Republik«, die Kommunistische Partei der »DNR«, die Partei »Freier Donbass« und die Partei »Neues Russland« an. Russland übt auf die Selektion des Führungspersonals maßgeblichen Einfluss aus. Die Regierung der »DNR« bildet indes keinen uniformen Block, seit 2014 fanden mehrfach Führungswechsel statt. Der »DNR«-Premierminister Sachartschenko und einige prominente pro-russische Feldkommandeure wurden ab 2015 ermordet. Eine mögliche Erklärung ist, dass sie für mangelnde Subordination von russischen Spezialkräften abgestraft wurden, eine andere verweist auf Ranküne.

Ab März 2017 verbot Präsident Poroschenko den Handel mit Gütern aus und in den russisch kontrollierten Donbass, die ukrainische Nationalbank untersagte zudem Finanztransfers. Insbesondere für Rentner ist der Bezug ihrer Pensionen nur möglich, wenn sie in der Ukraine registriert sind. Russland deckt so einen erheblichen Teil der Renten. Die »DNR« eröffnete im Oktober 2014 eine eigene Zentralbank und Steuerbehörden. Die Wirtschaft in der »DNR«, vor allem der Bergbau und die Schwerindustrie, liegen seit der Abtrennung darnieder, Löhne werden nur unregelmäßig gezahlt. In der »DNR« gelten der russische Rubel, die ukrainische Hrywnja, der Euro und US-Dollar als Währungen.

Nachdem Separatisten im März und April 2014 öffentliche Gebäude der Luhansker Region besetzten, erklärte der »Volksgouverneur« Walerij Bolotow am 12. Mai 2014 die Unabhängigkeit der »LNR«. Bei einem Referendum am 11. Mai 2014 hatten angeblich 96,2 Prozent der Wahlbeteiligten für »Eigenständigkeit« gestimmt. Am 24. Mai 2014 erklärten die »DNR« und »LNR«, eine Konföderation der »Volksrepubliken« unter dem Namen Neu-Russland zu bilden. Die Führung der »LNR« erklärte zudem am 12. Juni 2014, dass es mit Russland einen »Unionsstaat« bilden wolle. Der »Volkssowjet« der »LNR« nahm im Mai 2014 eine Verfassung an, und 2014 und erneut 2018 wurden allgemeine Wahlen – entgegen den Minsker Vereinbarungen – abgehalten. Die ersten Jahre zeichneten sich durch häufige Führungswechsel, Streit um Führungspositionen und die Minsker Vereinbarungen aus.

Nagornyj Karabach (armenische Bezeichnung: Arzach)

Ab 1988 eskalierte der armenisch-aserbaidtschanische Konflikt, einschließlich Pogromen, Flucht und wechselseitiger Massenvertreibung. Im September 1991 erklärte Bergkarabach seine Unabhängigkeit. Seit 1994 werden Bergkarabach und sieben angrenzende Gebiete Aser-

baidshans von Armeniern kontrolliert. In den Jahren 2014, 2016, sowie im Juli 2020 und ab September 2020 wurde der Waffenstillstand wiederholt massiv verletzt.

Nagornyj Karabach hat einen gewählten Präsidenten, ein Parlament, eine Verfassung und eine eigene Armee. Zwölf Parteien sind registriert, von denen meist fünf bis sechs im Parlament vertreten sind. »Diplomatische« Beziehungen unterhält es mit Abchasien, Transnistrien und Südossetien, während selbst Armenien es nicht anerkennt. Nagornyj Karabach hat ein eigenes Bankwesen und eine eigene Währung, gebräuchlich ist allerdings die armenische Währung Dram. Die Wirtschaft hat sich nach dem Krieg relativ schnell erholt, investiert wird in Telekommunikation, Goldminen, Juwelierwaren, Diamantenschliff und die Landwirtschaft. Externe Hilfe erhält Nagornyj Karabach neben Armenien vor allem von der Diaspora.

Die OSZE vermittelt seit 1992 zwischen den Konfliktparteien unter der Leitung von drei Ko-Vorsitzenden aus den USA, Russland und Frankreich. Grundlage sind die strittigen »Madrider Prinzipien« (<https://www.anisrc.am/2016/04/11/madrid-principles-full-text/>): Rückführung der sieben aserbaidshansischen Provinzen; ein Interim-Status für Bergkarabach; ein Korridor zwischen Armenien und Bergkarabach; die künftige Regelung des Status; das Recht auf Rückkehr sowie Sicherheitsgarantien durch internationale Peacekeeper. Das Recht auf Rückkehr und der Rückzug der armenischen Truppen werden von den Armeniern abgelehnt, während Aserbaidshan keinen unabhängigen Status zugestehen will.

Resümee

Sofern weder eine Rückkehr zum »Mutterstaat« noch volle staatliche Unabhängigkeit erlangt werden kann, stabilisieren sich De-facto-Regime. Russland hat bisher

kein De-facto-Regime integriert, selbst wenn Transnistrien, Abchasien, Südossetien und die Donbas-»Volksrepubliken« darauf hofften. Die annektierte Krim existierte nie als De-facto-Regime. De-facto-Regime sind zu einer Ressource des Machterhalts sowohl im »Mutterstaat« als auch im »Patronstaat« geworden. Sie dienen als Kristallisationspunkt für nationalistische Mobilisierung und liefern vortrefflich eine Ablenkung von eigener schlechter Regierungsführung. Eine Rückkehr zum Status quo ante vor der Separation ist in allen Fällen diplomatische Fiktion.

Eine Anerkennung staatlicher Unabhängigkeit würde für das »Mutterland« bedeuten, die Niederlage einzugestehen, und für den Patronstaat, seinen Einfluss zu verlieren. Der Versuch eines Rückeroberungskrieges um Nagornyj Karabach belegt indes, dass der Status quo von De-facto-Regimen mitnichten eingefroren ist, wenn nämlich ein Patron (konkret: Armenien) in Relation zum »Mutterstaat« (Aserbaidshan) militärisch geschwächt ist und dieser einen neuen Patron (Türkei) findet.

Jenseits der Bewahrung des Status quo wird von der internationalen Gemeinschaft kaum in Konfliktregelung investiert. Die OSZE, die EU oder die Vereinten Nationen beobachten, ob Waffenstillstände verletzt werden, freilich ohne Folgen für deren Missachtung. Diplomatische Bemühungen kreisen um den Status, den Abzug von Truppen und die Rückkehr von Flüchtlingen, wobei keine Seite zu Kompromissen bereit ist, die von der eigenen Wählerklientel als Verrat angesehen werden könnten. In der Hoffnung, den Konflikt »einfrieren« zu können, arrangieren sich »Mutterstaat«, Patronstaat und internationale Gemeinschaft mit dem Status quo. Ein Modus vivendi mit humanitären Erleichterungen scheint dann die einzig realistische Option.

Über den Autor

Professor Dr. Andreas Heinemann-Grüder lehrt Politikwissenschaft an der Universität Bonn und forscht am Bonn International Centre for Conversion. Zusammen mit dem Institute for Euro-Atlantic Cooperation (Kyiv) und dem Centre for Independent Social Research (St. Petersburg) führt er ein von der VolkswagenStiftung gefördertes Projekt zu sechs De-facto-Regimen durch.

Bibliografie

- Babayev, Azer; Bruno Schoch; Hans-Joachim Spanger (eds.): The Nagorno-Karabakh Deadlock, Frankfurt/Main 2020.
- Fischer, Sabine (ed.): Not Frozen! The Unresolved Conflicts over Transnistria, Abkhazia, South Ossetia and Nagorno-Karabakh in Light of the Crisis over Ukraine. Berlin: Stiftung Wissenschaft und Politik, 2016.
- Caspersen, Nina: Unrecognized States, Cambridge 2011.
- De Waal, Thomas: Black Garden. Armenia and Azerbaijan through Peace and War, New York 2003.
- Rogstad, Adrian: The Next Crimea? Getting Russia's Transnistria Policy Right, in: Problems of Post-Communism 65, no. 1, 2018, S. 49–64.

Völkerrechtlich nicht anerkannte De-facto-Staaten, 1945–2016

Tabelle 1: Völkerrechtlich nicht anerkannte De-facto-Staaten, 1945–2016

De-facto-Staat	Mutterstaat	Entstehung	Zerfall	Art des Zerfalls
Katanga	Demokratische Republik Kongo	1960	1963	Gewaltsame Wiedereingliederung
Biafra	Nigeria	1967	1970	Gewaltsame Wiedereingliederung
Republik Serbische Krajina	Kroatien	1991	1995	Gewaltsame Wiedereingliederung
Tschetschenien	Russland	1991	1999	Gewaltsame Wiedereingliederung
Anjouan	Komoren	1997	2008	Gewaltsame Wiedereingliederung
Tamil Eelam	Sri Lanka	1984	2009	Gewaltsame Wiedereingliederung
Königreich Rwenzururu	Uganda	1963	1982	Gewaltsame Wiedereingliederung
Gaugasien	Republik Moldau	1991	1995	Gewaltsame Wiedereingliederung
Bougainville	Papua Neuguinea	1975	1997	Gewaltsame Wiedereingliederung
Ostslawonien	Kroatien	1995	1998	Gewaltsame Wiedereingliederung
Adscharien	Georgien	1991	2004	Gewaltsame Wiedereingliederung
Aceh	Indonesien	2001	2005	Gewaltsame Wiedereingliederung
Kayin-Staat	Burma/ Myanmar	1949		besteht weiter
Kachin-Staat	Burma/ Myanmar	1961		besteht weiter
Taiwan ^a	China	1971		besteht weiter
Mindanao	Philippinen	1973		besteht weiter
Türkische Republik Nordzypern	Zypern	1974		besteht weiter
Westsahara	Marokko ^b	1974		besteht weiter
Cabinda	Angola	1975		besteht weiter
Casamance	Senegal	1982		besteht weiter
Abchasien	Georgien	1991		besteht weiter
Kurdistan	Irak	1991		besteht weiter
Bergkarabach	Aserbaidshan	1991		besteht weiter
Puntland	Somalia	1991		besteht weiter
Somaliland	Somalia	1991		besteht weiter
Südossetien	Georgien	1991		besteht weiter
Transnistrien	Republik Moldau	1991		besteht weiter
Republika Srpska	Bosnien	1992		besteht weiter
Palästina	Israel ^c	1995		besteht weiter
Gaza	Palästina ^d	2007		besteht weiter
Azawad	Mali	2012		besteht weiter
Kyrenaika/ Ost-Libyen	Libyen	2012		besteht weiter
Islamischer Staat, ISIS	Syrien ^e	2013		besteht weiter
Rojava ^f	Syrien	2013		besteht weiter
Volksrepublik Donezk	Ukraine	2014		besteht weiter
Volksrepublik Luhansk	Ukraine	2014		besteht weiter
Eritrea	Äthiopien	1964	1993	Staatlichkeit
Osttimor	Indonesien	1975	2002	Staatlichkeit
Kosovo ^g	Serbien	1998	2008	Staatlichkeit
Südsudan	Sudan	1956	2011	Staatlichkeit

 De-facto-Staaten im postsowjetischen Raum

^a Taiwan wurde zum De-facto-Staat, als China seinen Sitz in der UN einnahm. ^b Durch Marokko verwaltet. ^c Unter israelischer Besetzung. ^d Unter Kontrolle der Hamas. ^e Mutterstaat wird bestimmt durch die Lage der Hauptstadt von ISIS. ^f Auch bekannt als Demokratische Föderation Nordsyriens (DFNS). ^g Kein UNO-Mitglied. Quelle: Florea, Adrian (2020): »Rebel governance in de facto states«, *European Journal of International Relations*, S. 13. DOI: 10.1177/1354066120919481.

Weder temporäre Anomalien noch eingefrorene Konflikte – De-facto-Staaten in der europäischen Peripherie

Sebastian Relitz (Friedrich-Schiller-Universität, Jena)

Verkürzte akademische und politische Debatten

Der Krieg in und um Bergkarabach lenkte unsere Aufmerksamkeit auf zwei Phänomene, die ansonsten wenig Beachtung in akademischen und politischen Diskursen finden: De-facto-Staaten und deren ungelöste Territorialkonflikte. Diese mangelnde Beachtung ist auf den ersten Blick erstaunlich, sind diese Phänomene für die Europäische Union (EU) doch von besonderer Brisanz. An den Rändern der EU konnten sich mehrere Entitäten unilateral von ihrem »Mutterstaat« lösen. Neben dem bereits erwähnten Bergkarabach (Aserbaidschan) sind dies Abchasien und Südossetien (Georgien) und Transnistrien (Republik Moldau) im postsowjetischen Raum, ähnlich wie Kosovo (Serbien) und die ehemalige Republika Srpska Krajina (Kroatien) auf dem Balkan, und Nordzypren (Zypern) im Mittelmeer. Darüber hinaus scheinen auch die selbsternannten »Volksrepubliken« Donezk und Luhansk in der Ukraine diesen Weg einzuschlagen, und die Unabhängigkeitsbestrebungen Kataloniens brodeln fortwährend. Trotz dieser Relevanz werden die akademischen und politischen Debatten zu diesen Dynamiken häufig verkürzt geführt, insbesondere im deutschsprachigen Raum, was einige Fehlinterpretationen zur Folge hat.

De-facto-Staaten sind keine temporären Anomalien

Ein De-facto-Staat ist eine politische Einheit, die von großen Teilen der internationalen Gemeinschaft nicht als unabhängiger Staat anerkannt wird, jedoch aktiv nach Unabhängigkeit und Anerkennung strebt. Er übt dauerhaft territoriale Kontrolle über ein definiertes Territorium aus, erbringt wesentliche staatliche Leistungen für seine Bevölkerung und genießt weitreichende interne Souveränität und Legitimität. Seine externe Souveränität ist jedoch durch die weitreichende Nichtanerkennung und den (häufig) starken Einfluss eines Patrona-gestaates begrenzt und umstritten.

De-facto-Staaten werden häufig als temporäre Anomalien im internationalen System oder als illegitime und begrenzte Formen von Staatlichkeit betrachtet. Gerade im postsowjetischen Raum dominiert das Image der von Russland gesteuerten Marionettenregime. Jedoch zeichnet die Forschung ein deutlich differenzierteres Bild. Zum einen zeigt sich, dass einmal etablierte De-facto-Staaten nicht aufgrund von internen Entwicklungen

wie mangelhafter Legitimität, Leistungsfähigkeit oder Stabilität aufhören zu bestehen. Die postsowjetischen Fälle existieren seit Beginn der 1990er Jahre, Nordzypren sogar schon seit 1974. Demnach scheinen De-facto-Staaten eher ein dauerhaftes Phänomen zu sein, auch wenn ihre Existenz fortwährend durch die Gefahr gewaltsamer Reintegration gefährdet ist, wie jüngst in Bergkarabach oder 2008 in Südossetien zu beobachten. Zum anderen weisen De-facto-Staaten trotz des massiven Einflusses externer Patrone – im postsowjetischen Raum insbesondere Russland (Abchasien, Südossetien, Transnistrien) und Armenien (Bergkarabach) – teils weitreichende interne Souveränität und Legitimität auf. Dies beschränkt sich nicht nur auf das Feld der Innenpolitik, sondern betrifft auch die Bearbeitung der ungelösten Konflikte.

Die ungelösten Territorialkonflikte sind keine »eingefrorenen Konflikte«

Insbesondere in Bezug auf die De-facto-Staaten im postsowjetischen Raum wird noch immer der Begriff des »eingefrorenen Konflikts« (*frozen conflict*) genutzt. Jedoch ist dieser Begriff sowohl analytisch irreführend als auch politisch problematisch. Der Begriff ist fehlleitend, da die ungelösten Territorialkonflikte alles andere als eingefroren oder statisch sind, was nicht nur in extremen Situationen wie den wiederholten gewaltsamen Eskalationen um Bergkarabach deutlich wird. Es ist essenziell zu verstehen, dass die postsowjetischen De-facto-Staaten komplexe und vielschichtige Konfliktsysteme sind. Dabei handelt es sich nicht nur um ethnische Konflikte oder russische Stellvertreterkämpfe. Das Beispiel Abchasiens illustriert diese Komplexität deutlich. Primär handelt es sich hier um einen historisch gewachsenen Sezessionskonflikt zwischen Abchasien und Georgien, in dem das Streben nach nationaler Selbstbestimmung der AbchasInnen der Wahrung der territorialen Integrität Georgiens gegenübersteht. Dieser Kernkonflikt ist jedoch eng mit lokalen interethnischen Gegensätzen innerhalb Abchasiens und insbesondere dem Russisch-Georgischen Konflikt verwoben, welcher im Augustkrieg 2008 seinen traurigen Höhepunkt fand. Darüber hinaus besitzt der Konflikt eine internationale Dimension, durch den wiedererstarteten Ost-West Gegensatz und der Westorientierung Georgiens. Auch wenn die Lösung des Konflikts um Abchasien festgefahren ist, verändern sich jedoch die Interessen, Strategie-

gien und Handlungsoptionen der vielfältigen Akteure auf den verschiedenen Ebenen. Darüber hinaus treten einzelne Konfliktdimensionen zeitweise stärker in den Vordergrund oder werden von Entwicklungen auf anderen Ebenen überlagert. Das Konzept der eingefrorenen Konflikte blendet jene Dynamiken und die Veränderungen der spezifischen Konfliktstrukturen und Akteursinteressen aus und ist daher analytisch irreführend.

Darüber hinaus birgt der Begriff auch im politischen Sprachgebrauch Risiken. Er suggeriert einerseits Stabilität und lädt damit zur Vernachlässigung in der internationalen Konfliktbearbeitung ein. Sowohl die mit geringem politischen Nachdruck geführten Verhandlungen in der OSZE-Minsk-Gruppe als auch das rückläufige internationale Engagement im Bereich der Konfliktbearbeitung und Dialogförderung im Falle von Bergkarabach waren nicht zuträglich, um eine solch extreme Gewalteskalation wie im September dieses Jahres zu verhindern. Andererseits liefert das *frozen conflicts* Konzept auch lokalen Konfliktparteien Ausflüchte und argumentative Rückzugsorte. Sind die Konflikte eingefroren, so bedarf es auch eines besonderen, häufig externen, Impuls, um sie zu lösen. Jedoch zeigt die Forschung deutlich, dass eine langfristige friedliche Konfliktbeilegung nicht ohne weitgehende lokale Teilhabe und Kompromissbereitschaft möglich ist. Genau hier liegt jedoch ein Grundproblem für die internationale Konfliktbearbeitung.

Die festgefahrenen Konflikte um postsowjetische De-facto-Staaten weisen, mit signifikanten Abstrichen im Fall von Transnistrien, einige gemeinsame Merkmale auf. Auch wenn ihre jeweiligen Ursprünge sehr unterschiedlich sind, ist die einseitige Sezession eine häufige Gemeinsamkeit. Die Interessen der »Mutterstaaten« und De-facto-Staaten sind entgegengesetzt und werden häufig als Nullsummenspiel wahrgenommen, wodurch auf beiden Seiten kaum Kompromissbereitschaft vorhanden ist. Politische und gesellschaftliche Diskurse werden von Maximalpositionen dominiert, womit die Chancen für eine friedliche Konfliktlösung gering sind, insbesondere wenn die Sezession in einem militärischen Konflikt stattfand. Diese häufig sehr brutal geführten Sezessionskriege haben sich tief in das kollektive Gedächtnis und Bewusstsein der betroffenen Gesellschaften eingebrannt. Sie führen durch Konfliktsozialisation zu einem chronischen, generationenübergreifenden Charakter und sind oft identitätsstiftend. Dabei sticht die enorme emotionale Polarisierung der Konfliktparteien ins Auge, die sich in Stereotypisierungen, Segregation und Vergeltungsstreben widerspiegelt. Ferner alternieren Phasen relativer Stabilität und Gewalteruptionen unterschied-

licher Intensität, wobei sich Konfliktepisoden in vielfacher Weise bedingen und Pfadabhängigkeiten auslösen. Letztlich hat sich Russland in den letzten zwei Dekaden zunehmend als dominierender Akteur etabliert, in einigen Fällen auch als Konfliktpartei, ohne den eine Konfliktlösung nicht durchsetzbar ist. Die Räume für konstruktive internationale Konfliktbearbeitung schwinden unter diesen Bedingungen zusehends.

Verstärktes internationales Engagement ist nötig

Die postsowjetischen De-facto-Staaten werden mittelfristig fortbestehen. Isolationspolitiken führen einzig zu einer Vertiefung der gesellschaftlichen Spaltung. Aufgrund der Besonderheiten der langwierigen Konflikte ist eine friedliche Wiedereingliederung unwahrscheinlich. Eine mögliche gewaltsame Reintegration würde zum einem zu massivem menschlichen Leid und regionaler Destabilisierung führen und zum anderen durch den Vetoakteur Russland ohnehin unterbunden werden. Trotz der schwierigen Rahmenbedingungen, der geringen Erfolgsaussichten und einzelner gravierender Rückschritte in der Konfliktbearbeitung ist gerade jetzt mehr internationales Engagement gefordert. Letztlich ist das verstärkte internationale Engagement in den postsowjetischen De-facto-Staaten und in der Bearbeitung der festgefahrenen Konflikte alternativlos. Gerade die EU, und damit auch Deutschland, ist besonders durch etablierte und sich entwickelnde De-facto-Staaten an ihrer Peripherie herausgefordert. Mit Georgien, Aserbaidschan, der Republik Moldau und der Ukraine sind vier Länder in der Östlichen Nachbarschaft mit etablierten oder sich entwickelnden De-facto-Staaten konfrontiert. Es ist essenziell, die Bemühungen um zivilgesellschaftlichen Austausch, innergesellschaftlichen Dialog und friedensbildende Maßnahmen in der Region zu intensivieren. Auch wenn die aktuellen und historischen Kampfhandlungen zu einem massiven Vertrauensverlust zwischen den lokalen Akteuren und Gesellschaften geführt haben, ist der (Wieder-)Aufbau von Vertrauen die Grundvoraussetzung für die gesellschaftliche Akzeptanz jeglicher politischer Zugeständnisse im Friedensprozess. Jedoch müssen auch die festgefahrenen Friedensprozesse mit weitaus größerem internationalem politischem Engagement vorangetrieben werden. Nur ein ambitionierter, koordinierter und kombinierter Ansatz aus zivilgesellschaftlicher Konfliktbearbeitung und politischen Verhandlungen vermag erneute Gewaltausbrüche zu vermeiden und positive Dynamiken im Friedensprozess zu initiieren.

Über den Autor

Sebastian Relitz beschäftigt sich akademisch und praktisch mit internationaler Konfliktbearbeitung in den festgefahrenen Konflikten im postsowjetischen Raum. Als wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Politikwissenschaft

ten der Friedrich-Schiller-Universität in Jena schließt er gerade seine Promotion zu Möglichkeiten und Grenzen europäischer Konfliktbearbeitung in Abchasien ab. Vorher war er von 2015 – 2018 als wissenschaftlicher Mitarbeiter am Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung in Regensburg tätig. Darüber hinaus ist er als Gründer und Geschäftsführer der Nichtregierungsorganisation *Corridors – Dialogue through Cooperation* (www.opencorridors.de) in der zivilgesellschaftlichen Konfliktbearbeitung und Dialogförderung im Südkaukasus und in Osteuropa aktiv. In dieser Funktion berät er auch internationale Organisationen bei der Konzeption und Entwicklung von friedensbildenden Maßnahmen in postsowjetischen De-facto-Staaten.

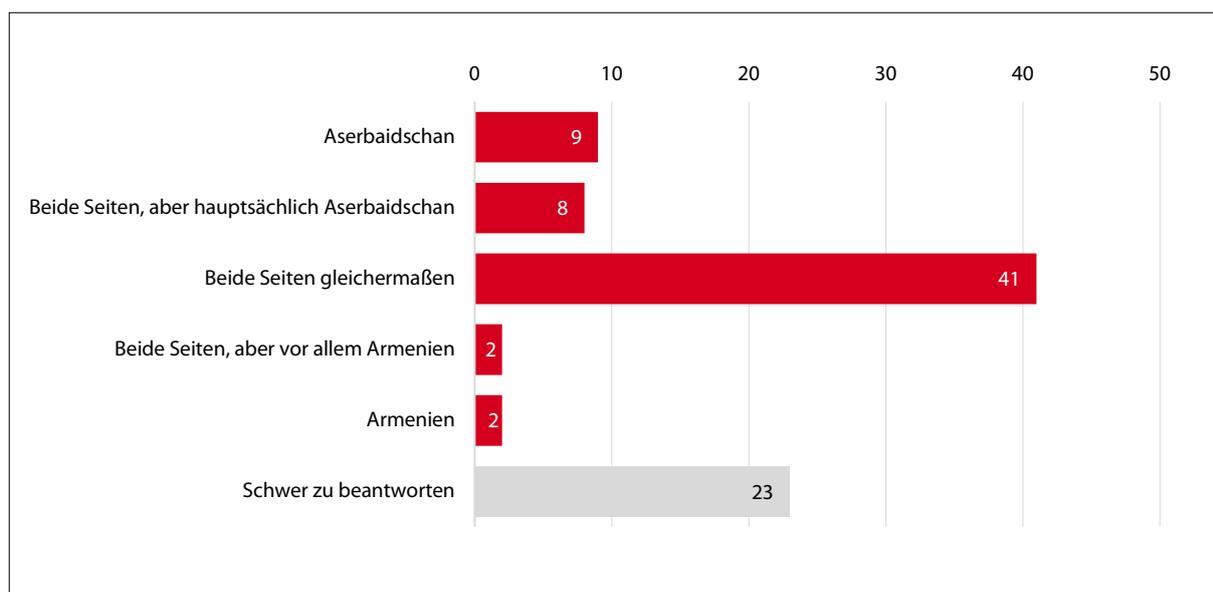
Lesetipps

- Relitz, Sebastian (2019): The Stabilisation Dilemma: Conceptualising International Responses to Secession and De Facto States, in: *East European Politics* 35: 2: 311–331.
- Relitz, Sebastian and Rafael Biermann (2017): Raus aus dem Schatten. Stand und Perspektiven der Forschung zu De-facto-Staaten, in: *Zeitschrift für Friedens- und Konfliktforschung* 6:2: 206–256.

UMFRAGEN

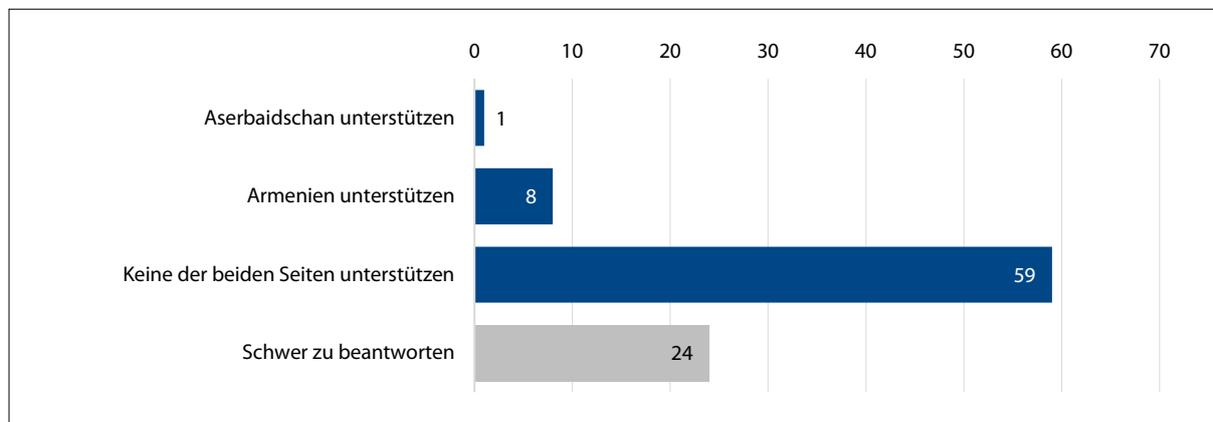
Die Sicht der russischen Bevölkerung auf nicht anerkannte De-facto-Staaten im postsowjetischen Raum

Grafik 1: Meinung der russischen Bevölkerung zur Verantwortung für das Wiederaufflammen des bewaffneten Konflikts in Bergkarabach, %
Die Teilnehmenden des Konflikts erklären die Ereignisse auf unterschiedliche Weise und geben sich gegenseitig die Schuld am Beginn der Feindseligkeiten. Welche Konfliktpartei scheint Ihnen am meisten für das Wiederaufflammen des bewaffneten Konflikts verantwortlich zu sein – Aserbaidshans oder Armenien?



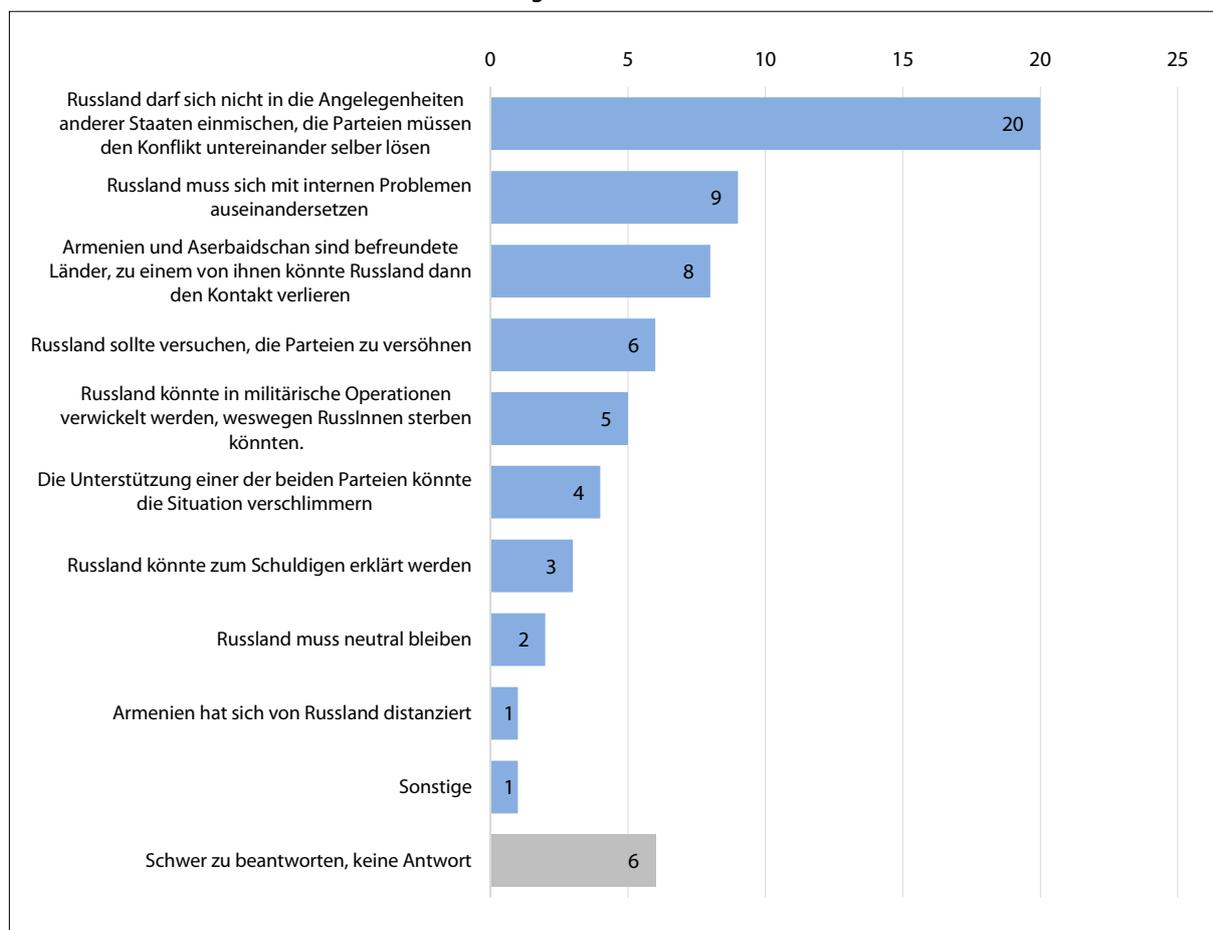
Quelle: Repräsentative Umfrage des Meinungsforschungsinstituts FOM, veröffentlicht am 20. Oktober 2020; <https://fom.ru/Mir/14477>

Grafik 2: Meinung der russischen Bevölkerung zum Umgang Russlands mit der Situation in Bergkarabach, % Welche Position sollte Russland Ihrer Meinung nach jetzt einnehmen: Aserbaidtschan unterstützen, Armenien unterstützen oder keine der beiden Seiten unterstützen?



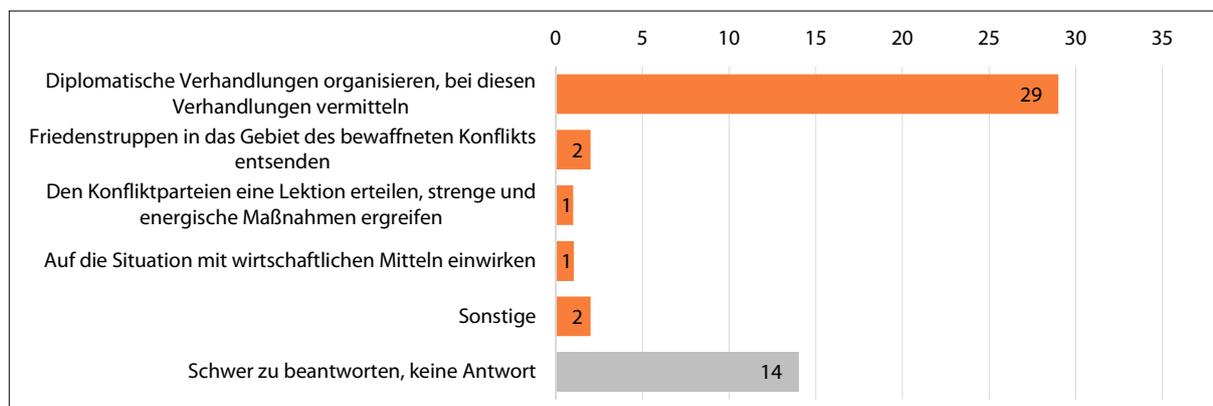
Quelle: Repräsentative Umfrage des Meinungsforschungsinstituts FOM, veröffentlicht am 20. Oktober 2020; <https://fom.ru/Mir/14477>

Grafik 3: Meinung der russischen Bevölkerung, weswegen Russland keine der beiden Parteien im Bergkarabach-Konflikt unterstützen sollte, % Warum sollte Russland Ihrer Meinung nach keine der beiden Seiten unterstützen?



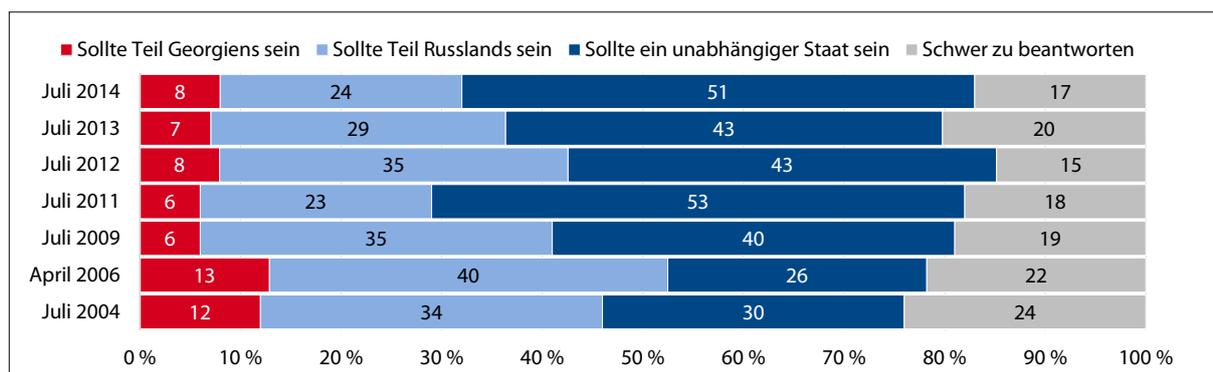
Quelle: Repräsentative Umfrage des Meinungsforschungsinstituts FOM, veröffentlicht am 20. Oktober 2020; <https://fom.ru/Mir/14477>

Grafik 4: Meinung der russischen Bevölkerung, welche Maßnahmen Russland zur Lösung des Konflikts zwischen Aserbaidschan und Armenien ergreifen sollte, %
Welche Maßnahmen sollte Russland Ihrer Meinung nach ergreifen, um den Konflikt zwischen Aserbaidschan und Armenien zu beenden?



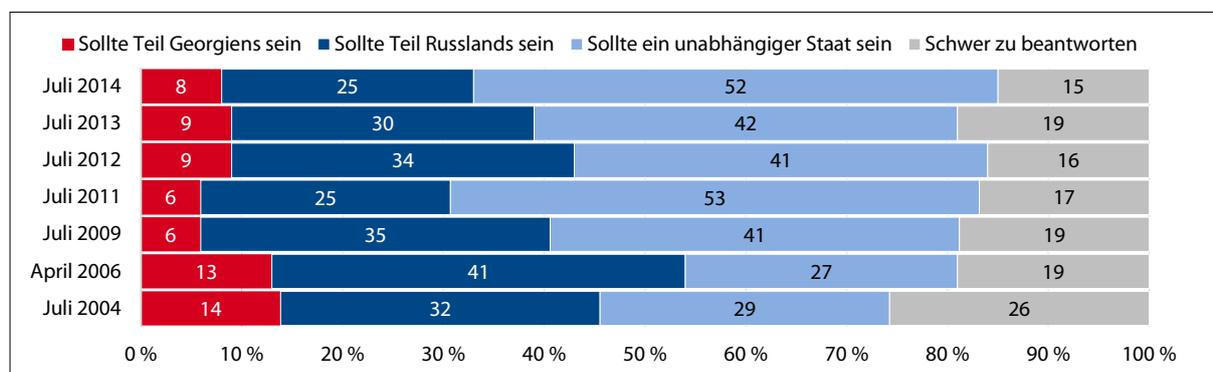
Quelle: Repräsentative Umfrage des Meinungsforschungsinstituts FOM, veröffentlicht am 20. Oktober 2020; <https://fom.ru/Mir/14477>

Grafik 5: Vorstellungen der russischen Bevölkerung über die Staatlichkeit Südossetiens 2004–2014, %
Sind Sie der Meinung, dass Südossetien Teil Georgiens, Teil Russlands oder ein unabhängiger Staat sein sollte?



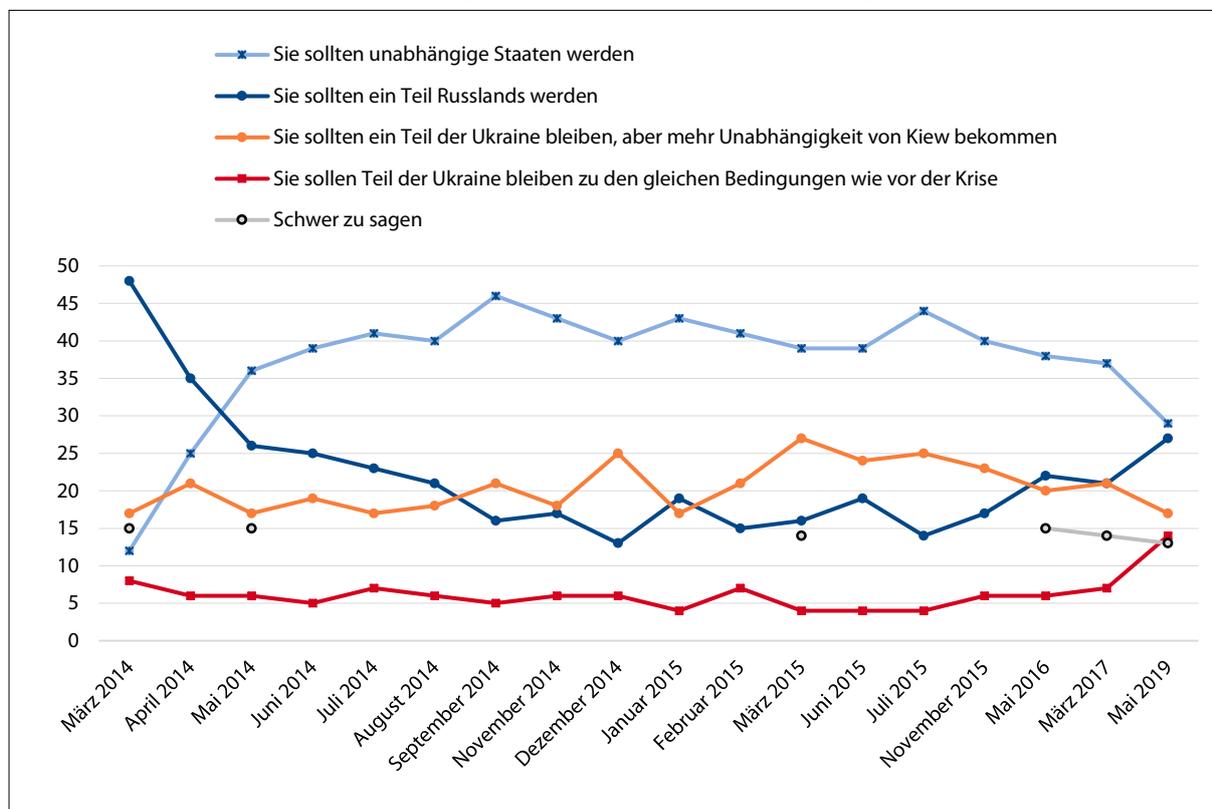
Quelle: Repräsentative Umfrage des Lewada-Zentrums vom 18. bis 21. Juli 2014, veröffentlicht am 21. August 2014; <https://www.levada.ru/2014/08/21/rossiyane-o-statuse-abhazii-i-yuzhnoj-osetii/>

Grafik 6: Vorstellungen der russischen Bevölkerung über die Staatlichkeit Abchasiens 2004–2014, %
Sind Sie der Meinung, dass Abchasien Teil Georgiens, Teil Russlands oder ein unabhängiger Staat sein sollte?



Quelle: Repräsentative Umfrage des Lewada-Zentrums vom 18. bis 21. Juli 2014, veröffentlicht am 21. August 2014; <https://www.levada.ru/2014/08/21/rossiyane-o-statuse-abhazii-i-yuzhnoj-osetii/>

Grafik 7: Die politische Zukunft des Südostens der Ukraine (der Oblaste Donezk und Luhansk)
Was denken Sie in Bezug auf die politische Zukunft des Südostens der Ukraine (der Oblaste Donezk und Luhansk)? Welche der folgenden Varianten würden Sie bevorzugen?



	März 2014	April 2014	Mai 2014	Juni 2014	Juli 2014	August 2014	September 2014	November 2014	Dezember 2014	Januar 2015	Februar 2015	März 2015	Juni 2015	Juli 2015	November 2015	Mai 2016	März 2017	Mai 2019
Sie sollten unabhängige Staaten werden	12	25	36	39	41	40	46	43	40	43	41	39	39	44	40	38	37	29
Sie sollten ein Teil Russlands werden	48	35	26	25	23	21	16	17	13	19	15	16	19	14	17	22	21	27
Sie sollten ein Teil der Ukraine bleiben, aber mehr Unabhängigkeit von Kiew bekommen	17	21	17	19	17	18	21	18	25	17	21	27	24	25	23	20	21	17
Sie sollen Teil der Ukraine bleiben zu den gleichen Bedingungen wie vor der Krise	8	6	6	5	7	6	5	6	6	4	7	4	4	4	6	6	7	14
Schwer zu sagen	15		15										14			15	14	13

Quelle: Repräsentative Umfrage des Lewada-Zentrums vom 24. bis 29. Mai 2019, veröffentlicht am 11. Juni 2019; <https://www.levada.ru/2019/06/11/donbass-vydacha-pasportov-i-budushhee/>

Bergkarabach

Cindy Wittke (Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung, Regensburg)

Einleitung Dekoder

Vom 27. September bis 09. November 2020 befanden sich Armenien und Aserbaidschan im Krieg. Mehrere Waffenstillstandsabkommen zeigten keinerlei Wirkung an den Frontlinien; die Kämpfe gingen unvermindert weiter. Schlag Mitternacht trat am 10. November 2020 ein Waffenstillstand (<http://en.kremlin.ru/acts/news/64384>) unter Aufsicht russischer Friedenstruppen in Kraft. Ob diese effektive Waffenruhe nun aber zu einem dauerhaften Frieden führen wird, ist fraglich.

Was war passiert? Schauplatz der blutigen Auseinandersetzungen war die Region Bergkarabach, ein sogenannter nicht anerkannter De-facto-Staat. Der Status dieses Gebiets – das völkerrechtlich zur Republik Aserbaidschan gehört, aber eine mehrheitlich armenisch-stämmige Bevölkerung hat – ist seit dem Zusammenbruch der Sowjetunion, also seit fast 30 Jahren, politisch und rechtlich umstritten und immer wieder militärisch umkämpft. Der armenischen und aserbaidshanischen Seite zur Folge geht es bei diesem Konflikt um nicht weniger als die Existenz des jeweiligen Staates. Dennoch reiben sich viele BeobachterInnen immer noch verwundert die Augen: Warum schlug dieser »eingefrorene Konflikt« gerade jetzt in eine offene Konfrontation um? Und wer hat denn nun gewonnen?

Eingefrorener Konflikt

Seit 1923 war Bergkarabach ein Autonomes Gebiet in der Aserbaidschanischen Sowjetrepublik. Damit wurde es Teil des komplizierten ethnoföderalen Konstrukts der Sowjetunion, die eine Föderation und zugleich aber zentral gelenkt sein sollte, getreu dem Motto »Teile und herrsche«. Der territoriale Status von Bergkarabach wurde von dem mehrheitlich von Armeniern bewohnten Gebiet immer wieder in Frage gestellt.

Aufkeimende Nationalbewegungen, ethnische Konflikte und sich abzeichnende Auflösungsprozesse des föderalen Systems der Sowjetunion, die seit Mitte der 1980er Jahre zu beobachten waren, zeigten hier früh ihre Wirkung. Es kam zu ersten gewaltsamen Auseinandersetzungen. In der Folgezeit wurde Bergkarabach unter anderem ein Status-Referendum verweigert, das voraussichtlich den Anschluss des Gebiets an Armenien zur Folge gehabt hätte. Dem Grundsatz *uti possidetis* folgend, blieb Bergkarabach aus völkerrechtlicher Sicht Teil des Territoriums des seit 1991 unabhängigen Staats Aserbaidschan. 1992 brach zwischen Armenien und Aserbaidschan der Krieg um Bergkarabach aus, der bis 1994 andauerte. Mit dem Protokoll von Bischkek wurde am 5. Mai 1994 ein Waffenstillstand vereinbart (<https://peacemaker.un.org/sites/peacemaker.un.org/files/Bishkek%20Protocol.pdf>). Doch wie bereits angedeutet, ist ein Waffenstillstand kein Friedensabkommen. Die Grenzen beider Staaten wurden nie effektiv demarkiert. Der Konflikt wurde vielmehr »eingefroren«. Bis September 2020 standen sich Armenien und Aserbaidschan an der direkten Kontaktlinie gegenüber, an Stellungen um Bergkarabach sowie angrenzende besetzte Territorien, die wiederum einen Landkorridor nach Armenien und einen Puffer um die Region

bilden. Diese Gebiete machten circa 20 Prozent des Territoriums Aserbaidschans aus.

Bergkarabach und diese Gebiete galten seit 1994 als von Armenien besetzt. Doch die Armenier hatten einen Pyrrhussieg errungen: Auf beiden Seiten waren und sind die humanitären, demographischen und sozioökonomischen Kosten des Krieges der 1990er Jahre und des eingefrorenen Konfliktes immens. Mehr als 30.000 Leben hat der Konflikt bisher gefordert, hunderttausende armenische und aserbaidshanische Flüchtlinge, die direkten Beziehungen zwischen den Ländern und ihren BewohnerInnen sind dauerhaft unterbrochen, und die Grenzen Armeniens zu Aserbaidschan sowie zur Türkei waren und bleiben vollständig abgeriegelt.

Verhandlungsfrust

Seit 1994 versuchte die Minsk-Gruppe der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) unter dem Vorsitz Russlands, der USA und Frankreichs den Konflikt im Rahmen eines internationalen Verhandlungsformats beizulegen (<https://www.osce.org/mg>). Nennenswerte und für beide Seiten akzeptable Entwürfe für einen dauerhaften Frieden und den finalen Status von Bergkarabach lagen jedoch nie auf dem Verhandlungstisch. So verwundert es kaum, dass sowohl die aserbaidshanische als auch die armenische Seite Verhandlungsfrust erkennen ließen. Immer wieder kam es zu gewaltsamen Auseinandersetzungen, so etwa 2008, 2016 oder auch im Sommer des Jahres 2020, quasi ein Vorzeichen der Eskalation im Herbst 2020. Die Minsk-Gruppe erschien zwar immer wieder in offiziellen Stellungnahmen zum Krieg, insbesondere im Rahmen der ersten russischen Mediationsversuchen, doch neue Perspektiven versprach sich wohl niemand von einer Rückkehr an diesen Verhandlungstisch.

Das zukünftige Schicksal der Minsk-Gruppe ist unklar. Die gemeinsame Erklärung des armenischen Premierministers, des aserbaidshanischen Präsidenten und des russischen Präsidenten vom 09. November 2020 legen die Vermutung nahe, dass die Minsk-Gruppe in die Bedeutungslosigkeit für die dauerhafte Lösung dieses Territorialkonflikts abgerutscht ist. Der De-facto-Staat Bergkarabach hatte übrigens nie einen Platz am Verhandlungstisch.

De-facto-Staat Bergkarabach

Bergkarabach mit seinen rund 150.000 EinwohnerInnen war seit 1994 mehr als der Schauplatz eines Konfliktes zwischen Armenien und Aserbaidschan. Wie andere sogenannte nicht-erkannte De-facto-Staaten, die im Zuge des Zusammenbruchs der Sowjetunion entstanden sind, hat die Republik Artsach, wie sie sich selbst nennt, in den vergangenen Jahrzehnten des eingefrorenen Statuskonflikts aktiv Staats- und Institutionenaufbau betrieben. Die Republik Artsach, die selbst von Armenien bisher offiziell nicht als unabhängiger Staat anerkannt wird, hat eine Verfassung, staatliche Institutionen wie ein Außenministerium und hielt regelmäßig Wahlen ab, wie die Präsidentschaftswahl im Frühjahr 2020.

Auf diese Aktivitäten gründete Artsach auch seinen Anspruch auf Unabhängigkeit. Natürlich lässt sich eine enge Verflechtung, wenn nicht sogar Abhängigkeit zwischen Artsach und Armenien nicht leugnen. Besonders interessant ist hier nicht nur die Frage nach der Kontrolle Armeniens über Artsach, sondern auch die Rolle des sogenannten Karabach-Clans in der Politik Armeniens. Von 1999 bis 2018 führten mit Robert Kotscharjan und Serzh Sargsjan der ehemalige Premierminister Bergkarabachs und der ehemalige Anführer der Selbstverteidigungskräfte der Karabach-Armenier als Präsidenten die Republik Armenien.

Im öffentlichen Diskurs ist der Status von Artsach und das Schicksal seiner BewohnerInnen zur Schicksalsfrage für das armenische Volk geworden. Und auch Nikol Paschinjan, der als neuer Hoffnungsträger und Premierminister aus der sogenannten samtenen Revolution von 2018 hervorgegangen war, ließ keinen Zweifel, welche Rolle Artsach für ihn spielt. Wie ein Katalysator wirkt auch die Verbindung des existenziellen Kampfs um Artsach mit dem Genozid an den Armeniern im Osmanischen Reich. Das Gebiet aufzugeben würde die Fortsetzung und Vollendung des Völkermords an den Armeniern durch Aserbaidschan und die Türkei bedeuten, so Nikol Paschinjan (<https://www.primeminister.am/en/interviews-and-press-conferences/item/2020/10/08/Nikol-Pashinyan-interview-Tv5Monde/>). Dieses Leitmotiv prägten seit September 2020 zahlreiche armenische Appelle an die internationale Öffentlichkeit.

Der Konflikt in und um Bergkarabach ist jedoch viel mehr als ein Konflikt zwischen zwei südkaukasischen Staaten. Bergkarabach ist ein Brennglas regionaler und

globaler Konflikte um politische und militärische Vorherrschaft und Energieversorgung, bei dem Russland, die Türkei und viele andere Staaten direkt oder indirekt involviert sind.

Russland und die Türkei

Russland spielt, wie häufig in seinen Beziehungen zu ehemaligen Teilrepubliken der Sowjetunion, eine ambivalente Rolle. Russland ist zum einen einer der Schirmherren der Minsk-Gruppe und hat damit quasi die Rolle eines Mediators zwischen den Konfliktparteien inne. Zugleich unterhält es militärische Stützpunkte in Armenien, dessen Sicherheit es außerdem garantieren soll unter dem Dach der Organisation des Vertrags über kollektive Sicherheit. Sollte die Republik Armenien angegriffen werden, könnte es also zu einem Bündnisfall kommen. Und tatsächlich bat Armenien Russland angesichts einer zunehmenden Eskalation der Kämpfe und Berichten von ersten Übergriffen auf das Territorium der Republik um Beistand. Das entbehrt nicht einer strategischen und geopolitischen Ironie, denn Russland hatte auch immer wieder Waffen nach Aserbaidschan geliefert, mit dem es aber auch um den Absatz fossiler Brennstoffe konkurriert. Im Zuge des Vier-Tage-Kriegs 2016 gelang es Russland, einen Waffenstillstand zu bewirken. Versuche seit September 2020, einen solchen zu erreichen, blieben zunächst erfolglos. Es schien gerade so, als würde Russland seine ambivalente Politik in der Region im Verlauf dieses Krieges auf die Füße fallen und als würde ihm die Kontrolle entgleiten bzw. als würde es unter vermutlich hohen Kosten aktiv auf Seiten Armeniens in einen Konflikt eingreifen müssen, ohne sichere Aussicht auf einen Gewinn.

Denn dieser erneute Krieg um Bergkarabach wird vor allem als »Stellvertreterkonflikt« zwischen Russland und der Türkei um regionale Vormacht gesehen. Das NATO-Mitglied Türkei trat mit dem Streit um Gasvorkommen im östlichen Mittelmeer und mit seiner offenen Unterstützung für den Bruderstaat Aserbaidschan unter der Leitlinie »ein Volk, zwei Staaten« zunehmend konfrontativer auf. Es häuften sich nicht verifizierbare Berichte über syrische Söldner, die sich in der aserbaidshanischen Exklave Nachitschewan sammelten, um in die Kampfhandlungen in Bergkarabach einzugreifen. Immer deutlicher wurde das Gerangel zwischen der Türkei und Russland um eine neue Balance im politischen und militärischen im Südkaukasus. Ein unbekanntes Gewicht in diesem Kräfteressen war (und ist) der Iran.

Iran

In den letzten Jahrzehnten hat der Iran stets freundliche Beziehungen zum christlichen Armenien unterhalten, nicht zuletzt da beide Staaten unter wirtschaftlichen Embargos leiden. 2007 eröffnete eine Pipeline nach

Armenien. Die Beziehungen zu Aserbaidschan waren komplizierter: Im Norden Irans lebt eine große aserbaidshanische Bevölkerungsgruppe. Während der Iran befürchtete, dass diese Gruppe den Anschluss an Aserbaidschan anstreben könnte, war man in Baku wiederum besorgt, dass der Iran Pläne hegen könnte, Aserbaidschan aufgrund vermeintlicher historischer Ansprüche zu annektieren. Seit 2017 besserte sich das Verhältnis zwischen beiden Staaten. Das mag auch daran liegen, dass Aserbaidschan kein Interesse an einer engeren Bindung an die USA und die Stationierung amerikanischer Truppen auf seinem Territorium im sich verschärfenden Konflikt zwischen dem Iran und den USA hatte. Iran verhielt sich weitgehend ruhig, betonte aber die Notwendigkeit von Friedensverhandlungen, aber auch, dass die territoriale Integrität Aserbaidschans gewahrt werden müsse.

Der Iran dürfte wenig Interesse an einer weiteren Konflikteskalation an seiner nördlichen Grenze und gar einer militärischen Präsenz der Türkei – oder türkischer Söldner – haben. Es ist also anzunehmen, dass man sich in Teheran mit dem von Moskau ausgehandelten Waffenstillstand und der Stationierung russischer Friedenstruppen arrangieren kann.

USA und EU

Die USA hat sich seit der Präsidentschaft von Donald Trump weitgehend als Mediator zurückgezogen und schaltete sich erst im Oktober 2020 mit einem Versuch ein, einen Waffenstillstand herbeizuführen. Weiterhin engagieren sich Frankreich und Deutschland, indem sie den Austausch mit Russland und der Türkei suchen. Wobei das aktuell gespannte Verhältnis zwischen Deutschland und Russland sowie zwischen Frankreich und der Türkei die Gespräche und Abstimmung gemeinsamer Linien mit dem Ziel der Konfliktbeilegung nicht erleichterten und zu keinem nennenswerten Ergebnis in der Konfliktbeilegung führten. Die Europäische Union sowie die Vereinten Nationen, insbesondere der Sicherheitsrat, äußerten sich vor allem mit Appellen, die Verhandlungen im Rahmen der OSZE-Minsk-Gruppe wieder aufzunehmen und den Waffenstillstand einzuhalten.

Die Situation glich einem Mikado-Spiel: Es schien unmöglich, ein Stäbchen zu bewegen, ohne zahlreiche andere auf unkalkulierbare Weise zu verschieben. Ein Zyniker hätte außerdem meinen können, dass einige Akteure gerade jetzt bewusst auf Eskalation setzen, während die Corona-Pandemie die Welt in Atem hält und die Präsidentschaftswahlen in den USA die Schlagzeilen bestimmen. Der sich abzeichnende Wahlsieg des Demokraten Joe Biden könnte wie ein Katalysator in Moskau und auch Ankara gewirkt haben, dem eskalierenden Konflikt schnell ein Ende zu bereiten und einem Arrangement der Kräfte zuzustimmen, dass den Kon-

flikt unter neuen Vorzeichen einfriert. Joe Biden, so ist anzunehmen, wird das außenpolitische Engagement in der Region der Regierung von Präsident Obama fortsetzen; auch wenn der Südkaukasus sicher nicht sehr weit oben auf der Liste der neuen Administration stehen dürfte. Doch kann man von gewissen alten und neuen Kontinuitäten in der US-Außenpolitik ausgehen. Doch ist nun davon auszugehen, dass auch ein State Department unter Präsident Biden den neu eingefrorenen Konflikt zunächst nicht antasten wird.

Bei allen strategischen Erwägungen der großen internationalen Politik sollte jedoch die Frage, wie es in und um Armenien und Aserbaidschan steht, nicht übersehen werden.

Armenien

Armenien befand sich seit dem 27. September im Kriegszustand. Doch in der Wahrnehmung vieler ArmenierInnen ist die Bedrohung für das armenische Heimatland ein Dauerzustand. Das Trauma des Völkermords an den Armeniern im Osmanischen Reich ist handlungsleitend in der Innen- und Außenpolitik. Dieses Trauma hat ein großes Mobilisierungspotential über alle politischen Lager hinweg und wird im öffentlichen Diskurs unmittelbar mit dem Schicksal und Status von Arzach verbunden.

Eine besondere Rolle spielt hier die armenische Diaspora. In der Republik Armenien leben circa drei Millionen Menschen. Global gesehen leben etwa acht bis zehn Millionen ArmenierInnen außerhalb Armeniens. Die größten Diaspora-Gruppen sind in Russland, den USA, Frankreich und in der Ukraine. Durch das Erdbeben von Spitak im Jahr 1988, den Karabach-Krieg von 1992 bis 1994 und das Embargo durch Aserbaidschan und die Türkei hatte Armenien in wirtschaftlicher Hinsicht eine schlechte Startposition. So verwundert es kaum, dass heutzutage schätzungsweise 13 Prozent des armenischen Bruttoinlandsprodukts aus Rücküberweisungen von im Ausland lebenden ArmenierInnen stammen (https://data.worldbank.org/indicator/BX.TRF.PWKR.DT.GD.ZS?locations=AM&most_recent_year_desc=false). Insbesondere in den USA und Frankreich ist die Diaspora außerdem sehr gut organisiert und nimmt politischen Einfluss – vor allem, wenn es um die Anerkennung des Genozids geht, zum Beispiel durch den US-amerikanischen Kongress, das französische Parlament oder auch durch den Bundestag im Jahr 2016.

Vor diesem Hintergrund ist von einer großen transnationalen Geschlossenheit für eine harte Linie im Konflikt auszugehen.

Als »unsagbar schmerzhaft« bezeichnete es Nikol Paschinjan dem Waffenstillstand und den damit einhergehend Konzessionen für Armenien zuzustimmen. Als er den Abschluss des Waffenstillstandes verkündet,

gestand er ein: »Dies ist kein Sieg, aber es gibt keine Niederlage, bis man sich selbst als besiegt betrachtet«. Weiterhin versprach er: »Wir werden uns niemals als besiegt betrachten, und dies wird ein neuer Beginn einer Ära unserer nationalen Einheit und Wiedergeburt werden.« Diese Sätze konnten die Wut zahlreicher ArmenierInnen nicht eindämmen. Es kam zu tumultartigen Zuständen in Jerewan und der Erstürmung von Regierungsgebäuden. Es mehren sich zudem Anzeichen, dass Paschinjan, der einigen politischen und militärischen Kräften nun als Verräter gilt, und seine Regierung gestürzt werden soll – wenn nötig mit Gewalt. Und während ArmenierInnen die besetzten Gebiete um Bergkarabach verlassen und zum Teil dabei Haus und Hof in Brand setzen, bevor sie es AserbaidshanerInnen überlassen, muss Paschinjan wohl um sein politisches Überleben fürchten.

Aserbaidshan

Viel hat sich in Aserbaidshan seit seiner Unabhängigkeit im Jahr 1991 und dem Karabach-Krieg 1992 bis 1994 geändert. Der rund zehn Millionen EinwohnerInnen zählende Staat, der autoritär von der Familie Alijew regiert wird, ist reich an Öl aus dem Kaspischen Meer. Das Öl, die Grenzziehung im Kaspischen Meer, der Bau von Pipelines und das enge Verhältnis zur Türkei prägen das Verhältnis des Landes zu seinen Nachbarn und strategischen Partnern. Der Konflikt um den rechtlichen und politischen Status von Bergkarabach und den besetzten Gebieten prägt ebenso Innen- und Außenpolitik des Landes und ist maßgebliche Motivation für einen stetig steigenden Rüstungsetat. Neben der offenen Unterstützung der Türkei mag der innere wirtschaftliche Druck sinkender Rohstoffpreise und der Druck durch die Öffentlichkeit nach den Vorfällen an der armenisch-aserbaidshanischnen Kontaktlinie im Sommer 2020 den Ausschlag gegeben haben, dem Verhandlungsverdruss in der Minsk-Gruppe ein militärisches Ende zu setzen. Nach Jahrzehnten ergebnisloser Verhandlungen wollte das durch russische und israelische Waffenlieferungen aufgerüstete Aserbaidshan seinem Anspruch auf Gewaltausübung über sein Staatsgebiet Geltung verleihen. Es scheint ganz so, als reagierte das Regime sehr sensibel auf die Stimmung des Volkes. Es war scheinbar zum Schluss gekommen, sich angesichts einer schwächelnden Wirtschaft nicht auch noch mangelnde Verhandlungsergebnisse leisten zu können und zu wollen. Aserbaidshan feierte sich am 09. Novem-

ber 2020 als Sieger. Ein Sieger, der gerade noch von Moskau ausgebremst wurde, bevor er vor den Toren von Stepanakert, der Hauptstadt Bergkarabachs, stand. Aserbaidshan ist aber auch ein Sieger, der für lange Zeit russische Friedenstruppen im Korridor zwischen der Enklave Bergkarabach und Armenien auf seinem de jure Territorium hinnehmen muss. Daran ändert voraussichtlich auch die Entsendung einer noch unbekanntem Anzahl türkischer Soldaten, die in einem gemeinsamen Zentrum den Waffenstillstand überwachen sollen, wenig.

Aufgetaut und wieder eingefroren

Für eine Weile befanden sich Armenien und Aserbaidshan im Waffenstillstands-Tango ohne realistische Aussichten auf ein effektives internationales Monitoring oder gar Friedenstruppen mit internationalem Mandat, zum Beispiel der Vereinten Nationen. Dennoch spielten die Ereignisse meist nur am Rande der Tagesmeldungen im Westen eine Rolle. Das explosive Potential des Konflikts, auch über den Südkaukasus hinaus, trat in Zeiten der Corona-Pandemie und der Präsidentschaftswahl in den USA meist in den Hintergrund. Gleichzeitig standen verschiedene Bündnis-Konstellationen vor der Gefahr, sich an der vermeintlichen Peripherie – quasi als Schlafwandler – in einer direkten Konfrontation wiederzufinden.

So herrscht scheinbar eine gewissen Erleichterung angesichts des Waffenstillstands und der gemeinsamen Erklärung von Präsident Alijew, Premierminister Paschinjan und Präsident Putins. Das ist verständlich, doch diese Erleichterung ist trügerisch. Ein wieder aufgeflammter Konflikt wurde unter neuen Vorzeichen und mit einem neuen regionalen Arrangement zwischen Russland und der Türkei wieder eingefroren. Dennoch steht die internationale Gemeinschaft mit diesem Krieg und seinen Folgen vor großen Herausforderungen – politisch, strategisch und nicht zuletzt humanitär. Wird dieser eingefrorene Konflikt wieder (zu lange) ignoriert, so wird eine mögliche Eskalation wie eines der vielen Erdbeben in der Region sein – man weiß nie genau, wann eines kommt und in welcher Stärke, aber man kann mit ziemlicher Sicherheit sagen, dass wieder ein starkes kommen wird – das liegt in der Natur von »eingefrorenen« Konflikten und tektonischen Verschiebungen.

Stand: 17.11.2020

Über die Autorin

Cindy Wittke ist Leiterin der politikwissenschaftlichen Nachwuchsgruppe am Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung (IOS) in Regensburg. Ihre Promotion im Völkerrecht bildete die Grundlage ihres Buches *Law in the Twilight – International Courts and Tribunals, the Security Council and the Internationalisation of Peace Agreements between State and Non-State Parties*, das 2018 bei Cambridge University Press erschien. Derzeit arbeitet

sie an ihrem zweiten Buchprojekt »Test the West« – Contested Sovereignities in the post-Soviet Space und leitet seit März 2019 die vom BMBF geförderte Projektgruppe »Zwischen Konflikt und Kooperation – Politiken des Völkerrechts im postsowjetischen Raum«.

Die Redaktion der Russland-Analysen freut sich, dekoder.org als langfristigen Partner gewonnen zu haben. Auf diesem Wege möchten wir helfen, die Zukunft eines wichtigen Projektes zu sichern und dem russischen Qualitätsjournalismus eine breitere Leserschaft zu ermöglichen. Wir danken unserem Partner dekoder für die Erlaubnis zum Nachdruck.

Die Redaktion der Russland-Analysen

Tschüss, Russki Mir?! – Russlands neues Konzept der »strategischen Zurückhaltung« im postsowjetischen Raum

Wladimir Frolov (Republic)

Einleitung von Dekoder

Ende September ist der Krieg um Bergkarabach zwischen Aserbaidshans und Armenien wieder neu entflammt, zahlreiche Zivilisten und Soldaten sind dabei ums Leben gekommen. Nun kam die überraschende Wende: Beide Seiten einigten sich in der Nacht zum Dienstag unter Vermittlung Russlands auf ein gemeinsames Abkommen.

Darin spiegelt sich die militärische Übermacht Aserbaidshans wider, die sich in den vergangenen Wochen deutlich zeigte: So sieht das Dokument etwa vor, dass Armenien sich teilweise aus Bergkarabach zurückzieht. Russland schickt knapp 2000 Soldaten, um den Frieden zu sichern – für zunächst fünf Jahre. Nachrichten, dass auch Aserbaidshans Verbündeter, die Türkei, Truppen entsende, dementierte der Kreml.

Während die Menschen auf Aserbaidshans Straßen einen Sieg feiern, kam es in Armenien zu heftigen Protesten. Armeniens Präsident Nikol Paschinjan bezeichnete das Abkommen als »unaussprechlich schmerzhaft für mich selbst und für unser Volk«.

Was die Rolle Russlands, traditionelle Schutzmacht Armeniens, angeht, sind sich Beobachter allerdings uneins: Auch wenn die Türkei an dem Abkommen nicht beteiligt ist – den Einfluss in der Region muss Russland künftig mit Aserbaidshans wichtigstem Verbündeten teilen. Steht Russland mit Armenien also auf der Verliererseite? Der russische Außenpolitikexperte Wladimir Frolov erklärte dem Nachrichtenportal Rambler, der Deal sei gut für Putin – unter der Voraussetzung, dass Russland nicht für Armenien in den Krieg ziehen will. Letzteres versteht Frolov als Ausdruck einer strategischen Wende in der russischen Außenpolitik – die er schon länger beobachtet und Ende Oktober auf Republic am Beispiel von Bergkarabach und Belarus beschrieb: Demnach verabschiedet sich Moskau von der Dominanz im postsowjetischen Raum ganz bewusst – schlicht, weil der Preis für Russland zu hoch ist.

Dominanz im postsowjetischen Raum als Luxus

Ohne viel Aufhebens zu machen, hat Russland seine Politik im postsowjetischen Raum geändert. Eine »Eurasische Union«, eine »Zone privilegierter Interessen«, der »Russki Mir«, die regionale Dominanz, die Verteidigung einer Pufferzone vor den »NATO-Panzern und -Raketen« und die einzigartige Rolle als »Garant für Sicherheit und Souveränität« für die postsowjetischen Staaten gegen äußere Einmischungen – diese großen Träume sind von der aktuellen Agenda des Kreml verschwunden.

Solch grandiose Ideen existieren zwar in den Talkshows der Staatssender, aber diejenigen, die die russische Politik in den Regionen machen, bedienen sich viel

realistischerer Narrative. Denn es herrscht die Meinung, dass der Traum von der russischen Dominanz im postsowjetischen Raum zwar eine gute Sache ist, aber der Preis für seine Verwirklichung viel zu hoch; de facto kann er nur in Ausnahmeszenarien realisiert werden – im Falle, dass existenzielle Staatsinteressen bedroht sind. In den meisten Fällen aber, und insbesondere dort, wo es keine gemeinsame Grenze mit Russland gibt, ist die postsowjetische Dominanz eher ein Luxus als ein Vehikel für nationale Entwicklungsziele. Man ist dazu übergegangen, die Ambitionen im postsowjetischen Raum zu optimieren und eine Bestandsaufnahme der realen Bedürfnisse und ihrer Umsetzungsmöglichkeiten vorzunehmen. Moskau »wägt ab, was für uns sinnvoll ist

und was nicht«, sagt Fjodor Lukjanow. Zu einem großen Teil ist das auf die Analyse der russischen Aktionen in der Ukraine, Georgien und Syrien zurückzuführen.

Der neue russische Ansatz in postsowjetischen Angelegenheiten lässt sich im Wesentlichen auf drei Frames herunterbrechen: Wozu? Was habe ich davon? Wie trete ich möglichst nicht in dumme Scheiße? (In Anlehnung an die außenpolitische Doktrin Barack Obamas »Don't do stupid Shit«.)

Das Konzept der »strategischen Zurückhaltung« Russlands im postsowjetischen Raum lässt sich an Wladimir Putins letztem Auftritt beim Waldai-Forum ablesen, bei dem der Präsident Ruhe und Gelassenheit demonstrierte, während er akute Krisen im nahen Ausland erörterte.

Die zeitliche Parallele der Unruhen in Belarus und Kirgistan sowie das Wiederaufflammen eines echten Krieges zwischen Armenien und Aserbaidschan um die Region Berg-Karabach sind ein guter Stresstest für die neue russische Strategie, und bisher hält sie ihm stand.

Belarus

In Belarus legt Moskau Selbstbeherrschung an den Tag – bei gleichzeitiger Wahrung des Handlungsspielraums. Noch bis vor kurzem glaubte man, ein drohender Regimewechsel infolge einer Farbrevolution in einem Staat, der durch ein Netz von Bündnisverpflichtungen an die Russische Föderation gebunden ist und Russland physisch von der NATO trennt, würde eine militärische Intervention Moskaus auslösen. Dadurch wären Proteste zu unterdrücken, oder zumindest ein hybrider Krieg möglich, um marionettenartige Pufferstaaten analog der Donezker Volksrepublik und der Volksrepublik Luhansk zu schaffen. Doch eine Wiederholung des ukrainischen Szenarios hat es nicht gegeben.

Moskau hat den Wahlkampf in Belarus aufmerksam verfolgt und wusste sehr gut, womit das alles enden könnte. Die Frage war lediglich, ob Lukaschenko seine Macht unmittelbar unter dem Druck der Straße verlieren würde (was dem Kreml natürlich überhaupt nicht geschmeckt hätte) oder ob es gelingt, »den Prozess zu strukturieren« und Moskau den Weg in die belarussische Politik zu ebnet.

Am Ende entschied man sich für eine zurückhaltende Linie: schickte Lukaschenko wärmsten TV-Support (naja, und noch ein bisschen mehr), signalisierte die Bereitschaft, sich »im Falle von Massenunruhen« einzumischen (ohne darauf die geringste Lust zu haben und völlig im Klaren darüber, dass eine direkte Einmischung einen antirussischen Protest konsolidieren würde), blockierte die Vermittlerrolle des Westens und riet den Demonstranten »zu Lukaschenko zu gehen und ihn nach einer Verfassungsreform zu fragen«.

Russland hat es geschafft, unumkehrbare Schritte zu vermeiden, die in eine Sackgasse geführt und die Kosten in Form von neuen Sanktionen aus dem Westen in die Höhe getrieben hätten. Durch die Absage an eine zu aktive Einmischung in die Krise und an ein direktes gewaltsames Vorgehen in Belarus konnte eine Destabilisierung innerhalb Russlands verhindert werden. Indem Russland westliche Forderungen nach einem »nationalen Dialog« unter OSZE-Vermittlung verhinderte, hat es diese Vermittlerrolle selbst eingenommen. Nicht zuletzt hat die zurückhaltende Reaktion auf die belarussische Krise Moskau einen besonnenen Blick auf das Projekt des Staatenbundes ermöglicht: Ist der wirklich so vorteilhaft für Russland oder birgt er nicht auch ein Risiko für die russische Staatlichkeit? Alles, was einen Staatenbund ausmacht, lässt sich auch innerhalb der Eurasischen Wirtschaftsunion verwirklichen.

Selbst der Wert eines Militärbündnisses mit Belarus stellt sich in neuem Licht dar. Die Bedrohung durch die NATO – das sind nicht die polnischen Panzer vor Smolensk, sondern amerikanische luft- und bodengestützte Hyperschallraketen mittlerer Reichweite in Zentraleuropa. Ist es für die Verteidigung Russlands da nicht sicherer, die 100 Milliarden US-Dollar an Öl- und Gassubventionen für Belarus darauf zu verwenden, den ganzen europäischen Teil des Landes mit Iskander-M-Raketen und S-400-Luftabwehrsystemen zu überziehen (und so die eigenen Fabriken mit Aufträgen auszulasten)? Klar ist, dass es in Minsk nach der Krise keine Rückkehr zum Status quo geben wird, und die »neue russische Zurückhaltung« ermöglicht es, in aller Ruhe abzuwägen, wie es nun weitergehen soll.

Bergkarabach

Hier hat Moskau eine Beteiligung auf dieser oder jener Konfliktseite vermieden, auch wenn die von der TV-Propaganda angeheizte Polemik in Russland bereits bedrohliche Ausmaße annimmt.

Moskau gibt zu verstehen, dass der Konflikt um die Region Bergkarabach weder direkten Bezug zu Russland hat noch seine nationalen Interessen berührt. Zwar stellt Putin die aus der Organisation des Vertrags über kollektive Sicherheit OVKS resultierenden Bündnisverpflichtungen gegenüber Armenien nicht in Frage, doch in Wirklichkeit überdenkt Moskau den Nutzen eines solchen Bündnisses, dessen Vorteile für Armenien auf der Hand liegen, nicht jedoch für Russland.

Die Beziehungen zu Aserbaidschan haben für Russland einen eigenständigen Wert und werden nicht durch das Prisma der armenischen Interessen betrachtet. Dieser Wert wird dadurch bestimmt, dass die russisch-aserbaidschanische Grenze durch eine äußerst heikle Region verläuft: Dagestan und das Kaspische Meer. Die Ruhe

an dieser Grenze und die enge Zusammenarbeit mit dem Nachbarn, um diese Ruhe zu gewährleisten (damit es nicht wieder so wird wie in den 1990ern und Anfang der 2000er Jahre), sind nicht weniger wichtig als die Bündnisverpflichtungen gegenüber Armenien.

Es ist Moskau ein Dorn im Auge, dass beide Seiten versuchen, Russlands Position zu ihren Gunsten zu manipulieren, und Russland auf diese Weise Probleme bereiten. Zu eindeutig nutzt Aserbaidschan das Thema der russischen Antiterroroperationen in Tschetschenien und Dagestan, um separatistische Tendenzen im eigenen Land abzuwehren. Macht man diese Position zu einem unumstößlichen Prinzip, dann entkräftet man die Argumente Russlands in Bezug auf den Donbass und die Krim und verstärkt im Gegenzug die der Ukraine.

Armenien hat schon unter der damaligen Führung das russische Vorgehen auf der Krim im Jahr 2014 zu sehr als Freibrief für eine schrittweise »Wiedervereinigung« durch eine »Selbstbestimmung des karabachischen Volkes« gewertet. Und auch wenn Sergej Lawrow erklärt, dass gemäß UN-Charta das »Selbstbestimmungsrecht der Völker an zentraler Stelle steht und die territoriale Integrität und Souveränität respektiert werden müssen«, ist Moskau lediglich bereit, dieses rechtliche Novum auf die Krim (und Abchasien und Südossetien) anzuwenden, aber nicht auf Bergkarabach (und nicht einmal auf den Donbass).

Zur Türkei

Moskau wird sich wegen des penetranten Eindringens der Türkei in den postsowjetischen Raum und deren Anspruch auf Beteiligung an einer Regulierung in Bergkarabach nicht auf einen bewaffneten Konflikt mit ihr einlassen, trotz der laut werdenden Aufrufe, zu den Waffen zu greifen und »ein neues Chalchin Gol« herbeizuführen. Russland und die Türkei befinden sich bereits in einer symbiotischen Beziehung, in der beide Seiten für die jeweils andere lebensnotwendig sind, um entscheidende außenpolitische Ziele durchzusetzen. Für Moskau ist es von zentraler Bedeutung, dass Erdogan seine Linie der werte- und geopolitischen Opposition zum Westen fortsetzt, was den Westen von einer Konfrontation mit Russland ablenkt, zu einem »Hirntod der NATO« führt und die Wichtigkeit einer Zusammenarbeit Europas mit Moskau im Nahen Osten und dem Mittelmeerraum erhöht.

Es gibt nur zwei Minen, die die russisch-türkischen Beziehungen sprengen könnten: Erstens eine Ausweitung der militärtechnischen Zusammenarbeit zwischen Ankara und der Ukraine (Produktion von Drohnen, Lieferung von Hochpräzisionswaffen und Lobbyarbeit für einen Beitritt der Ukraine und Georgiens in die NATO).

Und zweitens die aggressive Propagierung eines Panturkismus und des politischen Islam innerhalb Russ-

lands. Die Verstärkung der türkischen Präsenz im Südkaukasus ist eine vollendete Tatsache, und das einzige, was Moskau interessiert, ist, dass Erdogan die roten Linien nicht überschreitet.

Ausformuliert bedeutet die neue außenpolitische Doktrin des Kreml in etwa:

- nur das absolute Minimum tun, das sich aus Vertragsverpflichtungen ergibt; Ausgaben für das Krisenmanagement minimieren; »brüderliche Hilfe« leisten; nach und nach »die Last der postsowjetischen Führung« reduzieren
- als Bedingung für russische Hilfe möglichst konkrete Schritte des Empfängers dahingehend vereinbaren, dass er sich und seine Souveränität unter die geopolitischen Ziele Moskaus unterordnet
- die Bündnisverpflichtungen Russlands einer gründlichen Prüfung unterziehen, anpassen und die Formate der russischen Beteiligung konkretisieren
- nichts tun, was die innenpolitische Lage in Russland destabilisieren könnte, auch nicht durch eine zu aktive Beteiligung Russlands an den inneren Krisen seiner Nachbarn oder eine unreflektierte Ausweitung bestehender Integrationsbündnisse
- nicht zulassen, dass die russische Außenpolitik durch »Bruderrepubliken« und ihre »russländischen Diasporen« zugunsten von deren Interessen manipuliert wird, die sich nicht immer mit den russischen decken
- keine weiteren Sanktionen aus dem Westen auf sich laden wegen eines postsowjetischen »Anhängsels« der Russischen Föderation
- keine Schritte unternehmen, die Russlands Handlungsspielraum einschränken oder einen Rückzug ohne Gesichtsverlust unmöglich machen und in eine Sackgasse führen, vergleiche »stupid shit«
- nicht gegen Windmühlen der inneren Destabilisierung postsowjetischer Staaten ankämpfen; Toleranz für ein gewisses Grad an Instabilität in den Regionen entwickeln; von einem übermäßig aktiven Kampf gegen die Farbrevolutionen Abstand nehmen.
- sich der eigenen Möglichkeiten und Ressourcen bewusst sein sowie ihrer Unzulänglichkeit, einen entscheidenden Effekt auf regionale Krisen auszuüben – abgesehen von Situationen, die unmittelbar die Sicherheit der Russischen Föderation bedrohen
- anderen regionalen Playern stillschweigend »eingeschränkte Interessen« im postsowjetischen Raum zugestehen – und einen Modus vivendi mit ihnen suchen, ohne einen Fetisch aus der »russischen Dominanz« zu machen: Dominant nur dort, wo es dich ohne Dominanz teuer zu stehen kommt, und nicht einfach nur aus Prinzip
- anerkennen, dass der Aufstieg der Russischen Föderation zu einer Großmacht in anderen Regionen der Welt (dem Nahen Osten, Nordafrika und dem

östlichen Mittelmeerraum) zu einer Abhängigkeit von anderen Regionalmächten führt, die wiederum die Handlungsfreiheit im postsowjetischen Raum einschränkt; sich aller Risiken und Gefahren einer direkten militärischen Konfrontation mit »aufstrebenden Regionalmächten« bewusst sein – im Unterschied zu einer simulierten »kontrollierten Eskalation« mit den USA, der NATO oder der EU, wo ein Militäreinsatz grundsätzlich unmöglich ist

Über den Autor

Wladimir Frolov ist Experte für Außenpolitik in Moskau.

Die Redaktion der Russland-Analysen freut sich, dekoder.org als langfristigen Partner gewonnen zu haben. Auf diesem Wege möchten wir helfen, die Zukunft eines wichtigen Projektes zu sichern und dem russischen Qualitätsjournalismus eine breitere Leserschaft zu ermöglichen. Wir danken unserem Partner dekoder für die Erlaubnis zum Nachdruck.

Die Redaktion der Russland-Analysen

dekoder

[RUSSLAND ENTSCHLÜSSELN]

KOMMENTAR

Türkei, Russland und Bergkarabach: Eine ambivalente Konfliktkonstellation

Daria Isachenko (Centrum für angewandte Türkei studien (CATS) der Stiftung Wissenschaft und Politik, Berlin)

Die unaufhaltsamen Ambitionen des türkischen Präsidenten Recep Tayyip Erdogan, die Türkei als regionale Macht zu stärken, haben den Südkaukasus erreicht, welchen Russland als seinen Einflussbereich betrachtet. Neben Syrien und Libyen ist nun auch der Konflikt zwischen Armenien und Aserbaidschan um Bergkarabach zum Gegenstand von Konflikt und Kooperation zwischen Russland und der Türkei geworden. Ähnlich wie in Syrien und Libyen stehen Russland und die Türkei erneut auf unterschiedlichen Seiten.

Seit Beginn der militärischen Eskalation im Konflikt um Bergkarabach am 27. September 2020 agiert die Türkei als Schutzmacht Aserbaidschans. Sie verfolgt dabei die Absicht, den Status quo sowohl militärisch als auch diplomatisch zu überwinden, der für Baku wenig zufriedenstellend ist. Russland hingegen hat die führende Rolle als Vermittler im Verhandlungsprozess

- sich wegen all dem »keinen Kopf machen«, auch wenn die internationale Presse sich mit Schlagzeilen über den schwindenden russischen Einfluss in ihrer eigenen Einflussphäre überschlägt.

Stand: 12.11.2020

Aus dem Russischen übersetzt von Jennie Seitz

inne und sitzt zusammen mit den USA und Frankreich der OSZE-Minsk-Gruppe vor. Andererseits ist Russland sowohl im Rahmen der Organisation des Vertrags über kollektive Sicherheit (OVKS) als auch durch bilaterale Abkommen gegenüber Armenien verpflichtet, wenn der Krieg das armenische Territorium betreffen würde. Ob es zur Konflikteskalation oder zur Zusammenarbeit zwischen der Türkei und Russland im Konflikt um Bergkarabach kommt, hängt allerdings weniger davon ab, auf welcher Seite sie stehen. Vielmehr kommt es darauf an, welche Interessen Russland und die Türkei dabei verfolgen und ob diese Interessen kollidieren oder nicht.

Russland und die Türkei: Wie aus Feinden Freunde wurden

Der unverblühte Anspruch Ankaras sich in Moskaus unmittelbare Nachbarschaft einzumischen, löste in der

öffentlichen Debatte in Russland ähnliche pan-türkistische Ängste aus, wie sie schon einmal Anfang der 1990er Jahre aufgekommen waren. Gleich nach dem Zerfall der Sowjetunion legte die Türkei im postsowjetischen Raum eine immense Aktivität an den Tag, um den turksprachigen Völkern und Turkstaaten eine Alternative unter dem Dach der »Türkischen Welt« anzubieten. Diese Integrationsvision betraf nicht nur unabhängige Staaten wie Aserbaidschan, Kasachstan, Kirgisistan, Turkmenistan und Usbekistan, sondern auch Teilrepubliken, die zu Russland gehören, wie zum Beispiel Tatarstan, Baschkortostan, die Republik Altai, Chakassien, Jakutien und Tuwa. Der Verdacht lag also nahe, dass die Türkei mit dem Slogan »eine Nation, zwei Staaten«, mit dem üblicherweise das Verhältnis zwischen der Türkei und Aserbaidschan beschrieben wird, womöglich weitere Staaten und Völker beanspruchen würde.

Die pan-türkistische Debatte in Russland wurde jedoch vom russischen Präsidenten Wladimir Putin persönlich gedämpft. Am 22. Oktober 2020 lobte Putin im internationalen Diskussionsklub »Waldai« den türkischen Amtskollegen als flexiblen und vor allem zuverlässigen Partner (<http://kremlin.ru/events/president/news/64261>). Neben dem bilateralen Handelsvolumen über 20 Milliarden US-Dollar betonte Putin insbesondere die Vorteile, die die unabhängige Außenpolitik der Türkei für Russland habe. Im Gegensatz zum Nord Stream 2 Pipeline-Projekt mit den europäischen Partnern sei laut Putin trotz des Drucks die Zusammenarbeit mit der Türkei bei der Erdgaspipeline TurkStream viel effizienter. In erster Linie aber sollte der Kauf des russischen S-400-Raketenabwehrsystems seitens der Türkei als dessen stolzes Wahrzeichen für autonomes Handeln stehen.

Putins Komplimente an Erdogan, aber mehr noch die Zurückhaltung des Kremls gegenüber der Türkei im aktuellen Konflikt im Südkaukasus, stehen in starkem Kontrast zum ersten Krieg um Bergkarabach (1991–1994). Als die Türkei Anfang der 1990er Jahre versuchte, im Konflikt zwischen Armenien und Aserbaidschan zu intervenieren, warnte der damalige sowjetische Verteidigungsminister Jewgenij Schaposchnikow, dies könne der Anstoß zu einem Dritten Weltkrieg sein. Dass Russland nun nicht versucht, seine exklusive Einflusszone vor der Einmischung des NATO-Mitglieds Türkei zu bewahren, hat mehrere Gründe. Zum einen arbeiten Russland und die Türkei seit 2016 sehr eng in Syrien zusammen. Dies hat sich nicht nur auf die bilateralen Beziehungen zwischen Moskau und Ankara positiv ausgewirkt, sondern auch zu einer Koordinierung in Libyen geführt. Zum anderen sind die Beziehungen zu Aserbaidschan für Russland nicht unwichtig: Baku wird in Moskau als strategischer Partner betrachtet. Entschei-

dend für die aktuelle Politik des Kremls im Konflikt um Bergkarabach scheint allerdings Russlands Verhältnis zur jetzigen Regierung Armeniens unter Premierminister Nikol Paschinjan zu sein.

Russland und Armenien: Wie aus Freunden Feinde werden

Als Mitglied der Eurasischen Wirtschaftsunion und der Militärallianz OVKS ist Armenien der bedeutendste Alliierte Russlands im Südkaukasus. Allerdings sind die Beziehungen zwischen Moskau und Jerewan seit 2018 erheblich belastet (<https://regnum.ru/news/polit/3078264.html>). Der wesentliche Grund dafür ist die pro-amerikanische Orientierung des derzeitigen Premierministers Paschinjan, der 2018 als Folge der Proteste in Armenien an die Macht gekommen ist. In Moskaus Wahrnehmung werden Farbrevolutionen wie die sogenannte Samtene Revolution in Armenien vom Westen gefördert, um den Einfluss des Kremls im postsowjetischen Raum zu beschneiden. Mit der fehlenden Rückenbedeckung Russlands für Armenien, insbesondere gegenüber der entschlossen auftretenden Türkei, sendet der Kreml eine deutliche Botschaft, dass eine unausgewogene Multivektorenpolitik auch ihre Grenzen hat. Somit sind die Effekte der allgemein militarisierten Außenpolitik der Türkei im Südkaukasus nicht ohne Vorteil für Russland.

Der Konflikt um Bergkarabach symbolisiert Russlands größtes Problem im postsowjetischen Raum, aber gleichzeitig auch dessen bevorzugte Lösung. Höchste Priorität für den Kreml hat es, Regimewechsel durch Farbrevolutionen zu verhindern. Dadurch soll dem Einfluss des Westens entgegengewirkt werden. Im Gegensatz zum Westen hat jedoch Russland zu wenig *soft power* in seiner exklusiven Zone der privilegierten Interessen investiert. Dies führte dazu, dass Russland dort militärisch mit einer Art *spezoperazija* reagierte, wo der Westen zu viel Einfluss gewonnen hatte, wie etwa in Georgien oder der Ukraine. Im Falle Armeniens wurde die Rolle Russlands bei der Beseitigung des Problems offensichtlich stellvertretend von der Türkei übernommen.

Fazit

Die Konfliktkonstellation um den Krieg zwischen Armenien und Aserbaidschan problematisiert somit nicht nur die historischen Rivalitäten zwischen Russland und der Türkei, sondern auch die Beziehungen zwischen den langjährigen Verbündeten Russland und Armenien, deren gegenseitige Bindung nicht mehr selbstverständlich ist. Vor allem aber verdeutlicht der wieder aufgeflamte Krieg im Südkaukasus, dass das »Einfrieren« eines Konfliktes keine endgültige Lösung ist.

Informationen über die Autorin finden Sie auf der nächsten Seite.

Über die Autorin

Dr. Daria Isachenko ist Wissenschaftlerin am Centrum für angewandte Türkeistudien (CATS) der Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP) in Berlin.

Lesetipp

Daria Isachenko. »Türkei-Russland-Partnerschaft im Krieg um Bergkarabach: Militarisierte Friedensstiftung mit Folgen für die Konflikttransformation« SWP-Aktuell 2020/A 88, November 2020, 4 Seiten: doi:10.18449/2020A88. Abrufbar unter: <https://www.swp-berlin.org/publikation/tuerkei-russland-partnerschaft-im-krieg-um-bergkarabach/>.

Iran im Karabach-Krieg: Ein wichtiger Outsider

Zaur Gasimov (Abteilung für Osteuropäische Geschichte, Universität Bonn)

Irans Beziehungen zu Armenien und Aserbaidschan

Die Islamische Republik Iran hat eine gemeinsame Grenze mit Armenien und Aserbaidschan und ist ein aufmerksamer Beobachter der armenisch-aserbaidschanischen Beziehungen. Bergkarabach ist nur vierzig Kilometer von der iranischen Grenze entfernt. Der Ausbruch der kriegerischen Auseinandersetzungen am 27. September 2020 fand somit in unmittelbarer Nähe zum iranischen Staatsgebiet statt. Die größte Herausforderung für die Regierung in Teheran bestand dennoch nicht in der Tatsache, dass in der ersten Oktoberwoche einige Raketen fälschlicherweise auf dem iranischen Territorium landeten und Sachschäden anrichteten. Von viel größerer Bedeutung sind die neuen Dynamiken im armenisch-aserbaidschanischen Kräfteverhältnis, die innenpolitische und interethnische Komponente im Iran selbst und die internationale Dimension des Konflikts.

Seit dem ersten Karabach-Krieg 1992 bis 1994 hat Iran eng mit Armenien kooperiert, wohingegen die Beziehungen zwischen Teheran und Baku äußerst angespannt gewesen sind. Dass die überwiegende Mehrheit der Aserbaidschaner Schiiten und der Armenier Christen sind, hat trotzdem nicht dazu geführt, dass die ebenfalls mehrheitlich schiitische Theokratie Iran den Standpunkt Aserbaidschans in diesem Konflikt unterstützte. Von Pragmatismus und geopolitischen Interessen geprägt, pflegte Teheran eher enge Beziehungen zu Russland. Zudem sagte die prorussische außenpolitische Orientation Armeniens der iranischen Staatsraison zu.

Im Zuge des Krieges verlor Baku die Kontrolle über die Enklave Bergkarabach und die Bezirke südlich und westlich von Karabach, darunter ein erheblicher Teil der aserbaidschanisch-iranischen Staatsgrenze. Die nördlichen Provinzen Irans, die Entitäten (*ostanba*) West- und Ost-Aserbaidschan, sind aus ethnisch-sprachlicher Sicht aserbaidschanisches Siedlungsgebiet. Die turkophonen Aserbaidschaner mit ca. 15 Millionen

Menschen bilden die absolute Mehrheit der Bevölkerung Nordirans und beinahe die Hälfte der Hauptstadt Teheran.

Der ethnisch aserbaidschanische Separatismus im Iran hat seine Vorgeschichte: 1941 bis 1946 waren die Gebiete von der Roten Armee besetzt und faktisch sowjet-aserbaidschanisch bestimmt. 1992 bis 1993 verschlechterten sich die iranisch-aserbaidschanischen Beziehungen, als die russland- und irankritische Volksfront um den Präsidenten Abulfaz Elçibey in Baku an der Macht war. Im Laufe der 1990er Jahre blickten Iran und Aserbaidschan mit Misstrauen aufeinander. Baku zog westliche Ölförderungsunternehmen an, nahm diplomatische Beziehungen zu Israel auf und entwickelte eine intensive Zusammenarbeit mit Ankara und Tel-Aviv. Die religionskonservativen Aktivisten, die den politischen Islam propagierten, enge Kontakte zum Klerus im Iran unterhielten bzw. im iranischen Qum ausgebildet worden waren, wurden von Baku verfolgt. Dieses positionierte sich als weltliche Republik und führte trotz der Proteste aus dem Iran den Eurovision Song Contest 2012 durch.

Für Armenien, dessen Grenzen zur Türkei und Aserbaidschan geschlossen sind, war Iran die einzige sichere Pforte zur Außenwelt. Denn die armenisch-georgischen Beziehungen blieben angespannt, Tbilisi betrachtete die prorussische Orientierung Armeniens mit Misstrauen. Des Weiteren fürchtet Georgien den armenischen Separatismus in der Provinz Dschawacheti und ist durch zahlreiche Gas- und Öl-Pipeline-Systeme mit Armeniens Rivalen, der Türkei und Aserbaidschan, verbunden.

2007 wurde der erste Teil der 2004 vereinbarten armenisch-iranischen, 140 Kilometer langen Gaspipeline eröffnet. Teheran ist ein wichtiger Energielieferant Armeniens und finanzierte mehrere Infrastrukturprojekte, um den Personen- und Warenverkehr zu erleichtern. Im letzten Jahrzehnt ist die Zahl der Touristen aus

dem Iran rapide gestiegen, denn im Juni 2016 wurde die Visumpflicht zwischen Armenien und dem Iran aufgehoben.

Baku hielt sowohl an der Visumpflicht mit Iran wie auch an der engen, multidimensionalen Zusammenarbeit mit dem NATO-Mitglied Türkei und dem Staat Israel fest. Beide Länder spielten eine entscheidende Rolle bei der Professionalisierung und Modernisierung der aserbajdschanischen Streitkräfte und der Sicherheitskräfte.

Iran aktiviert seine Außenpolitik als Reaktion auf den Krieg zwischen Armenien und Aserbaidschan

Der Ausbruch der kriegerischen Auseinandersetzungen an der armenisch-aserbaidschanischen Frontlinie Ende September 2020 stellte eine Überforderung für die iranische Staatsführung dar. Diese hing vermutlich mit der Annahme zusammen, dass die Streitigkeiten wie 2016 oder auch im Juli dieses Jahres kurzlebig sein und ohne tiefgreifende Auswirkungen auf das Kräfteverhältnis bleiben würden. Teheran rief beide Seiten zum Frieden auf und bot seine Vermittlung an. Der Einsatz von *Unmanned Aerial Vehicles* (UAV) und Hightech-Drohnen ermöglichte den aserbajdschanischen Streitkräften die Oberhand an der Front zu erlangen. Zudem unterstützte Ankara Baku – anders als während des Krieges 1992 bis 1994 – auf dem internationalen Parkett. Die Erfolge Bakus lösten mehrtägige Solidaritätskundgebungen unter den iranischen Aserbaidschanern in Tabriz, Ardabil und anderen Städten aus. Viel Aufmerksamkeit erntete die Behinderung eines russischen Konvois über das iranische Territorium nach Armenien.

Am 1. Oktober folgte ein gemeinsames Manifest, das von vier hochrangigen Klerikern aus den iranischen Nordprovinzen unterzeichnet wurde, die die Zugehörigkeit Bergkarabachs zu Aserbaidschan verkündeten. Die Dynamiken im armenisch-aserbaidschanischen Kräfteverhältnis und die Proteste der iranischen Aserbaidschaner führten dazu, dass Iran seine Außenpolitik in der Karabach-Frage aktivierte. Dies könnten angesichts der sich durch das Sanktionsregime und die Pandemie radikal verschlechterten Wirtschaftslage ein größeres und gewalttätiges Potential entwickeln.

Iran stellt seinen eigenen Friedensplan vor und kritisiert den Westen

Teheran verkündete Anfang Oktober die Vorbereitung eines Lösungskonzepts, kritisierte die bisherige Tätigkeit der Minsker Gruppe der OSZE und insbesondere die Rolle der Staaten, die »weit entfernt von der Region« liegen. Es ist naheliegend, dass Teheran dies als eine Chance ergriff, seine Kritik am Westen generell und an den USA im Besonderen auszuüben.

Im öffentlichen Diskurs warfen iranische Politiker dem Westen vor, er habe den Konflikt jahrzehntelang nicht gelöst und somit sogar zu seinem Fortbestand beigetragen.

Iran stellte seinen Friedensplan vor, der von der Prämisse der territorialen Integrität und der Wahrung der internationalen Grenzen ausging. Zudem erkannte er die Zugehörigkeit von Bergkarabach zu Aserbaidschan an. Gleichzeitig postulierte er auch indirekt die Wahrung der eigenen territorialen Integrität, was für den multiethnischen Iran mit der staatstragenden persischen Titularnation, die knapp die Hälfte der Bevölkerung ausmacht, lebenswichtig ist. Iran bot seine Hauptstadt als Ort für Friedensverhandlungen an und schlug Gespräche im Format 3+3 vor. Neben Armenien, Aserbaidschan und Georgien sollten die Türkei, Russland und der Iran teilnehmen. Die Hauptstoßrichtung des Friedensplans ist die Regionalität: Die Länder der Region sollten nach dieser Logik Konflikte innerhalb der Region eigenständig und ohne Einmischung von außen lösen. Irans stellvertretender Außenminister Abbas Araghchi reiste vom 29. bis 31. Oktober nach Baku, Moskau, Jerewan und Ankara. Während er sich in der Türkei und Russland mit den Vizeaußenministern traf, wurde er in Baku und Jerewan auf höchster Ebene empfangen. Ayatollah Khamenei sprach das Thema Karabach in seiner Rede am 3. November an und bestärkte Irans Bereitschaft zu vermitteln. Er betonte dabei die Wichtigkeit der territorialen Integrität im Allgemeinen, die Zugehörigkeit Karabachs zu Aserbaidschan und die Bedeutung der Sicherheit der armenischen Minderheit im aserbajdschanischen Staatsverbund in der Zukunft. Alle Beteiligten priesen Irans Friedensinitiative, allerdings wurde nicht mehr daraus.

Iran teilt den russischen Standpunkt, dass die westliche Präsenz im Kaukasus minimiert werden sollte und versuchte das syrische Modell auf den armenisch-aserbaidschanischen Konflikt anzuwenden. Teheran hoffte darauf, dass die Minsker Gruppe mit ihren drei Ko-Vorsitzenden Russland, Frankreich und der USA durch die türkisch-russisch-iranische Troika ersetzt werden würde. Vorbild war dabei die Ablösung des Genfer Formats im Syrien-Konflikt durch den Astana-Prozess.

Iran begrüßt den von Russland vermittelten Waffenstillstand und bäugt die Türkei kritisch

Am 10. November 2020 kam es zur virtuellen Unterzeichnung des armenisch-aserbaidschanischen Waffenstillstandes und der Entsendung von fast 2000 russischen Soldaten nach Karabach zur Friedenssicherung. Das Format der Minsker Gruppe scheint damit passé zu sein, da Russland eigenständig agierte. Teheran begrüßte

die russische Initiative und bot wiederholt seine Vermittlung, vor allem hinsichtlich der Punkte drei und vier des Abkommens, an. Mit Misstrauen beäugt Teheran das türkische Engagement in der Region, besonders die von Baku favorisierte Idee des russisch-türkischen *Monitoring Centers*. Bereits am 11. November warf die konservative iranische Tageszeitung »Ettelaat« Baku vor, sich nicht für die »Palästinenser-Frage« einzusetzen. Die iranische Seite betrachtet die russisch-türkische Zusammenarbeit und die Ausbreitung des türkischen Einflussbereiches mit Besorgnis: Besonders fürchtet Teheran sich vor einer Ausweitung des türkischen Einflusses auf die eigene turkophone Bevölkerung in den Nordprovinzen wie auch im Nordwesten des Landes, die sich bereits seit Jahren empfänglich für die türkische Softpower und Pop-Kultur zeigt.

Trotz der Sanktionen konnte Iran den Rückzug der USA aus dem Nahen Osten zu seinen Gunsten nutzen. Teheran konnte sich vor allem in der schiitischen Welt von Libanon bis hin nach Jemen positionieren. Besonders erfolgreich war Iran dabei in Syrien und Irak. Seine Interessen sind mit denen Russlands und der Türkei

nicht deckungsgleich, mit der Türkei oft sogar konträr. In einigen essenziellen Punkten erreicht Teheran jedoch Konsens mit Ankara und Moskau. Die Türkei, vor allem aber der Iran und Russland, sind daran interessiert, den westlichen Einfluss im Nahen Osten zu minimieren. Für alle drei ist dabei die territoriale Integrität Syriens und Iraks von enormer Signifikanz. Für Iran sind die Türkei und Russland wichtige Wirtschafts- und Handelspartner. Die Türkei gehört unter den wenigen Länder, die die Iraner visumsfrei besuchen können, zu den beliebtesten Urlaubs- und Shopping-Zielen. Russland entwickelte sich zudem zur Schutzmacht Irans auf internationalem Parkett, nicht zuletzt mit seinem Vetorecht im UN-Sicherheitsrat. Die Türkei und Iran sind wichtige Abnehmer für russische Waffentechnologien und Raketenabwehrsysteme. Zudem erhoffen sich Ankara und Teheran eine Zusammenarbeit mit Moskau bei der Bekämpfung der Covid-19-Pandemie. Der Karabach-Krieg in diesem Herbst zeigte jedoch, dass Teheran sich auf diesem Terrain schlechter auskennt als mit der Levante oder der Golfregion. Trotz aktiver Diplomatie blieb Iran ein Outsider.

Über den Autor

Dr. Zaur Gasimov studierte Internationale Beziehungen und Völkerrecht an den Universitäten Baku, Berlin und Eichstätt. Nach der Promotion im Fach Osteuropäische Geschichte war er am Leibniz-Institut für Europäische Geschichte in Mainz tätig und anschließend von 2013 bis 2019 am Orient-Institut Istanbul entsandt. Seit 2020 arbeitet Gasimov im Rahmen des von ihm eingeworbenen DFG-Projekts an der Abteilung für Osteuropäische Geschichte der Universität Bonn und befasst sich mit der russisch-türkischen und der russisch-iranischen Verflechtungsgeschichte.

Implikationen des Bergkarabach-Konflikts für Georgien und die regionale Stabilität

Belinda Nüssel (Stiftung Wissenschaft und Politik, Berlin),
Minna Ålander (Stiftung Wissenschaft und Politik, Berlin)

Das unter der Vermittlung Russlands am 09. November zustande gekommene Abkommen zwischen Armenien und Aserbaidschan hat vorerst zu einem Ende der Kampfhandlungen im Konflikt um Bergkarabach geführt. Der nunmehr als »re-frozen« eingestufte Konflikt hat jedoch auch nach dem jüngsten Waffenstillstand grundsätzlich weiterhin Potential für schwerwiegende destabilisierende Konsequenzen im gesamten regionalen Kontext des Südkaukasus. Hier befindet sich Georgien in einer besonders komplexen Situation.

Als direktes Nachbarland Armeniens und Aserbaidschans ist die georgische Führung stets darum bemüht, nicht unter die Räder der Konfliktparteien zu geraten. Gute Beziehungen zu beiden Nachbarn sind aufgrund der geopolitischen Lage Georgiens essentiell. Regionale

Stabilität und Neutralität im Konflikt zwischen seinen Nachbarn haben daher für Georgien die höchste Priorität. Dies betonten zuletzt sowohl die georgische Präsidentin Salome Zurbischwili als auch der Nationale Sicherheitsrat. Nicht nur ist Georgien der wichtigste Transportkorridor für Armenien, dessen Grenzen zur Türkei und zu Aserbaidschan seit den 1990er Jahren aufgrund des Bergkarabach-Konflikts geschlossen sind. Auch für Aserbaidschan spielt Georgien eine wichtige Rolle als Transportroute zwischen Aserbaidschan und der Türkei. Zu nennen sind hier die Baku–Tbilisi–Ceyhan-Ölpipeline, die Baku–Tbilisi–Kars-Eisenbahnroute und die Südkorridor-Naturgaspipeline. Aserbaidschanische Direktinvestitionen (FDI) sind wiederum wichtig für die georgische Wirtschaft. Hinzu kommt, dass

Georgien im Norden an Russland grenzt und im Süden an die Türkei – beides Akteure, die im Bergkarabach-Konflikt involviert sind.

Die jüngste Eskalation machte das vitale Interesse Georgiens deutlich, eine weitere Intensivierung des Konflikts abzuwenden, denn der Konflikt trifft Georgien zu einem schwierigen innenpolitischen Zeitpunkt. Unruhen über das Ergebnis der Parlamentswahlen am 31. Oktober halten weiter an. Eine potentielle Mobilisierung der armenischen und aserbajdschianischen Minderheiten in Georgien oder ein Spill-over auf die »eigenen« Konflikte in Abchasien und Südossetien könnten die interne Lage weiter zuspitzen. Nicht zuletzt aus diesen Gründen hat Georgien erstmals seit 1991 angeboten, anstelle von passiver Neutralität eine aktive Vermittlerrolle einzunehmen. Das Angebot wurde von den Konfliktparteien jedoch nicht angenommen. Der Grund hierfür war wohl, dass Georgien sowohl das nötige politische Gewicht als auch die Ressourcen fehlen. Wie zentral und empfindlich die Neutralität Georgiens sowohl für die zwischenstaatlichen Beziehungen als auch die innenpolitische Stabilität des Landes ist, zeigt die Desinformation, die sowohl in Aserbaidschan als auch in Armenien über Social Media und anderen Webseiten über Georgien verbreitet wurde. Die fälschlicherweise zirkulierenden Meldungen, Georgien unterstütze zumindest indirekt die aserbajdschianische Seite, indem es Waffenlieferungen aus der Türkei nach Aserbaidschan über sein Territorium zulasse und den Fernsehturm in Tbilisi in aserbajdschianischen Nationalfarben anstrahle, führte sowohl innerhalb der armenischen Minderheit in Georgien als auch in Armenien selbst zu Protesten (https://idfi.ge/en/disinformation-karabakh_conflict, <https://civil.ge/archives/374094>).

Das Abkommen über den Waffenstillstand ist aus georgischer Sicht zwar grundsätzlich zu begrüßen. Ob das Ende der Kampfhandlungen wie von Präsidentin Zurabischwili auf Twitter verkündet tatsächlich als neue »Ära« zu betrachten ist, bleibt jedoch fraglich. Zum einen, weil der Konflikt auch mit dem Moskauer Neun-Punkte-Plan noch nicht grundsätzlich gelöst ist. Zum anderen, weil sich die regionale Machtkonstellation durch die Einbeziehung Russlands und der Türkei nicht weniger komplex gestaltet. Die Worte des ehemaligen US-Botschafters in Georgien, Ian Kelly, geben Anlass, die Aussage Zurabischwilis aus georgischer Sicht kritisch zu überdenken: »How can a Georgian President congratulate an agreement that locks in another Russian occupation in the Caucasus and locks out the West?« (<https://www.interpressnews.ge/en/article/110237-ian-kelly-how-can-a-georgian-president-congratulate-an-agreement-that-locks-in-another-russian-occupation-in-caucasus/>).

Die Einschätzung Kellys, der Einsatz russischer Friedenstruppen sei als neuerliche »Okkupation« zu bewerten, ist an dieser Stelle kritisch zu hinterfragen und als voreilig einzustufen. Tatsächlich aber ist die russische Präsenz im Konflikt um Bergkarabach für Georgien als zwiespältig zu bewerten. Zwar war das Parteienbündnis *Georgischer Traum* als Regierungspartei in den letzten Jahren um ein weniger konfliktreiches Verhältnis zu Russland bemüht. Dennoch zeigen allein die Massenproteste des Jahres 2019 in Tbilisi, dass die Beziehungen zwischen den Ländern weiterhin angespannt sind. 2018 gaben 85 Prozent der Befragten einer Studie in Georgien Russland als politische Bedrohung an (https://www.iri.org/sites/default/files/2018-5-29_georgia_poll_presentation.pdf). Mit Blick auf die Erfahrungen Georgiens mit dem Einsatz russischer (Friedens-)Truppen in Abchasien und Südossetien ist eine verstärkte russische Präsenz in Bergkarabach aus georgischer Sicht somit als besorgniserregend einzuordnen. Russland hat in anderen Konflikten (beispielsweise im sogenannten 5-Tage-Krieg mit Georgien 2008 oder bei der Krim-Annexion 2014 und dem darauffolgenden Ukraine-Konflikt) bewiesen, dass es nie nur als neutraler Vermittler in der postsowjetischen Region agiert, sondern Eigeninteressen verfolgt. Zwar zeichnet sich ab, dass Russlands Rolle als Hegemon in der Region zunehmend bröckelt: Obwohl Russland den Waffenstillstand vermittelt hat, ist der militärische Erfolg Aserbaidschans zum großen Teil auf die Unterstützung der Türkei zurückzuführen. Armenien wiederum, das auf russische Unterstützung gesetzt hatte, musste eine Niederlage erleiden. Dennoch bedeutet diese Entwicklung nicht, dass Russland seine bereits bestehenden Interessen im Südkaukasus in naher Zukunft aufgeben wird. Die Entsendung der Friedenstruppen markiert den Anspruch Russlands, zentrale Ordnungsmacht in der Region zu bleiben. Dies betrifft schließlich auch Georgien und bestätigte sich erneut durch das jüngste Treffen Putins mit dem Präsidenten des abchasischen De-facto-Regimes Aslan Bschania: Etwa zwei Tage nach der Unterzeichnung des Neun-Punkte-Plans betonte Putin bei dem persönlichen Treffen, Russland sei weiterhin »partner number one« für die abtrünnige Republik (<https://tass.com/politics/1223101>).

Für Georgien bedeutet das Auftreten der Türkei als Schlüsselakteur im Südkaukasus, dass sich die Dynamik der Region deutlich verändern könnte. Zwar unterhält Georgien mit der Türkei solide Konnektivitäts- und Wirtschaftsbeziehungen. Allerdings können weder neue russische Friedenstruppen in einer Konfliktzone, in der Russland bisher keine physische Präsenz besaß, noch ein Kräftemessen zwischen zwei Regionalmächten, zwischen die Georgien zumindest geographisch zwangsläufig gerät, im georgischen Interesse sein.

Georgiens westliche Partner, mit denen die Türkei wiederum zunehmend in Konflikt steht, fallen vor allem durch ihre Abwesenheit auf. Während den USA sowohl für Georgien als auch für die Region eine strategische Vision fehlt und das Land von den Präsidentschaftswahlen innenpolitisch eingenommen war, agierte die EU im Kern vor allem rhetorisch. Nach der Ankündigung des Waffenstillstands versprach der Hohe Vertreter der EU, Josep Borrell Fontelles, nahezu eine Million Euro für humanitäre Hilfe für die Opfer des Konflikts bereitzustellen. Darüber hinaus betonte die EU ihre Unterstützung für die Minsk-Gruppe der OSZE, dessen Vorsitz auch Frankreich angehört. Allerdings blieb die Minsk-Gruppe bei der Aushandlung des durch Russland vermittelten Abkommens außen vor.

Die lediglich rhetorische Beteiligung der EU ist symptomatisch für die fehlende sicherheitspolitische Komponente in den Initiativen, die die EU den südkaukasischen Ländern im Rahmen der Östlichen Partnerschaft (ÖP) bietet. Über 10 Jahre nach Verabschiedung der ÖP finden die ungelösten Territorialkonflikte hier nach wie vor keine ausreichende Berücksichtigung. Vielmehr blockieren sie die EU-Beitrittsperspektive

Georgiens aufgrund mangelnder territorialer Integrität zusätzlich. Durch das Fehlen der sicherheitspolitischen Unterstützung dürften die Erwartungen der georgischen Seite an die EU enttäuscht worden sein, denn das Konfliktgeschehen wirkt sich unmittelbar auf die Stabilität der gesamten Region aus.

Derzeit ist unklar, inwiefern der Neun-Punkte-Plan nachhaltig zur Konfliktlösung beitragen kann. Punkt neun des jüngsten Abkommens sieht die Wiederaufnahme der Transport- und Wirtschaftsverbinding in der Region vor (<http://kremlin.ru/acts/news/64384>). Sollten die Grenzen Armeniens zu Aserbaidschan und der Türkei tatsächlich geöffnet werden, könnte auch Georgien von dem Potential profitieren, das sich für die Region im Bereich der Wirtschaft und der regionalen Zusammenarbeit ergibt. Während die Zukunft der Minsk-Gruppe zunächst ungewiss bleibt, ist eine aktivere Rolle der EU bei der Konfliktlösung in der Region derzeit nicht abzusehen. Die USA sind zwar etablierter strategischer Partner Georgiens. Dennoch wird selbst ein stärkeres Engagement in der Region unter der neuen Biden-Administration kein Allheilmittel für die ungelösten Konflikte im Südkaukasus bieten können.

Über die Autorinnen

Belinda Nüssel ist Absolventin der Osteuropastudien (M.A.) mit dem Schwerpunkt Politische Soziologie an der Freien Universität Berlin. Sie ist als Forschungsassistentin in der Forschungsgruppe Osteuropa und Eurasien an der Stiftung Wissenschaft und Politik tätig. Zu ihren wissenschaftlichen Interessen zählen unter anderem die Europäische Nachbarschaftspolitik, De-facto-Staaten im postsowjetischen Raum sowie die Themenfelder Digital Diplomacy und Desinformation.

Minna Ålander, M.A., hat in Berlin und Tbilisi Internationale Beziehungen studiert und arbeitet als Forschungsassistentin in der Forschungsgruppe EU/Europa der Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP). Zu ihren Forschungsinteressen gehören unter anderem die Europäische Nachbarschaftspolitik mit Fokus auf Südkaukasus, Staatlichkeit und De-facto-Staaten im postsowjetischen Raum.

Lesetipps

- Smolnik, Franziska (2020): Die Strategische Partnerschaft zwischen Georgien und den USA: Vision gesucht, Stiftung Wissenschaft und Politik, Studie Nr. 20, Oktober 2020. Abrufbar unter: https://www.swp-berlin.org/fileadmin/contents/products/studien/2020S20_georgien_usa.pdf.
- De Waal, Thomas/ Twickel, Nikolaus von (2020): Beyond Frozen Conflict Scenarios for the Separatist Disputes of Eastern Europe, CEPS, 4. März 2020. Abrufbar unter: <https://www.ceps.eu/ceps-publications/beyond-frozen-conflict/>
- Sichinava, David (2019): How Far is Too Far? Public Opinion on Conflict Resolution in Georgia, in: Caucasus Analytical Digest, Juli 2020. Abrufbar unter: <https://www.laender-analysen.de/cad/pdf/CaucasusAnalyticalDigest116.pdf>

Die Östliche Nachbarschaft ist in Aufruhr, aber der Einfluss der EU auf ungelöste Konflikte ist begrenzt

Tanja Tamminen (Diacoord Consulting, Tampere, Finnland)

Tynee Karjalainen (Finnisches Institut für Internationale Beziehungen, Helsinki, Finnland)

Ungelöste Konflikte in der Östlichen Partnerschaft der EU

Die militärische Konfrontation zwischen Armenien und Aserbaidschan hat die Rolle der Europäischen Union in ihrer Östlichen Nachbarschaft in ein neues Licht gerückt. Seit weit über einem Jahrzehnt engagiert sich die EU im Südkaukasus, um die Überwindung der dortigen Konflikte zu unterstützen. Die EU stärkt dabei zivilgesellschaftliche Akteure und fördert zwischenmenschliche Kontakte über die Konfliktlinien hinweg. In den diplomatischen Verhandlungen auf Regierungsebene spielte die EU jedoch, wenn überhaupt, nur eine sehr begrenzte Rolle.

Jeder ungelöste, langwierige Konflikt in der Östlichen Nachbarschaft – ob in Abchasien und Südossetien, Transnistrien oder Bergkarabach – ist ein Sonderfall, der für sich allein steht. Die jeweiligen Kontexte und Realitäten vor Ort sind derzeit sehr unterschiedlich. Gemeinsam haben die Konflikte jedoch die polarisierende Kluft zwischen den Konfliktparteien, die mehr oder weniger sichtbare Rolle Russlands und der bescheidene Einfluss der Europäischen Union. Dieser Sachverhalt gilt trotz der wichtigen Rolle der EU als Geberin und Wirtschaftspartnerin in Moldawien, Georgien, Armenien und in geringerem Maße auch in Aserbaidschan.

Mit der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) verfügt die EU über eine Reihe von Instrumenten zur Bewältigung von Krisen- und Konfliktsituationen in der Welt. Die zivile europäische Beobachtermission EUMM (European Union Monitoring Mission) in Georgien und die von der Kommission finanzierte Mission zur Unterstützung des Grenzschutzes zwischen der Republik Moldau und der Ukraine (Border Assistance Mission to Moldova and Ukraine, EUBAM) haben sich als wirkungsvolle Maßnahmen erwiesen. Unterstützung wurde auch durch das *Instrument für Stabilität und Frieden* (Instrument contributing to Stability and Peace, IcSP) sowie durch langfristige Hilfe durch das *Europäische Nachbarschaftsinstrument* (ENI) geleistet. Es gibt einen EU-Sonderbeauftragten (EUSR) für den Südkaukasus und die Krise in Georgien. Angesichts der neuen Realitäten in der Region wird die EU jedoch möglicherweise ihre Rolle und ihren Ansatz neu bewerten müssen.

Die EU – ein Friedensprojekt

Mit der Verabschiedung des Konzepts zur Stärkung der Vermittlungs- und Dialogkapazitäten der EU (http://www.eas.europa.eu/archives/docs/cfsp/conflict_prevention/

[docs/concept_strengthening_eu_med_en.pdf](https://www.fiaa.fi/wp-content/uploads/2017/01/fiareport34.pdf)) im Jahr 2009 beschloss die EU, Mediation systematischer als effizientes Instrument zur Konfliktverhütung und -lösung einzusetzen. Mit dem Konzept sowie den zwei Jahre später folgenden Schlussfolgerungen des Rates strebte die EU eine aktivere Beteiligung an Mediations- und Dialogprozessen (<https://www.fiaa.fi/wp-content/uploads/2017/01/fiareport34.pdf>) in ihrer Nachbarschaft und darüber hinaus an. Im Jahr 2012 wurde der EU der Friedensnobelpreis verliehen. Ein großer Teil der Identität der EU beruht auf ihrem Mandat, den Frieden voranzubringen.

Im Laufe der Jahre blieb das Mediationskonzept der EU aus dem Jahr 2009 in vielerlei Hinsicht weiterhin relevant, aber angesichts der großen Veränderungen, die in diesem Bereich eingetreten waren, wurde die Überarbeitung dringend notwendig. Zu diesem Zweck wird unter der deutschen Ratspräsidentschaft das neue EU-Mediationskonzept erarbeitet. Das neue Konzept soll die Praxis der EU auf den neusten Stand im Bereich der Mediation bringen und die neuesten strategischen Ziele der Union in der Mediationspraxis einsetzen. Darüber hinaus soll das neue Konzept die EU-Mediation besser an die Konflikte der 2020er Jahre anpassen (https://www.fiaa.fi/wp-content/uploads/2020/10/wp118_eu-peace-mediation-in-the-2020s.pdf). Traditionelle Mittel der Mediation scheinen angesichts der neuen Komplexität der aktuellen Konflikte fruchtlos zu sein. Gleichzeitig steigt der Bedarf nach Unterstützung durch Mediation und die vertikale und horizontale Koordination der Mediationsmaßnahmen ist noch wichtiger geworden.

Die Östliche Nachbarschaft in Aufruhr

Die Bezeichnung »eingefrorener Konflikt« hat möglicherweise zur irreführenden Erwartung geführt, dass die Lage vor Ort stabil und statisch sei, was zu schwachen Frühwarn- und Konfliktverhütungsmaßnahmen führte. Vor den Einschränkungen der COVID-19-Pandemie kam der Verhandlungsprozess zwischen moldauischen und transnistrischen Vertretern zwar ins Stocken, dennoch gab es regelmäßige Kontakte über die Konfliktlinie hinweg. In Georgien hingegen sind Kontakte über die Konfliktlinie hinweg mit Abchasien selten, eine Reise nach Südossetien ist nahezu unmöglich. Die neu gewählte Administration in Abchasien hat jedoch positive Anzeichen für einen weiteren Dialog gesendet.

In Armenien gab es die Hoffnung, dass die jüngsten politischen Veränderungen eine gewisse Öffnung

für mögliche Fortschritte in den bilateralen Gesprächen zwischen Armenien und Aserbaidschan geschaffen hätten. Der Gewaltausbruch vom Juli 2020 war jedoch ein Beispiel für das Scheitern der politischen Verhandlungen und warf Fragen bezüglich des Einflusses und des Formats der Minsker-Gruppe (<https://www.osce.org/minsk-group/108306>) auf, die 1994 von der OSZE eingerichtet wurde und sich weiterhin für die Konfliktlösung einsetzt. Am 27. September 2020 flammten die Feindseligkeiten erneut auf. Trotz mehrerer Vermittlungsbemühungen von Frankreich, den USA und der Minsker-Gruppe, gelang es nur Russland eine Waffenruhe zu vermitteln, die von russischen Friedenstruppen in Bergkarabach gesichert wird. Die EU ist bereit, sowohl politische Prozesse, die der Konfliktbeilegung zuträglich sind, als auch zivilgesellschaftliche Akteure, die die Friedensbemühungen an der Basis vorantreiben, zu unterstützen. Aber in der gegenwärtigen Situation scheinen ihre Kapazitäten und ihr Einfluss begrenzt zu sein. Die Europäische Nachbarschaftspolitik (ENP), die 2015 überarbeitet wurde, sowie die Östliche Partnerschaft (ÖP) (https://eeas.europa.eu/sites/eeas/files/eu_global_strategy_2019.pdf), die geschaffen wurde, um die Beziehungen der EU unter anderem zu Armenien, Aserbaidschan, Moldawien und Georgien aufzuwerten, dienen weiterhin als wichtigste Maßnahme, über die die Union auch mit den so genannten *De-facto-Staaten* oder *abtrünnigen Territorien* in Kontakt tritt. Mit Georgien, der Republik Moldau und der Ukraine bestehen Assoziierungsabkommen sowie *Vertiefte und umfassende Freihandelszonen* (DCFTA). Im Falle von Moldau erstreckt sich das Freihandelsabkommen auch auf Transnistrien. Armenien und die EU unterzeichneten 2017 ein *Abkommen über eine umfassende und verstärkte Partnerschaft* (Comprehensive and Enhanced Partnership Agreement, CEPA), das jedoch noch nicht von allen EU-Mitgliedstaaten ratifiziert wurde.

In jüngster Zeit hat die EU umfassende Konsultationen über die künftige strategische Ausrichtung der Östlichen Partnerschaft durchgeführt. Die gemeinsame Reformagenda »20 Ziele für 2020« (https://ec.europa.eu/neighbourhood-enlargement/sites/near/files/20_deliverables_for_2020_monitoring_state_of_play_2019.pdf) hat Fortschritte beim Aufbau stärkerer Volkswirtschaften, besserer Regierungsführung, stärkerer Konnektivität und stärkerer Gesellschaften in der gesamten

Region erzielt. Ziele, die auf die Herstellung von Frieden ausgerichtet waren, wurden eklatant verfehlt. Im Vorfeld des Gipfeltreffens 2021 fordern insbesondere Georgien, Moldau und die Ukraine ein Sonderformat, das ihrem Bestreben, eines Tages der EU beizutreten, gerecht wird (<https://www.euractiv.com/section/europe-s-east/news/eastern-partnership-teleconference-sets-priorities-for-summit-in-spring/>). Dennoch könnten auch Ziele in Betracht gezogen werden, die Dialogformate vorsehen.

Neue Realitäten – neuer Ansatz?

Wenn es um die Unterstützung von Konflikttransformationsprozessen in den Sezessionsgebieten durch die EU geht, kann die Mediation oder die Begleitung von Dialog als eine kurzfristige Maßnahme in Betracht gezogen werden. Der Dialog sollte jedoch als ein langfristiger Prozess verstanden werden. Eine herausgehobene Rolle spielen hier die EU-Delegationen und der EUSR. Von der EU-Kommission finanzierte Projekte können auch wertvolle Unterstützung für den Aufbau nachhaltiger Dialogprozesse und zwischenmenschlicher Kontakte über die Konfliktlinien hinweg leisten.

Während des Kriegs um Bergkarabach spielte die EU eine winzige Rolle. Deswegen mag es naiv anmuten, jetzt darüber nachzusinnen, wie die EU Dialog fördern könnte. Trotzdem sollte Mediation und die Begleitung von Dialogformaten sowohl als Teil der Krisenbewältigungsbemühungen der EU gesehen werden als auch als etwas, das die EU in ihren langfristigen Beziehungen zu (Post-)Konfliktländern oder in Gebieten mit Konfliktpotential fördern kann. Die EU wendet sich traditionell an NGOs, wenn ihre eigenen Kapazitäten begrenzt sind. Die EU sollte ihre Unterstützung für lokale Initiativen, wie z. B. die lokalen Mediatoren, die im Südkaukasus an der Konflikttransformation arbeiten, nicht aufgeben. Die Menschen, die im Konfliktgebiet leben, kennen die Situation am besten. Allerdings ist ein konfliktsensitiver »do no harm«-Ansatz erforderlich, und in Krisenzeiten sollten lokale Friedensstifter nicht im Stich gelassen werden, da sie jetzt mehr denn je starke politische Unterstützung benötigen.

Der Inhalt liegt in der alleinigen Verantwortung von Tanja Tamminen und Tyne Karjalainen. Die im Text zum Ausdruck gebrachten Meinungen sind ausschließlich die der Autorinnen und nicht die der Arbeitgeber oder anderer Organisationen.

Über die Autorinnen

Dr. *Tanja Tamminen* ist Expertin für Ost- und Südosteuropa und hat am Institut d'Études Politiques de Paris promoviert. Sie ist Privatdozentin an der Universität Turku (Finnland) mit Forschungsschwerpunkt auf europäische Sicherheitsfragen und Research Fellow am Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung in Regensburg (IOS). Unter anderem arbeitete Tanja Tamminen in EU-Missionen im Bereich des Konfliktmanagement.

Tyine Karjalainen ist Forscherin in der EU-Forschungsgruppe am Finnischen Institut für Internationale Beziehungen (Finnish Institute of International Affairs, FIIA). Ihre Forschungsschwerpunkte sind die Außen- und Sicherheitspolitik der EU, internationale Interventionen und Friedenskonsolidierung.

Die Rolle Transnistriens im Diskurs des Präsidentschaftswahlkampfes in der Republik Moldau

Elia Bescotti (Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung, Regensburg)

DOI: 10.31205/RA.394.02

Zusammenfassung

Im Präsidentschaftswahlkampf 2020 in der Republik Moldau thematisierten die meisten Oppositionskandidat/innen den ungelösten Konflikt mit der abtrünnigen Region Transnistrien im Zusammenhang möglichen Wahlbetrugs. Keine Rolle spielte ihre »geopolitische« Bedeutung als möglicher Kanal für russische Beeinflussung. Vielmehr betonten einige Kandidat/innen das Risiko, das durch Bestechung sowie organisierte Transfers moldauischer Wähler/innen aus Transnistrien gegeben sei – diese Faktoren galten vor der Wahl als entscheidend für den Ausgang der Stichwahl zwischen dem amtierenden Präsidenten Igor Dodon und Maia Sandu.

Einleitung

Die Pridnestrowische Moldauische Republik hat ihre Unabhängigkeit von der Republik Moldau zwar erklärt, wird international jedoch nicht als Staat anerkannt. Das am linken Ufer des Flusses Dnister eng an die ukrainische Grenze gedrängt gelegene separatistische Gebiet führte 1992 einen kurzen Krieg gegen Moldau. Der Status der Region ist bis heute umstritten, es wurde noch keine endgültige Vereinbarung erzielt. Bis ein Kompromiss gefunden ist, überwacht eine gemeinsame Friedenstruppe aus russischem, moldauischem und transnistrischem Militär die entlang des Flusses verlaufende Waffenstillstandslinie. Russlands militärische Präsenz in der Region betrachten die Behörden von Tiraspol, der Hauptstadt der Pridnestrowischen Moldauischen Republik, als Garantie für ihre Sicherheit. Das verstärkt den russischen Einfluss auf die moldauische Außenpolitik, die durch Moldaus starke Abhängigkeit von russischen Energielieferungen ohnehin eingeschränkt ist.

Vor diesem Hintergrund fanden die Präsidentschaftswahlen 2020 in der Republik Moldau statt. Der ungelöste Konflikt mit Transnistrien war dabei allerdings weniger – wie meist dargestellt – als Teil einer geopolitischen Konfrontation relevant, sondern spielte vor allem im Zusammenhang mit Wahlbetrug und Stimmrechten eine Rolle, und zwar in so großem Ausmaß, dass dieser Faktor als möglicher *Game Changer* für die Entscheidung über den Sieger im zweiten Wahlgang galt (<https://www.euronews.com/2020/10/31/could-the-russia-backed-breakaway-region-of-transnistria-swing-moldova-s-election-for-igor>). Letztendlich war dies nicht der Fall. Die ehemalige Weltbank-Ökonomin Maia Sandu gewann die Stichwahl und wurde zur ersten weiblichen Präsidentin der Republik Moldau gewählt.

Der Wahlkampf

Bei den moldauischen Präsidentschaftswahlen 2020 traten acht Kandidat/innen an. Die besten Ergebnisse

erzielten in der ersten Runde: Maia Sandu, ehemalige Ministerpräsidentin und Kandidatin der Partei Aktion und Solidarität (PAS), einer sozialliberal und proeuropäisch ausgerichteten Mitte-Rechts-Partei (36,16 Prozent); Igor Dodon, amtierender Präsident und unabhängiger Kandidat, ihn unterstützte die links ausgerichtete prorussische Partei der Sozialisten der Republik Moldau (PSRM) (32,61 Prozent); der Bürgermeister von Bălți, Renato Usatii, er gehört der prorussischen Antikorruptionsplattform Unsere Partei an (16,90 Prozent); und Violeta Ivanov, Kandidatin der Shor-Partei (benannt nach ihrem Vorsitzenden Ilan Shor) aus dem prorussischen Mitte-Links-Spektrum (6,49 Prozent). Da kein/e Kandidat/in die absolute Mehrheit erhielt, traten Sandu und Dodon in einem zweiten Wahldurchgang gegeneinander an, der von Sandu mit einer deutlichen Mehrheit von 57,72 Prozent und 943.006 Stimmen gewonnen wurde. Die Demokratische Partei Moldaus (PDM), die früher von dem entmachteten Oligarchen Vladimir Plahotniuc geleitet wurde und die momentan in einer Koalition mit der PSRM regiert, stellte keinen Kandidaten auf. Dies führte zu dem Vorwurf, Plahotniuc habe bei den Wahlen heimlich Igor Dodon unterstützt.

Der amtierende Präsident Dodon war das Ziel der meisten Attacken der anderen Kandidat/innen. Die Vorwürfe reichten von Begünstigung und Ausnutzung der korrupten Strukturen im Land bis zu der Behauptung, der Präsident sei eine Marionette der Oligarchen und/oder des Kreml. Die Mitte-Rechts-Kandidat/innen warfen Dodon seine prorussische Haltung vor; diese seien der Grund für die unterkühlten diplomatischen Beziehungen Moldaus zu seinen Nachbarländern Rumänien und Ukraine, deren staatliche Stellen Dodon nie besucht hat. An Covid-19 machten sich die Hauptvorwürfe gegen Dodon nicht fest, obwohl die derzeitige epidemiologische Situation in Moldau von positiven Entwicklungen weit entfernt ist.

Anhand des Konflikts in Transnistrien können die Angriffe gut erklärt werden. Tudor Deliu, der Kandidat der Liberaldemokratischen Partei Moldaus (PLDM, proeuropäisch, Mitte-Rechts, 1,37 Prozent) kritisierte Dodon für die Anerkennung, die dieser dem *Towarischtsch President* Vadim Krasnoselsky, dem aktuellen Präsidenten der Pridnestrowischen Moldauischen Republik, zukommen lasse. Auf einem Treffen in Chisinau im Juli hatte Dodon sich auf Krasnoselsky tatsächlich als auf den »Präsident Pridnestrowiens« bezogen (<http://president.gospmr.org/press-sluzhba/novosti/chetirechasovaya-vstrechana-visshem-urovne-zavershena-prezidenti-podvelitogi.html>). Deliu kritisierte eine solche Rücksicht als falschen Schritt zur Konfliktlösung (<https://moldova.europalibera.org/a/30892266.html>). Auch andere proeuropäische Kandidat/innen, etwa der ehemalige Stellvertretende Ministerpräsident Andrei Năstase (Plattform für Würde und Wahrheit, PAS, 3,26 Prozent) und Dorin Chirtoacă (Einheitsbewegung, 1,20 Prozent), kritisierten Dodon für seine unterwürfige Haltung gegenüber Moskau und Tiraspol stark.

Renato Usatii versuchte, aus den prorussischen Stimmen gegen den aktuellen Präsidenten Kapital zu schlagen, indem er zur Diskreditierung Dodons die Plahotniuc-Karte spielte; außerdem setzte er auf eine starke Antikorruptions-Rhetorik und betonte die Notwendigkeit, das Parlament aufzulösen und Neuwahlen abzuhalten (http://alegeri.md/w/Declara%C8%9Biile_lui_Renato_Usat%C3%AEi_%C3%AE_n_perioada_alegerilor_preziden%C8%9Biale_din_2020). Laut Igor Shornikov, einem Experten aus Tiraspol, geht die größte Gefahr für Dodon von Usatii aus, indem dieser dem amtierenden Präsidenten die grundsätzliche Unterstützung durch prorussische Wählerstimmen entzogen habe. Dies zeigte sich ebenfalls in den Ergebnissen der ersten Runde (<http://www.infotag.md/rebellion-en/287762/>).

Und schließlich warnte Maia Sandu gemeinsam mit den anderen Kandidat/innen vor der Möglichkeit weitreichenden Wahlbetrugs im Zuge der Abstimmung – eine Behauptung, die Igor Dodon zurückwies. Schon vor dem Wahlkampf äußerte Sandu, Dodon habe versucht, die Wahl zu stehlen, und warf ihm vor, sich mithilfe der korrupten Institutionen im Land Vorteile zu verschaffen. Diese Sorge wurde in den vergangenen Monaten auch von Expert/innen aus Moldau sowie in gemeinsamen Analysen der EU und Russlands geäußert (<http://eu-russia-expertnetwork.eu/en/analytics/secieru-moldova>, <http://ipre.md/2020/04/28/policy-brief-the-2020-presidential-elections-key-challenges-for-the-electoral-process-in-moldova/?lang=en>).

Die Lösungsvorschläge der Kandidaten

Jede/r Kandidat/in musste zur Lösung des Konflikts Stellung beziehen. Dabei etablierte sich die Praxis, eher

allgemeine Stellungnahmen als konkrete Lösungsvorschläge zu formulieren. Und so fällt es tatsächlich ziemlich schwer, einen konkret ausgearbeiteten Plan für die Lösung des Konflikts ausfindig zu machen. Alle Kandidat/innen äußern jedoch ihre Bereitschaft, einen solchen zu realisieren.

Sandu zeigte sich in diesem Zusammenhang in Bezug auf die diplomatischen Bemühungen zuversichtlich und sprach dem derzeitigen Verhandlungsformat ihr Vertrauen aus – das Wiener 5+2-Format, an dem sich neben Moldau, der Pridnestrowischen Moldauischen Republik, Russland, der Ukraine und der OSZE als Beobachter auch die EU und die USA beteiligen.

Deliu betonte die Notwendigkeit, das Linksufer des Dnister zu entmilitarisieren und auf die Umsetzung des von der Russischen Föderation auf dem Istanbul-Gipfel 1999 unterzeichneten Dokuments zu dringen. Dieses sieht den vollständigen Abzug der Truppen der Russischen Föderation aus der PMR-kontrollierten Region sowie die Räumung und Vernichtung von in Cobasna nahe der ukrainischen Grenze gelagerter Militärausrüstung vor. Wie andere auch unterstrichen Sandu und Chirtoacă das von dem Depot ausgehende Gefahrenpotential, das die Explosion im August 2020 in Beirut deutlich gezeigt habe.

Usatii zufolge wird eine Reintegration des Landes gelingen, wenn Moldau die notwendigen Reformen umsetzt und eine sozioökonomische Entwicklung erfährt, die attraktiv genug ist, um Tiraspol wieder in die Republik Moldau zu integrieren. Gelingt es den moldauischen Politikern nicht, gute Lebensverhältnisse für die Bevölkerung rechts des Dnister sicherzustellen, so wird die Bevölkerung links des Dnister kein Interesse an einer Reintegration mit Moldau haben, so Usatii. Usatii brachte außerdem seine Enttäuschung über die bestehenden Verhandlungsformate zum Ausdruck, denen es in 30 Jahren nicht gelungen sei, eine konkrete Lösung des Konflikts zu finden.

Năstase war zuversichtlich, dass die Wiedervereinigung des Landes über eine Ausweitung der diplomatischen Anstrengungen mit den ausländischen Partnern sowie durch die Betonung der Notwendigkeit von Demokratisierung, Entmilitarisierung und Entkriminalisierung in der Region Transnistrien gelingen kann; jegliche Art von Föderalisierung lehnte er dabei allerdings ab. Dodon setzt auf eine solche föderale Lösung, die allerdings auf beiden Seiten des Dnister wenig Unterstützung erfährt (<http://mfa-pmr.org/ru/FBd>). Die meisten anderen Kandidat/innen halten stattdessen eine territoriale Autonomie im Rahmen der moldauischen Verfassung, ähnlich wie sie in Gaugasien existiert, für eine tragfähige Lösung.

Die Kandidaten der Einheitsbewegung Țicu und Chirtoacă kritisierten die Verhandlungsformate und

zogen die Aufnahme des linken Dnister-Ufers in ein vereinigt Großrumänien in Betracht. Ihre jeweiligen Ansätze waren dabei unterschiedlich: Țicu rechtfertigt die Vereinigung Rumäniens und Moldaus mit dem Einigungsvertrag von 1918, wobei ihm bewusst ist, dass die transnistrische Region damals nicht innerhalb der rumänischen Grenzen lag. Außerdem zieht er die Möglichkeit eines Anschlusses der Pridnestrowischen Moldauischen Republik an die Ukraine in Betracht. Chirtoacă zufolge wird es eine Lösung des Konflikts erst nach einer Vereinigung geben, da diese Rumänien mehr Unterstützung und eine stärkere Position in den Verhandlungen verschaffe. Außerdem sei Rumänien angesichts seiner Entwicklung und der dortigen Lebensverhältnissen ein Anziehungspol für Transnistrien.

Abschließend muss betont werden, dass die Behörden der Pridnestrowischen Moldauischen Republik keine der von den moldauischen Präsidentschaftskandidat/innen vorgeschlagenen Lösungen akzeptieren. Letztgenannter Vorschlag, eine Vereinigung Moldaus und Rumäniens, löste exakt als solcher zusammen mit anderen Faktoren 1992 den Krieg zwischen den beiden Dnister-Ufern aus. Auch einen Chisinau untergeordneten Autonomie-Status lehnt Tiraspol ab, denn auch ohne internationale juristische Anerkennung verfügt es aktuell über mehr Souveränität und Unabhängigkeit. Obwohl die Pridnestrowische Moldauische Republik etliche Male ihren Willen bekundet hat, sich ähnlich wie die Krim der Russischen Föderation anzuschließen, würden die separatistischen Behörden auch einem gleichberechtigten Status mit Moldau, etwa in Form einer losen Konföderation oder einer Staaten-Union, zustimmen, da eine Unterordnung Tiraspols unter Chisinau so ebenfalls verhindert würde.

Das transnistrische Votum

Ein Wahlkampfthema war das Stimmrecht der Bevölkerung links des Dnister bzw. die Frage, wie diese Menschen ihre Stimmen abgeben könnten. Im Einzelnen ging es dabei um die Erreichbarkeit der Wahllokale, um die Frage, wie die Wahlberechtigten zu den Wahllokalen transportiert werden könnten und wie viele von ihnen sich an den moldauischen Präsidentschaftswahlen beteiligen würden und um möglichen Wahlbetrug.

Die Behörden der Pridnestrowischen Moldauischen Republik erlauben Chisinau nicht, auf transnistrischem Territorium Wahllokale zu errichten und Wahlkampf zu führen. Daher stellte Moldau rechts des Dnister, nahe der Verwaltungsgrenze, Wahllokale zur Verfügung. Insgesamt schuf die Zentrale Wahlkommission 42 Wahlkreise, elf mehr als bei den vorangegangenen Präsidentschaftswahlen. Die meisten der Mitte-Rechts-Kandidat/innen betrachteten die Einrichtung dieser Wahllokale als problematisch, und zwar a) wegen deren überproportional hohen Anzahl, b) wegen der Unmöglichkeit, in der Region Wahl-

kampf zu führen, und vor allem c) wegen des hohen Risikos von Wahlbetrug im Rahmen der Stimmabgabe.

Am häufigsten stellten die Kandidat/innen den Transfer moldauischer Bewohner/innen Transnistriens zu den Wahllokalen am Rechtsufer infrage, wobei das Problem war, dass kein öffentlicher und offener Transport organisiert wurde. Die meisten proeuropäischen Kandidaten bezeichneten die Transporte vielmehr als zweifelhaft, von transnistrischen Behörden und ökonomischen Gruppen gesteuert (insbesondere von der Sheriff Corporation, die starken Einfluss auf die transnistrische Politik haben soll) und darauf ausgerichtet, Dodons Sieg bei der Präsidentschaftswahl zu befördern. Maia Sandu erklärte öffentlich, ihren Quellen zufolge sei Dodon bereit, für das Votum etwa zwei Millionen Euro auszugeben und dabei jedem Wähler für die Stimmabgabe zu seinen Gunsten grob geschätzt 20 bis 30 Euro zu zahlen ([https://moldova.europalibera.org/a/maia-sandu-se-spune-c%C4%83-sociali%C8%99ti-ar-cheltui-dou%C4%83-milioane-de-euro-pentru-acump%C4%83ra-voturi-pentru-dodon-din-transnistria-\(partea-i\)/30804246.html](https://moldova.europalibera.org/a/maia-sandu-se-spune-c%C4%83-sociali%C8%99ti-ar-cheltui-dou%C4%83-milioane-de-euro-pentru-acump%C4%83ra-voturi-pentru-dodon-din-transnistria-(partea-i)/30804246.html)).

Der massive Transport moldauischer Staatsbürger/innen aus Transnistrien wurde bereits bei den Präsidentschaftswahlen 2016 (die Igor Dodon mit einem knappen Vorsprung von rund 67.000 Stimmen gewann) und den Parlamentswahlen 2019 bemängelt, bei denen 37.000 Inhaber moldauischer Pässe für PSMR, PDM und Shor-Partei stimmten (<https://jamestown.org/program/transnistrian-voting-raid-a-bad-precedent-for-moldova-and-other-conflict-theaters/>).

So viele Stimmen aus dieser Region hatte es bisher noch nicht gegeben, durchschnittlich beteiligten sich üblicherweise nur rund 10.000 Einwohner Transnistriens an moldauischen Wahlen, allerdings mit steigender Tendenz. 2016 wurden bei den Wahlen 16.788 transnistrische Stimmen gezählt – nicht genug, um Dodons Sieg im ersten Wahlgang herbeizuführen.

Die Annahme, die transnistrischen Wähler würden zwischen 50.000 und 100.000 Stimmen für die Sozialisten abgeben, bewahrheitete sich in der ersten Runde der Präsidentschaftswahlen 2020 nicht. Insgesamt beteiligten sich nur 14.296 Einwohner/innen Transnistriens an der Wahl. Bei der Stichwahl stieg die Anzahl der abgegebenen Stimmen in Transnistrien auf 31.072, was etwa den historischen Durchschnitt und den Wahlen im Jahr 2019 widerspiegelt. 74,25 Prozent der transnistrischen Wähler/innen (10.595) stimmten in der ersten Runde für Dodon, Maia Sandu erhielt 13,34 Prozent (1.904) Zustimmung von ihnen.

In der zweiten Runde gewann Dodon 85,8 Prozent (26.659) der Stimmen am linken Ufer. Für Sandu hingegen stimmten lediglich 14,2 Prozent (4.413), womit sie immerhin das Ergebnis der ersten Runde verdoppeln konnte.

Schließlich ist erwähnenswert, dass Dodon in der ersten Runde in Gaugasien, dem anderen Autonomiegebiet Moldaus, 84,35 Prozent (45.281) Zustimmung erreichte, wobei der zweitplatzierte Kandidat Renato Usatii 10,78 Prozent der Stimmen (5.785) bekam. Sandu erhielt hier 2,05 Prozent Zustimmung, das sind sogar weniger Stimmen als links des Dnister für sie abgegeben wurden (1.099). Bei der Stichwahl erzielte Dodon dort 94,59 Prozent (64.495 Stimmen), während Sandu nur auf 5,41 Prozent (3.689 Stimmen) der Wählerschaft kam (http://alegeri.md/w/Rezultatele_alegerilor_preziden%C8%9Biale_din_2020).

Die Bedeutung der Diaspora

Eher als die Bewohner/innen Transnistriens ist daher tatsächlich die Diaspora in der Lage, das Wahlergebnis zu wenden. In den meisten Ländern stieg die Zahl der für die Präsidentschaftswahl 2020 registrierten Diaspora-Wähler im Vergleich zu 2019 um über 100 Prozent, wobei sich der Anstieg der Registrierungen in der Russische Föderation auf 978,6 Prozent belief (6.202, das sind 5.627 mehr als 2019, http://alegeri.md/w/Votarea_peste_hotarele_Republicii_Moldova#.C3.8Enregistrarea_prealabil.C4.83_2020). Im Zuge des Wahlkampfes wurden die Stimmen der in Russland lebenden Moldauer/innen als sehr anfällig für Betrug und Manipulation dargestellt, außerdem galt es als wahrscheinlich, dass sie Dodon zugutekommen würden.

Insgesamt entfielen überwältigende 70,10 Prozent (104.605) der in der ersten Runde abgegebenen 149.020 Diaspora-Stimmen auf Sandu, zweitplatziert war Usatii, er erhielt 17,25 Prozent (25.737) der Stimmen. Dodon landete mit nur 3,65 Prozent der Stimmen (5.439) auf dem dritten Platz. Außerdem ist wichtig, dass die russische Diaspora mehrheitlich für Usatii votierte, der 43,05 Prozent (2.413) der Stimmen erhielt – sie stehen einem Stimmenanteil von 40,9 Prozent für den amtierenden Präsidenten (2.292) gegenüber.

Das Wahlverhalten der Diaspora bewirkte einen Platzwechsel der Kandidat/innen Dodon und Sandu gegenüber den Prognosen – bei einem Vorsprung der PAS-Kandidatin von nur 47.769 Stimmen erreichten beide den zweiten Wahlgang. Die Stimmen der Diaspora waren für Sandu in beiden Runden von zentraler Bedeutung. In der Stichwahl gewann Sandu mit einer überraschenden Mehrheit von 92,94 Prozent (243.605 Stimmen) unter den Moldauer/innen, die im Ausland abstimmten. Dodon erreichte lediglich 7,06 Prozent oder 18.498 Stimmen. Dodon erklärte nach dem ersten Wahlgang, – ähnlich wie die proeuropäischen Kandidat/innen in Bezug auf Transnistrien – es hätten organisierte Transporte der Diaspora zu den Wahllokalen stattgefunden (<https://newsmaker.md/ro/dodon-sustine-ca-diaspora-a-fost-adusa-in-mod-organizat-la-sectiile-de-votare-daca-noi-vom-arata-video-si-foto-cum-se-aduc-cu-autobuzele/>).

Schluss

Die Präsidentschaftswahlen in der Republik Moldau gingen im Jahr 2020 weniger knapp aus, als vor der Wahl vermutet. Die Stimmen, die in Transnistrien abgegeben wurden, waren nicht wahlentscheidend. Vor der Wahl noch hatte Sandu gewarnt, im Fall von Dodons Wahlsieg würde sie die Moldauer/innen zu Protesten gegen jede Art von Betrug aufrufen (<https://www.euronews.com/2020/10/25/moldova-is-at-a-crossroads-leader-of-pro-european-opposition-maia-sandu-tells-euronews>). Auch der Leiter des russischen Auslandsgeheimdienstes Sergej Naryschkin erwartete ein solches Szenario (<https://tass.com/politics/1214265>).

Ins Narrativ des Wahlbetrugs passt die Rolle Transnistriens gut, viel besser als in das üblicherweise betonte geopolitische Narrativ. Die prorussischen Kandidat/innen konnten in der ersten Runde zwar die absolute Mehrheit der abgegebenen Stimmen auf sich versammeln (59,55 Prozent, 755.346 Stimmen), dank ihrer Antikorruptions-Rhetorik erwiesen sich Sandu und Usatii jedoch beide als starke Kandidat/innen. Beide sind außerdem an einer Auflösung des Parlaments interessiert. Einige Tage nach der ersten Runde traf Usatii sich jedoch mit Sandu und gab danach die Wahlempfehlung an seine Wähler/innen ab, nicht für Dodon zu stimmen (<https://ru1.md/blog/entry/renato-usatyj-kak-ya-mogu-obsuzhdats-dodonom-borbu-s-korruptiej-simvolom-k>). Die Lage nach der ersten Runde war deutlich offener für politische Spiele als im Jahr 2016, als Usatii den Kandidaten Dodon wegen dessen geopolitischer Ausrichtung unterstützte. Die Themen Antikorruption und Wahlbetrug bestimmten die Lage allerdings nach wie vor – mit Bezug auf die Diaspora setzte diesmal auch Dodon auf sie.

Transnistrien im Zusammenhang mit Wahlfälschungen zu thematisieren, trägt zugegebenermaßen nicht zu einer Verbesserung der Beziehungen zwischen den beiden Dnister-Seiten bei – vor allem mit Blick darauf, dass die Stimmen aus Transnistrien zwar wichtig für das Wahlergebnis, aber letztlich nicht entscheidend waren. Obwohl das beste Mittel zur Lösung des Konflikts nach wie vor die Diplomatie ist und die historischen Beziehungen zwischen Chisinau und Tiraspol ein Kriegsszenario zwischen beiden Ufern unwahrscheinlich erscheinen lassen, sind angesichts der politischen Entwicklungen in der Republik Moldau eine weitere Isolierung der Pridnestrowischen Moldauischen Republik und eine Konsolidierung der russischen Präsenz absehbar. Dies wird sich wahrscheinlich auch auf die anstehenden Wahlen des Obersten wie der lokalen Sowjets auswirken.

Übersetzung aus dem Englischen von Sophie Hellgardt

Informationen über den Autor finden Sie auf der nächsten Seite.

Über den Autor

Elia Bescotti, M. A., ist Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung (IOS) in Regensburg und promoviert im Rahmen der vom BMBF geförderten Projektgruppe »Zwischen Konflikt und Kooperation: Politiken des Völkerrechts im postsowjetischen Raum« an der Université Libre de Bruxelles (ULB) in Belgien. Seine Dissertation schreibt er über Politiken des Völkerrechts und der ontologischen Sicherheit in den Sezessionskonflikten in Georgien und Moldau.

DOKUMENTATION

Waffenstillstandsvereinbarung zwischen Aserbaidschan und Armenien vom 10. November 2020

Statement by President of the Republic of Azerbaijan, Prime Minister of the Republic of Armenia and President of the Russian Federation, 10 November 2020

We, President of the Republic of Azerbaijan Ilham Aliyev, Prime Minister of the Republic of Armenia Nikol Pashinyan and President of the Russian Federation Vladimir Putin, state the following:

1. A complete ceasefire and termination of all hostilities in the area of the Nagorno-Karabakh conflict is declared starting 12:00 am (midnight) Moscow time on November 10, 2020. The Republic of Azerbaijan and the Republic of Armenia, hereinafter referred to as the "Parties," shall stop in their current positions.
2. The Agdam District shall be returned to the Republic of Azerbaijan by November 20, 2020.
3. The peacemaking forces of the Russian Federation, namely, 1,960 troops armed with firearms, 90 armoured vehicles and 380 motor vehicles and units of special equipment, shall be deployed along the contact line in Nagorno-Karabakh and along the Lachin Corridor.
4. The peacemaking forces of the Russian Federation shall be deployed concurrently with the withdrawal of the Armenian troops. The peacemaking forces of the Russian Federation will be deployed for five years, a term to be automatically extended for subsequent five-year terms unless either Party notifies about its intention to terminate this clause six months before the expiration of the current term.
5. For more efficient monitoring of the Parties' fulfilment of the agreements, a peacemaking centre shall be established to oversee the ceasefire.
6. The Republic of Armenia shall return the Kalbajar District to the Republic of Azerbaijan by November 15, 2020, and the Lachin District by December 1, 2020. The Lachin Corridor (5 km wide), which will provide a connection between Nagorno-Karabakh and Armenia while not passing through the territory of Shusha, shall remain under the control of the Russian Federation peacemaking forces.
As agreed by the Parties, within the next three years, a plan will be outlined for the construction of a new route via the Lachin Corridor, to provide a connection between Nagorno-Karabakh and Armenia, and the Russian peacemaking forces shall be subsequently relocated to protect the route.
The Republic of Azerbaijan shall guarantee the security of persons, vehicles and cargo moving along the Lachin Corridor in both directions.
7. Internally displaced persons and refugees shall return to the territory of Nagorno-Karabakh and adjacent areas under the supervision of the United Nations High Commissioner for Refugees.
8. The Parties shall exchange prisoners of war, hostages and other detained persons, and dead bodies.
9. All economic and transport connections in the region shall be unblocked. The Republic of Armenia shall guarantee the security of transport connections between the western regions of the Republic of Azerbaijan and the Nakhchivan Autonomous Republic in order to arrange unobstructed movement of persons, vehicles and cargo in both directions. The Border Guard Service of the Russian Federal Security Service shall be responsible for overseeing the transport connections. As agreed by the Parties, new transport links shall be built to connect the Nakhchivan Autonomous Republic and the western regions of Azerbaijan.

Quelle: *Statement by President of the Republic of Azerbaijan, Prime Minister of the Republic of Armenia and President of the Russian Federation, Kremlin.ru, 10.11.2020. Abrufbar unter: <http://en.kremlin.ru/acts/news/copy/64384>.*

Interview mit Präsident Wladimir Putin nach Abschluss des Waffenstillstands zwischen Aserbaidschan und Armenien am 17. November

Replies to media questions on developments in Nagorno-Karabakh, 17 November 2020, Novo-Ogaryovo, Moscow Region

Question: Mr President, a week has passed since the signing of a most important statement by Azerbaijan, Armenia and Russia. How do you assess the implementation now? What is successful? What might still be a problem? Most importantly, do you think this agreement will make it possible to sever the tight knot and resolve this very long-term and sensitive issue where each side has its own truth, as you put it yourself?

President of Russia Vladimir Putin: The most important achievement was stopping the bloodshed. I have already said that according to official figures alone, over 4,000 people have died. I think that in reality the figures are higher. Tens of thousands are wounded and mutilated. Look, this is not a movie. This is a tragedy that has befallen real people, real families. Therefore, stopping the bloodshed is the main result.

However, to understand what is happening we will still have to go back into history, literally in a few words. I have to recall that it all started in the already remote year of 1988, when ethnic clashes took place in the Azerbaijani city of Sumgayit. Armenian civilians fell victim to these events, and later it spread to Nagorno-Karabakh.

And since the Soviet Union's leaders did not react duly to these events... let me say it again: these are sensitive issues, and I do not want to side with anyone or decide who was right or wrong. It is no longer possible to determine this now, but it was necessary to put things in order and protect civilians, and this was not done. At that point, the Armenians themselves took up arms, and this protracted conflict, a conflict building for many years, broke out. Eventually, it led to a declaration of independence, sovereignty and self-reliance by Karabakh in 1991. The Bishkek agreements were signed in 1994 and this Bishkek memorandum stopped the hostilities at that time.

What happened as a result? Karabakh declared independence, as I have said, and another seven adjacent regions came under the control of the Armenians, that is, Armenia.

This is basically what we inherited from the past and this is the problem we had to resolve.

I believe the fact that hostilities have stopped and, importantly, the parties agreed to unblock the roads and to restore economic ties is critically important and creates a good basis for normalising relations for the long term.

Remark: No one recognised Karabakh's status back then, either.

Vladimir Putin: That is true: no one recognised it then or later. By the way, Armenia itself did not recognise it.

Question: Does the problem of Karabakh's status still exist at all?

Vladimir Putin: Yes, there is this problem, since Karabakh's final status has not been settled. We have agreed to maintain the status quo. What happens next will be decided eventually by the future leaders and the future participants in this process. I think if proper conditions are created for normal life and relations between Armenia and Azerbaijan, between people in everyday life, especially in the conflict zone, are restored, it will create an environment for determining Karabakh's status.

With regard to recognising or not recognising Karabakh as an independent state, there may be different approaches, but this undoubtedly was a significant factor, including in the course of the bloody conflict that I hope has ended. Because the very fact of the non-recognition of Karabakh, including by Armenia, has left a deep imprint on the course of events and the way it is perceived.

To put it bluntly, after the former Georgian leaders' undoubtedly criminal moves, I mean the attacks against our peacekeepers in South Ossetia, Russia recognised the independence of South Ossetia and Abkhazia. We recognised the expression of the will of the people living in Crimea to reunite with Russia as just, and we met the people halfway, we did so openly. Some people may like it, others may not like it, but we did it in the interests of the people who live there and in the interests of Russia, and we are not ashamed to speak about it openly.

This did not happen with Karabakh, and this, of course, has significantly influenced the developments there.

Question: The Armenians who fled from Karabakh during the hostilities are returning. How safe is this?

Vladimir Putin: This is a very important, a very sensitive issue. It is to ensure the safety of these people that the Russian peacekeeping force has been deployed there. As you can see, this document bears the signatures of the Prime Minister of Armenia, the President of Azerbaijan and me. All of us are aware that, given the gravity of the conflict, the wounds are still raw; they have not healed yet because there were very many casualties. As I have said, suffering has

come to very many homes and families, both in Azerbaijan and in Armenia, as it is. Therefore, it will take time for the situation to settle down, so that people feel peace return to their hearts and souls, which is the main thing. Until then, we must ensure the real safety of the people, including refugees, who are returning to their homes on both sides. This is the mission of the Russian peacekeepers.

Question: That night, immediately after the agreement was signed, alarming news came from Yerevan barely within an hour. Passions flared up there, and we can see that they are still running high. The opposition is accusing Prime Minister Pashinyan of treason, of betraying the nation. But Pashinyan had said, literally the day before, that Armenia could have avoided the war had it ceded seven districts and the city of Shusha to Azerbaijan, but they rejected the idea, rose to the challenge and fought to the bitter end. Was that possibility really discussed during the negotiations?

Vladimir Putin: The return to Azerbaijan of five and later two more districts, which were under control (in fact under control of Armenia, let's put it straight), was discussed for a very long time. Back in 2013, Russia, acting within the framework of the OSCE Minsk Group, formulated the conditions which could help launch a peace process, as we saw it. Incidentally, all parties of the Minsk process, the OSCE Minsk Group, including the co-chairs—Russia, France and the United States—accepted and supported our idea.

The fundamental ideas of these proposals included the return of five districts controlled by Armenia at the first stage, to be followed by the return of two more districts, the creation of a corridor connecting Karabakh and Armenia in Azerbaijan's Lachin district (this is why it was tentatively called the Lachin Corridor), and the recognition of the status quo in Karabakh without the formalisation of its final status.

Indeed, I was telling our Armenian and Azerbaijani friends about this all the time; in my opinion, this would have resolved the matter. Unfortunately, we approached a final solution on this basis several times ... By the way, there was a mandatory condition, namely, the return of refugees on both sides, including Azerbaijani refugees and also Armenian refugees, to their homes. This, too, is an unconditional requirement of international humanitarian law. To my mind, there would have been no war, if we had managed to accomplish this and reached agreement on this basis. This is true, and I remain absolutely convinced of this.

Unfortunately, when we approached this, and it seemed that the matter would be resolved on this basis, obstacles emerged on both sides, and we were unable to overcome them. In the long run, the situation escalated into this bloody armed conflict that we just witnessed.

Speaking of Shusha, the issue of its transfer was never raised. I repeat, the final status of Nagorno-Karabakh was to be resolved in the future, and everyone was expected to agree that its status quo as an unrecognised state would be retained.

As for Shusha, this issue emerged during this conflict and this crisis. Indeed, this happened, but in what context? On October 19–20, I had a series of telephone conversations with President Aliyev and Prime Minister Pashinyan. At that time, the Armed Forces of Azerbaijan regained control over an insignificant part of Nagorno-Karabakh, namely, its southern section.

On the whole, I managed to convince President Aliyev that it was possible to end hostilities, but the return of refugees, including to Shusha, was a mandatory condition on his part.

Unexpectedly for me, the position of our Armenian partners was that they perceived this as something unacceptable. Prime Minister Pashinyan told me openly that he viewed this as a threat to the interests of Armenia and Nagorno-Karabakh. I do not quite understand the essence of this hypothetical threat, I mean, it was about the return of civilians to their homes, while the Armenian side was to have retained control over this section of Nagorno-Karabakh, including Shusha, and meaning that our peacekeepers were there, which we have agreed upon both with Armenia and Azerbaijan. At that point, the Prime Minister told me that his country could not agree to this, and that it would struggle and fight. Therefore, these accusations of treason against him are absolutely groundless. On the other hand, it remains unclear whether this was right or wrong. This is a different matter, but there was certainly no treason here.

Question: You mentioned the OSCE Minsk Group. Earlier, France and the United States as the group's co-chairs asked Russia to clarify Turkey's role in the Nagorno-Karabakh settlement. Overall, there are many questions regarding the joint centre for monitoring the ceasefire, established together with Turkey. President Erdogan and Turkey's Foreign Minister claimed that Turkey will take part in the peacekeeping mission with Russia. Is this the case? What will the centre do? Of most interest, where will it be headquartered?

Vladimir Putin: Regarding Turkey and its role, it is well known, as Azerbaijan has explained on numerous occasions. Turkey has never made any secret that Azerbaijan has its unilateral support.

What can I tell you? These are the geopolitical ramifications of the breakdown of the Soviet Union. So far we have been discussing this topic in broad terms, but the developments we are currently witnessing are the specific manifes-

tations of these consequences. What am I talking about here? Well, Azerbaijan is an independent sovereign state, and has every right to choose allies as it deems fit. Who can deny it this right? This is my first point.

Second, as I have already mentioned, nobody has recognised Karabakh's independence, even Armenia. What does this mean in terms of international law? It means that Azerbaijan sought to recover territories which Azerbaijan, and the entire international community, view as Azerbaijani territory. In this context, it had the right to choose any ally who could assist it in this endeavour.

By the way, Turkey was originally a member of the OSCE Minsk Group for the Nagorno-Karabakh settlement. This means that it was part of the international institution, the international mechanism designed to facilitate the settlement. Turkey was not a co-chair though. There were three co-chairs: France, Russia and the United States. Turkey was not part of this group. Still, it was a member, one of the 11 states.

You can assess Turkey's actions any way you want, but it can hardly be accused of violating international law. There may be varying subjective assessments, but what I have just described is the actual state of affairs.

As for the peacekeeping mission, it is true that Azerbaijan and Turkey kept speaking about the possibility of Turkish involvement in peacekeeping operations. I believe I eventually managed to convince our Turkish partners and our Azerbaijani colleagues that we should not create conditions or motives for undermining our agreements, which could provoke one of the parties to take extreme measures or actions.

I am referring to the bitter legacy of the past, the tragic and bloody events that took place during the First World War, the genocide. This is a factor that can be recognised or rejected; some people do and others don't recognise it.

This is not a problem for Russia; we have long recognised it. But why provoke the Armenian side by the presence of Turkish military personnel on the contact line? I believe that President Erdogan was and is fully aware of this.

We had no problems with that. We agreed that Turkey, acting at the request of Azerbaijan, would take part in monitoring compliance with the ceasefire conditions. We will do this together with Turkey. What I mean is that we have positive experience of collaboration in the Middle East, including in Syria, where we are working together with Turkey to organise joint patrols and convoys in the Idlib zone and on the Syrian-Turkish border.

There is no need for this kind of interaction in Nagorno-Karabakh, but we have agreed to set up a joint centre, which will make use of unmanned aerial vehicles, drones, to jointly monitor the situation along the contact line, to jointly retrieve and analyse the information and, of course, to draw online conclusions from what is really taking place on the ground in real time.

As for where this centre will be located, this is quite another matter. It is obvious that it will be deployed on the sovereign territory of Azerbaijan, and Azerbaijan is free to decide where it would be expedient to locate the centre.

Question: I am referring to subjective assessments. There is much talk about Turkey's role in this region. What is your general assessment of its role in what has happened over the past few months?

Vladimir Putin: I think that assessing Turkey's role is not part of my duties. Different people, different countries are assessed differently. As of now, there are different relations shaping up between this or that state and Turkey. We know the history, often dramatic history of relations between Turkey and Russia over the centuries.

But do you know what I would like to focus on? The fact that many European nations had, let us say, an equally difficult and tragic history of relations with each other. France and Germany are a case in point. How many wars did they have with each other? Today they are jointly performing their NATO defence and security duties the way they think fit and are cooperating within the European Economic Community. They have overcome all this and stepped over it, and they are moving forward in the interests of their nations' future. Why cannot we do the same here, in the Black Sea region?

Certainly, our positions and points of view are not always the same, nor are they the same in all respects. Occasionally, they are diametrically opposite. But this is what the art of diplomacy is all about: finding compromises. And any compromise is based on respect for one's partner.

Question: There is a feeling that France and the United States resent not being invited to participate in the agreement. Does the OSCE Minsk Group format have a future?

Vladimir Putin: Well, I don't know about them resenting anything. There is nothing to resent or hold a grudge, where problems are dealt with at so high a level and in such a context, and where the issues at stake are the health, lives and fates of millions of people for a long time to come. Some totally different categories are taken into consideration here. I think that, in fact, this is a hyperbole, an exaggeration—that someone resents something.

Regarding the role of France and the United States, I have a very high opinion of it because France and the United States have always been in the know, and they have always looked for various options to resolve this problem. As I have

said, France and the United States mostly supported our proposal and worked together starting from 2013, when Russia suggested the basis for a future peace settlement format.

The question is whether it was possible to take into account all the details of each partners' opinions while drafting the final document that formed the basis of our trilateral agreement and the ceasefire agreement. However, this is a purely technical matter because it does not undermine the foundation of our common position regarding the peace process principles. Our statement is based completely on the trilateral position.

Regarding the signing ceremony and the signatories themselves, please note that, as I have said, I had a series of telephone conversations with President Aliyev and Prime Minister Pashinyan on October 19–20. On the whole, I got the impression that we had almost reached agreements on ending hostilities. Unfortunately, this did not work out.

The situation started developing in such a way that, on the whole, a predictable scenario took place. To be precise, the armed forces of the Republic of Azerbaijan established control over Shusha. To the best of my knowledge, Prime Minister Pashinyan made an absolutely fair and honest statement while addressing the people of Armenia yesterday. He said that the situation became critical for the Armenian side. It was a matter of hours. Stepanakert could have been taken and they could have continued to move on. To be honest, it was in Armenia's interests to immediately cease hostilities. There was no time for holding additional consultations within the framework of the OSCE Minsk Group. This would have been simply unrealistic. We have to proceed from realities that have now taken shape on the battlefield. This is exactly what we did in the interests of the people of Azerbaijan and Armenia.

Question: You said, and everyone is aware of that, nobody made a secret of the fact that Azerbaijan was supported by Turkey. There were many reports about the deployment of fighters from the Middle East to the conflict zone. Did Armenia receive any support? Did it feel this support, considering that Armenia is a member of the CSTO?

Vladimir Putin: I would like you to go back to what I said at the beginning. Armenia did not recognise the independence and sovereignty of Nagorno-Karabakh. In terms of international law, it meant that Nagorno-Karabakh and the adjoining districts were an inalienable part of the Republic of Azerbaijan.

The CSTO treaty on collective security stipulates mutual assistance in the event of an aggression against the territory of CSTO member states. Nobody attempted to invade the territory of the Republic of Armenia. Therefore, we had no right to become directly involved in these hostilities.

As for whether Armenia felt abandoned, I can assure you that the Russian Federation honoured all of its commitments within the framework of multilateral and bilateral obligations, including in the area of military technical cooperation, for which the Armenian authorities, including Prime Minister Pashinyan, expressed gratitude on numerous occasions, pointing out that Russia was fully complying with its obligations in keeping with its obligations in this sphere—sorry for using the same word.

Incidentally, we proceeded from the assumption—you have mentioned the role of Turkey and unofficial armed groups—that a balance of forces should be respected even in the event of such a serious clash. I can assure you that Armenia did not feel abandoned or forgotten. And Russia did everything it could to prevent this. But whatever happened on the battlefield, happened, as Prime Minister Pashinyan openly and honestly said in his address to the nation, in his yesterday's statement.

Question: Back to the domestic political situation in Armenia, which is very dramatic. The Armenian President is urging new parliamentary elections and a transfer of power to a government of national accord. The country is, in fact, on the boil. Is there a danger that power will eventually fall into the hands of people who will simply refuse to implement what has been signed?

Vladimir Putin: That would be suicidal.

Let me repeat it once again: Prime Minister Pashinyan—he is finding it tough, of course,—but he has drawn the true picture of the state of affairs as it is now, as it was at the moment when we were signing our trilateral statement, and as it is today. I have nothing to add. He told the whole truth in a truthful and absolutely honest manner; I repeat, there is nothing to add here. So, it is up to each side whether it complies or not with the agreements that have been reached, but, I repeat, it would be a huge mistake [not to comply]. I hope that this will not happen. This is my first point.

Second, where the domestic political situation is concerned, this is no business of ours, this is Armenia's business. Armenia is an independent and sovereign state. This state has the right to address its internal affairs as it sees fit. But if you want to hear my assessment, a country at war or threatened with a resumption of hostilities cannot afford, as was always the case over years past, to behave, including in the area of power organisation, in a way that splits society from within. I think this is absolutely inadmissible, counterproductive and highly dangerous. As I see it, we are witnessing, at least in part, what has been happening in recent period.

Question: After the agreement, Russian peacekeepers were rapidly redeployed to the conflict zone. Is their present number sufficient to perform the mission that has been assigned to them? Another important question is whether the officers and men will receive the so called combat extra for this service?

Vladimir Putin: We have relevant laws [for such cases]. This has also been regulated by relevant Presidential executive orders that were issued earlier. Officers and men performing peacekeeping functions, performing this mission, will be paid extras, but for performing their peacekeeping functions abroad rather than for being involved in combat operations.

As for whether [their number] is sufficient or not, this matter should be addressed based on real requirements of everyday life, which arise, of course, every day. In principle, we proceed from the assumption that this is sufficient. But if something can and must be changed, this will only be done in coordination with all sides.

Question: You have said several times that you talked with the Prime Minister of Armenia and with the President of Azerbaijan on numerous occasions, and you mentioned this before as well. Going back to that night, exactly when and how did the document become what we eventually saw?

Vladimir Putin: As you may be aware, it was a difficult and I would say physically demanding process for all sides. This was taking place through trilateral consultations. Actually, I had to assume the role of intermediary, talking with one leader and then the other, listening to their demands and complaints about the text, making amendments to it and then holding consultations with the other party on the amendments' acceptability to the other partners. But it was essentially an equal and equitable trilateral process.

Question: Did it happen on that day or were any efforts taken before that?

Vladimir Putin: It all happened exactly on that day.

Going back to what Prime Minister Pashinyan said, developments in the zone of hostilities took a turn that, frankly speaking, pushed Armenia up against the wall, so that it had to make a decision. Nevertheless, we must give them credit: even in that situation both parties fought for every phrase, every clause and even every comma.

Question: That night we witnessed your conversation, via videoconference, with Aliyev. Pashinyan did not take part in it. Why?

Vladimir Putin: You should ask him about that. He simply did not consider this possible or necessary. Indeed, it was not the picture but the essence of our agreements that mattered.

Question: People in Armenia and Armenians in Russia continue to complain that the outcome is the result of the Armenian leadership's peculiar position, to put it mildly, including towards Russia. What do you think about this?

Vladimir Putin: I do not understand what they mean. I do not see any peculiar features in our recent relations with Armenia, including after Pashinyan became prime minister. It is true that I have said about the current situation—but I also believed this several years ago—that a country in a difficult position, a country on the brink of hostilities must not allow internal political decisions, including when it comes to the system of power, to be made on the street. Nothing good can come from this. Nothing good can come from splitting society. We must consolidate society, not split it.

Everyone is aware of my position. I have put it forth openly, and I do not feel embarrassed to say this openly today as well. However, this has not affected our relations. Yes, I had good relations with the previous leaders, but I never made secret of this. And this has not affected our interstate ties in any way, because, first, we developed trust-based and constructive personal relations. So I do not understand these suggestions. This is the first point.

Second, and most important, apart from individuals enjoying a degree of trust in their own country, there are also the people. Speaking about the Armenian people, Russia and Armenians have centuries-old relations that go back to a distant past.

Our relations are based on cultural and religious affinity, and there are many things in history that bind us together. This is even more important than relations between individuals. We remember this, we will never forget this, and this is what lies at the core of our interaction with Armenia.

Quelle: Replies to media questions on developments in Nagorno-Karabakh, Kremlin.ru, 17.11.2020. Abrufbar unter <http://en.kremlin.ru/events/president/news/copy/64431>.

STATISTIK

Covid-19 in Russland

Grafik 1: Ausbreitung von Covid-19 im Vergleich (Fälle pro 100.000 Einwohner, 1. März – 20. November 2020)

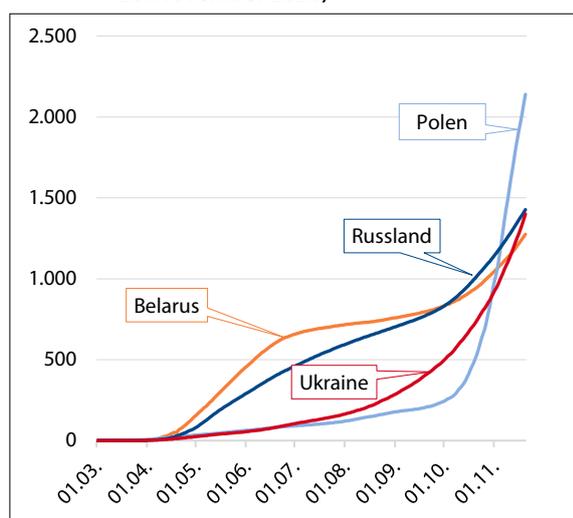


Tabelle 1: Ausbreitung von Covid-19 im Vergleich (Fälle, 8. – 20. November 2020)

Datum	Belarus	Polen	Russland	Ukraine
08.11.	106.279	546.425	1.760.420	474.245
09.11.	107.262	568.138	1.781.997	483.153
10.11.	108.300	593.592	1.802.762	493.544
11.11.	109.357	618.813	1.822.345	504.423
12.11.	110.455	641.496	1.843.678	515.755
13.11.	111.622	665.547	1.865.395	527.808
14.11.	112.870	691.118	1.887.836	540.593
15.11.	114.185	712.972	1.910.149	551.533
16.11.	115.448	733.788	1.932.711	561.581
17.11.	116.699	752.940	1.954.912	573.758
18.11.	118.008	772.823	1.975.629	586.522
19.11.	119.390	796.798	1.998.966	600.152
20.11.	120.847	819.262	2.023.025	614.986

Die detaillierten Werte vom 01.03.–07.11.2020 können in der Statistik »Covid-19 in Russland« in den Russland-Analysen 393 eingesehen werden. Auch wenn die Zahlen alle aus einer Quelle stammen, sind sie nur begrenzt vergleichbar, da sich zwischen den Ländern der Umfang der Tests und die Erfassung von Covid-19 als Todesursache teilweise deutlich unterscheiden.
 Quelle: Johns Hopkins Universität. Stand: 20.11.2020, 13:25 Uhr MESZ <https://coronavirus.jhu.edu/map.html>; https://github.com/CSSEGISandData/COVID-19/blob/master/csse_covid_19_data/csse_covid_19_time_series/time_series_covid19_confirmed_global.csv; Einwohnerzahlen: CIA World Factbook, <https://www.cia.gov/library/publications/the-world-factbook/>

Grafik 2: Todesfälle durch Covid-19 im Vergleich (Todesfälle pro 100.000 Einwohner, 1. März – 20. November 2020)

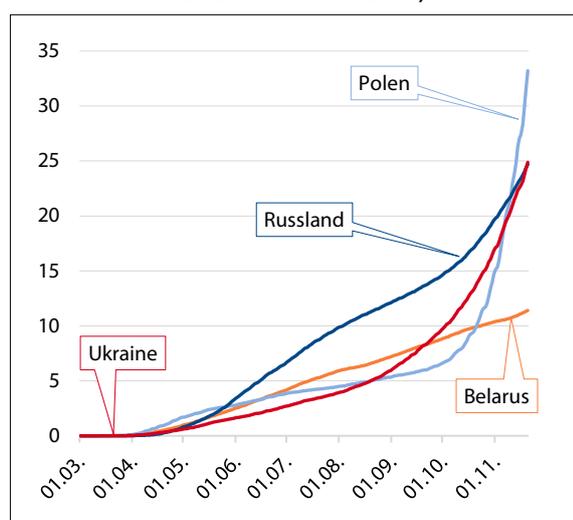


Tabelle 2: Todesfälle durch Covid-19 im Vergleich (8. – 20. November 2020)

Datum	Belarus	Polen	Russland	Ukraine
08.11.	1.007	7.872	30.292	8.695
09.11.	1.011	8.045	30.546	8.812
10.11.	1.016	8.375	30.899	9.018
11.11.	1.022	8.805	31.326	9.214
12.11.	1.027	9.080	31.755	9.422
13.11.	1.033	9.499	32.156	9.604
14.11.	1.039	10.045	32.536	9.806
15.11.	1.046	10.348	32.885	9.904
16.11.	1.053	10.491	33.184	10.002
17.11.	1.060	10.848	33.619	10.168
18.11.	1.067	11.451	34.068	10.431
19.11.	1.074	12.088	34.525	10.694
20.11.	1.081	12.714	34.980	10.929

Die detaillierten Werte vom 01.03.–07.11.2020 können in der Statistik »Covid-19 in Russland« in den Russland-Analysen 393 eingesehen werden. Auch wenn die Zahlen alle aus einer Quelle stammen, sind sie nur begrenzt vergleichbar, da sich zwischen den Ländern der Umfang der Tests und die Erfassung von Covid-19 als Todesursache teilweise deutlich unterscheiden.
 Quelle: Johns Hopkins Universität. Stand: 20.11.2020, 13:25 MESZ <https://coronavirus.jhu.edu/map.html>; https://github.com/CSSEGISandData/COVID-19/blob/master/csse_covid_19_data/csse_covid_19_time_series/time_series_covid19_deaths_global.csv; Einwohnerzahlen: CIA World Factbook, <https://www.cia.gov/library/publications/the-world-factbook/>

Covid-19-Chronik, 2. – 13. November 2020

Datum	Covid-19-Fälle in Russland (Zahlen der Johns-Hopkins-Universität)*	Ereignis
02.11.2020	1.642.665	Die Zahl der offiziell bestätigten Covid-19-Infektionen ist in Russland innerhalb der vergangenen 24 Stunden um 18.260 auf insgesamt 1.655.038 angestiegen. Offiziell gibt es 28.473 Todesfälle. Den höchsten Zuwachs verzeichnet Moskau mit 4.796 neuen Fällen innerhalb von 24 Stunden.
02.11.2020	1.642.665	Der Moskauer Bürgermeister Sergej Sobjanin verlängert die wegen der Ausbreitung des Coronavirus geltenden Kontaktbeschränkungen für Menschen über 65 Jahre und chronisch Kranke bis zum 29. November 2020. Außerdem gilt für Firmen weiterhin die Pflicht zur Beschäftigung von mindestens 30 Prozent der Mitarbeitenden in Heimarbeit.
02.11.2020	1.642.665	Laut einer aktuellen Umfrage des Meinungsforschungsinstituts »Lewada-Zentrums« sind nur 36 Prozent der russischen Bevölkerung bereit, sich impfen zu lassen, sobald ein Impfstoff zur Verfügung steht. 59 Prozent sprachen sich gegen eine Impfung aus, da Zweifel an der Zuverlässigkeit des Impfstoffs bestehen. Im August hatten nur 53,8 Prozent der Befragten Zweifel geäußert.
02.11.2020	1.642.665	Die Leiterin der russischen Verbraucherschutzbehörde »Rospotrebnadzor«, Anna Popowa, gibt bekannt, dass nur in zwei Regionen Russlands die Zahl der Covid-19-Infektionen rückläufig sei. In 33 von 85 Regionen nehme die Zahl dagegen zu.
03.11.2020	1.661.096	Der Präsident der russischen autonomen Republik Altaj, Oleg Chorochorin, ist an Covid-19 erkrankt. Er leide nur an leichten Symptomen und befinde sich in häuslicher Quarantäne, teilte das Pressezentrum der Regionalregierung mit.
03.11.2020	1.661.096	Die Zahl der offiziell bestätigten Covid-19-Infektionen ist in Russland innerhalb der vergangenen 24 Stunden um 18.648 auf insgesamt 1.673.686 angestiegen. Offiziell gibt es 28.828 Todesfälle. Den höchsten Zuwachs verzeichnet Moskau mit 5.150 neuen Fällen innerhalb von 24 Stunden.
03.11.2020	1.661.096	Der Gesundheitsminister der Oblast Nowosibirsk, Konstantin Chalsow, gibt bekannt, dass geplante medizinische Behandlungen wie Vorsorgetermine oder Operationen ausgesetzt würden. Die gewonnenen Kapazitäten würden zur Behandlung von Covid-19-PatientInnen eingesetzt. Seit Beginn der Pandemie wurden in der Oblast offiziell 17.844 Covid-19-Fälle gemeldet, 600 PatientInnen starben.
04.11.2020	1.680.579	Die Zahl der offiziell bestätigten Covid-19-Infektionen ist in Russland innerhalb der vergangenen 24 Stunden um 19.768 auf insgesamt 1.693.454 angestiegen. Offiziell gibt es 29.217 Todesfälle. Den höchsten Zuwachs verzeichnet Moskau mit 5.826 neuen Fällen innerhalb von 24 Stunden.
05.11.2020	1.699.695	Der Moskauer Bürgermeister Sergej Sobjanin verlängert den Fernunterricht der Schulklassen sechs bis elf bis zum 22. November 2020. Seit Ende der Herbstferien befinden sich die SchülerInnen im Fernunterricht. Diese Regelung ist eine der Maßnahmen zur Eindämmung der Covid-19-Pandemie.
05.11.2020	1.699.695	Die Zahl der offiziell bestätigten Covid-19-Infektionen ist in Russland innerhalb der vergangenen 24 Stunden um 19.404 auf insgesamt 1.712.858 angestiegen. Offiziell gibt es 29.509 Todesfälle. Den höchsten Zuwachs verzeichnet Moskau mit 5.255 neuen Fällen innerhalb von 24 Stunden.
05.11.2020	1.699.695	Der Präsident der russischen Teilrepublik Karelien, Artur Parfentschikow, versetzt die SchülerInnen der Klassenstufen fünf bis zehn in den Fernunterricht. Diese Maßnahme wird mit der steigenden Zahl an Covid-19-Infektionen begründet. In den vergangenen 24 Stunden wurden 217 Neuinfektionen in der Republik gemeldet. Dies ist der höchste Anstieg seit Beginn der Pandemie im März 2020.

Datum	Covid-19-Fälle in Russland (Zahlen der Johns-Hopkins-Universität)*	Ereignis
05.11.2020	1.699.695	Der stellvertretende Gouverneur von Sankt Petersburg, Oleg Jergaschew, teilt mit, dass in der Stadt noch neun Prozent der 8.653 Intensivbetten für Covid-19-PatientInnen zur Verfügung stehen. Zurzeit würden im Schnitt pro Tag 600 PatientInnen ins Krankenhaus eingeliefert. Die Stadt plane, die Bettenkapazität weiter zu erhöhen.
05.11.2020	1.699.695	China setzt aufgrund der steigenden Covid-19-Infektionszahlen in Russland die Einreise von Personen mit gültigen Visa und Aufenthaltsgenehmigungen aus Russland aus.
06.11.2020	1.720.062	In Sankt Petersburg gelten ab dem 09. November 2020 wieder Beschränkungen der Teilnehmendenzahl bei öffentlichen Veranstaltungen in geschlossenen Räumen. Die Personenzahl wird dabei auf 70 begrenzt. Eine Ausnahme bilden kulturelle Einrichtungen und solche von Sportveranstaltern. Außerdem empfehlen die Behörden den ansässigen Unternehmen, mindestens 30 Prozent ihrer Mitarbeitenden ins Homeoffice zu versetzen. Diese Regelungen sind eine Reaktion auf die ansteigenden Covid-19-Fallzahlen.
06.11.2020	1.720.062	Die Zahl der offiziell bestätigten Covid-19-Infektionen ist in Russland innerhalb der vergangenen 24 Stunden um 20.582 auf insgesamt 1.733.440 angestiegen. Dies ist der höchste Anstieg innerhalb von 24 Stunden seit Beginn der Pandemie im März 2020. Offiziell gibt es 29.887 Todesfälle. Den höchsten Zuwachs verzeichnet Moskau mit 6.253 neuen Fällen innerhalb von 24 Stunden.
06.11.2020	1.720.062	Die russische Statistikbehörde »Rosstat« schätzt, dass die Covid-19-Sterblichkeit im September im Vergleich zum Vormonat um 20 Prozent zugenommen hat.
07.11.2020	1.740.172	Die Oblast Tula verlängert die Kontaktbeschränkungen für Menschen über 65 Jahre und chronisch Kranke bis zum 23. November 2020. Diese Maßnahme ist seit Beginn der Covid-19-Pandemie im März 2020 in Kraft und wurde seitdem regelmäßig verlängert. In Tula wurden seit Beginn der Pandemie 13.141 Covid-19-Fälle gemeldet, 433 PatientInnen starben.
07.11.2020	1.740.172	Die Zahl der offiziell bestätigten Covid-19-Infektionen ist in Russland innerhalb der vergangenen 24 Stunden um 20.396 auf insgesamt 1.753.836 angestiegen. Offiziell gibt es 30.251 Todesfälle. Den höchsten Zuwachs verzeichnet Moskau mit 5.829 neuen Fällen innerhalb von 24 Stunden.
08.11.2020	1.760.420	Die Zahl der offiziell bestätigten Covid-19-Infektionen ist in Russland innerhalb der vergangenen 24 Stunden um 20.498 auf insgesamt 1.774.334 angestiegen. Offiziell gibt es 30.537 Todesfälle. Den höchsten Zuwachs verzeichnet Moskau mit 5.751 neuen Fällen innerhalb von 24 Stunden.
08.11.2020	1.760.420	Der Ministerpräsident der russischen Teilrepublik Karelien, Aleksandr Tschepik, ist an Covid-19 erkrankt. Dies teilte der karelische Präsident, Artur Parfentschikow mit.
09.11.2020	1.781.997	Die Zahl der offiziell bestätigten Covid-19-Infektionen ist in Russland innerhalb der vergangenen 24 Stunden um 21.798 auf insgesamt 1.796.132 angestiegen. Dies ist der höchste Anstieg innerhalb von 24 Stunden seit Beginn der Covid-19-Pandemie im März 2020. Offiziell gibt es 30.793 Todesfälle. Den höchsten Zuwachs verzeichnet Moskau mit 6.897 neuen Fällen innerhalb von 24 Stunden.
09.11.2020	1.781.997	Der Gouverneur der Oblast Moskau, Andrej Worobjow, kündigt an, dass ab dem 11. November 2020 die sogenannten Sozialkarten, mit denen ältere Menschen und chronisch Kranke umsonst öffentliche Verkehrsmittel nutzen können, gesperrt würden. Damit soll die Bewegungsfreiheit dieser Bevölkerungsgruppe eingeschränkt werden. Außerdem werden Universitäten ab dem 16. November 2020 erneut zum Fernunterricht übergehen. Dies geschieht vor dem Hintergrund steigender Covid-19-Infektionszahlen.
09.11.2020	1.781.997	Der russische Gesundheitsminister Michail Muraschko gibt bekannt, dass im ganzen Land zur Behandlung von Covid-19-PatientInnen rund 260.000 Krankenhausbetten zur Verfügung stehen. Diese seien aktuell zu 82 Prozent belegt.

Datum	Covid-19-Fälle in Russland (Zahlen der Johns-Hopkins-Universität)*	Ereignis
10.11.2020	1.802.762	Die Zahl der offiziell bestätigten Covid-19-Infektionen ist in Russland innerhalb der vergangenen 24 Stunden um 20.977 auf insgesamt 1.817.109 angestiegen. Offiziell gibt es 31.161 Todesfälle. Den höchsten Zuwachs verzeichnet Moskau mit 5.902 neuen Fällen innerhalb von 24 Stunden.
10.11.2020	1.802.762	Der Moskauer Bürgermeister Sergej Sobjanin erlässt vor dem Hintergrund weiter steigender Covid-19-Infektionszahlen ein Verbot der Veranstaltung von Kultur- und Freizeitveranstaltungen vor Publikum. Das Verbot schließt die Öffnung von Museen, Ausstellungen und Bibliotheken ein. Eine Ausnahme gilt für Theater, Kinos und Konzerte – ein Viertel der Sitzplätze darf hier belegt sein. Die Arbeit von Kindertagesstätten wird eingestellt. Sportveranstaltungen dürfen bis zum 15. Januar 2021 nur mit Genehmigung des Sportministeriums durchgeführt werden. Bars und Nachtclubs müssen um 23 Uhr schließen.
11.11.2020	1.822.345	Der Gouverneur der Region Kamtschatka, Wladimir Solodow, ist mit Covid-19 infiziert. Er leide nur an leichten Symptomen und befinde sich in Quarantäne.
11.11.2020	1.822.345	Die Zahl der offiziell bestätigten Covid-19-Infektionen ist in Russland innerhalb der vergangenen 24 Stunden um 19.851 auf insgesamt 1.836.960 angestiegen. Offiziell gibt es 31.593 Todesfälle. Den höchsten Zuwachs verzeichnet Moskau mit 4.477 neuen Fällen innerhalb von 24 Stunden.
11.11.2020	1.822.345	Der Gouverneur von Sankt Petersburg, Aleksandr Beglow, veröffentlicht in Reaktion auf steigende Covid-19-Fallzahlen ein Dekret, mit dem er verfügt, dass ab sofort bis zum 15. Januar 2021 alle Veranstaltungen mit mehr als 50 Personen der Genehmigung durch die städtischen Behörden bedürfen. Außerdem dürfen Theater, Konzert- und Veranstaltungssäle nur noch die Hälfte der vorhandenen Sitzplätze besetzen. Beschäftigte über 65 Jahren und chronisch Kranke müssen im Homeoffice arbeiten. Außerdem gilt ab sofort wieder eine Kontaktbeschränkung für diese Personengruppen.
11.11.2020	1.822.345	Der russische Gesundheitsminister Michail Muraschko teilt mit, dass die Massenproduktion des vom »Gamaleja-Institut« entwickelten Covid-19-Impfstoffs »Sputnik V« begonnen habe. Er sei ab sofort für den zivilen Gebrauch zugelassen. Ziel sei es, bis Ende 2020 mindestens 1,5 Millionen RussInnen gegen Covid-19 zu impfen, erläuterte Aleksandr Ginsburg, Direktor des »Gamaleja-Instituts«.
12.11.2020	1.843.678	Die Zahl der offiziell bestätigten Covid-19-Infektionen ist in Russland innerhalb der vergangenen 24 Stunden um 21.608 auf insgesamt 1.858.568 angestiegen. Offiziell gibt es 32.032 Todesfälle. Den höchsten Zuwachs verzeichnet Moskau mit 5.997 neuen Fällen innerhalb von 24 Stunden.
12.11.2020	1.843.678	Der russische Ministerpräsident Michail Mischustin unterzeichnet ein Dekret, mit dem die Steuererleichterungen für kleine und mittlere Unternehmen aus den am stärksten von der Covid-19-Pandemie betroffenen Branchen um drei Monate, bis Ende 2020, verlängert werden. Die Steuererleichterungen waren im Frühjahr 2020 vor dem Hintergrund des ersten Covid-19-bedingten Lockdowns für ein halbes Jahr gewährt worden. Nutznießende der Regelungen sind Personen, die ein Unternehmen in der Kultur-, Tourismus- und Unterhaltungsbranche sowie der Gastronomie und dem Sport haben.
13.11.2020	1.865.395	Die Zahl der offiziell bestätigten Covid-19-Infektionen ist in Russland innerhalb der vergangenen 24 Stunden um 21.983 auf insgesamt 1.880.551 angestiegen. Offiziell gibt es 32.443 Todesfälle. Den höchsten Zuwachs verzeichnet Moskau mit 5.974 neuen Fällen innerhalb von 24 Stunden.
13.11.2020	1.887.836	Der Gouverneur der Oblast Wladimir, Wladimir Sipjagin, erkrankt an Covid-19. Er befindet sich in häuslicher Quarantäne.

* Quelle: Johns-Hopkins-Universität, Stand 14.11.2020; die Zahlen der Infizierten in den einzelnen Chronikmeldungen stammen aus Meldungen russischer Medien.

Zusammengestellt von Alena Schwarz

2. – 13. November 2020

02.11.2020	Der US-amerikanische Whistleblower Edward Snowden und seine Ehefrau beantragen die russische Staatsbürgerschaft. Russland gewährte Snowden im Jahr 2013 Asyl, nachdem dieser streng geheime Dokumente über die Überwachungspraktiken der US-Nachrichtendienste veröffentlicht hatte. Vor kurzem hatten Snowden und seine Frau den unbegrenzten Aufenthaltsstatus erhalten.
02.11.2020	Der Euro steigt zum ersten Mal seit dem 16. Dezember 2014 auf einen Preis von über 94 Rubel. Der Dollar wird mit 80 Rubel gehandelt. ExpertInnen erklären den Preisverfall des Rubels mit fallenden Ölpreisen und der Anspannung des Marktes vor der US-Präsidentschaftswahl.
03.11.2020	Der stellvertretende Moskauer Bürgermeister, Wladimir Jefimow, der für die Wirtschaftspolitik der Stadt verantwortlich ist, teilt mit, dass Moskau im Jahr 2021 zur Finanzierung des städtischen Haushalts das erste Mal seit zehn Jahren wieder Kredite aufnehmen wird. Es sei wichtig, die gestiegenen Ausgaben trotz der sinkenden Einnahmen zu diesem Zeitpunkt nicht zu reduzieren, da diese unter anderem auf die Unterstützungsleistungen der Stadt zur Verringerung der Folgen der Coronavirus-Pandemie zurückzuführen sind.
05.11.2020	In Moskau wird der Aktivist Pawel Krišewitsch festgenommen. Er hatte vor dem Hauptgebäude des russischen Inlandsgeheimdienstes (FSB) Strafgesetzbücher angezündet und sich selbst an ein großes Kreuz gefesselt. Damit wollte Krišewitsch auf die Situation politischer Gefangener in Russland aufmerksam machen.
06.11.2020	Die Zahl der ArbeitsmigrantInnen in Russland ist laut Berichten des russischen Innenministeriums im September 2020 im Vergleich zum Vorjahreszeitraum um fast ein Viertel auf etwa 1,8 Millionen zurückgegangen. Im Vorjahr seien es noch 2,3 Millionen gewesen.
06.11.2020	Der Pressedienst des Innenministeriums des Föderalbezirks Sibirien gibt bekannt, dass die Erkrankung des Oppositionspolitikers Aleksej Nawalnyj im August 2020 keine Vergiftung gewesen sei, sondern eine Stoffwechselstörung im Zusammenhang mit einer chronischen Pankreatitis. Die Diagnose einer Vergiftung sei durch klinische Studien nicht bestätigt worden. Nawalnyj war im August 2020 bewusstlos in ein Krankenhaus in Omsk eingeliefert und später zur Weiterbehandlung nach Deutschland ausgeflogen worden. Verschiedene unabhängige Labors bestätigten inzwischen die Diagnose deutscher ÄrztInnen, die eine Vergiftung mit dem Nervengift »Nowitschok« feststellten.
06.11.2020	Der populäre russische Satiriker Michail Shwanezkij stirbt im Alter von 86 Jahren in Moskau. Shwanezkij war in Russland vor allem bekannt für seine Skizzen, die sich mit alltäglichen Szenen der sowjetischen sowie der post-sowjetischen Gesellschaft befassen.
07.11.2020	In Chabarowsk findet eine nicht genehmigte Protestaktion zur Unterstützung des am 09. Juli 2020 festgenommenen ehemaligen Gouverneurs der Region, Sergej Furgal, statt. Nach offiziellen Angaben nahmen weniger als 250 Menschen an der Aktion teil.
07.11.2020	Der Gouverneur der Oblast Omsk, Aleksandr Burkow, ernennt den Chefarzt der Klinik, in die Aleksej Nawalnyj im August mit Vergiftungserscheinungen eingeliefert worden war, zum Gesundheitsminister der Oblast. Aleksandr Murachowskij tritt die Nachfolge der am 06. November 2020 zurückgetretenen Irina Soldatowa an.
07.11.2020	Der russische Präsident Wladimir Putin spricht mit seinem französischen Amtskollegen Emmanuel Macron über den seit Ende September andauernden Konflikt in Bergkarabach. Russland betätigt sich zurzeit als Vermittler zur Erreichung eines Waffenstillstandes. Auf dessen Grundlage soll eine diplomatische Lösung des Konflikts im Rahmen der Minsker Gruppe der OSZE erreicht werden.
09.11.2020	Der russische Präsident Wladimir Putin unterzeichnet ein Dekret, mit dem er die Zahl der Stellvertretenden des russischen Ministerpräsidenten von neun auf zehn erhöht.
09.11.2020	Der russische Präsident Wladimir Putin entlässt den Verkehrsminister Jewgenij Ditrich, den Umweltminister Dmitrij Kobylkin und den Bauminister Wladimir Jakuschew. Jakuschew wird die Nachfolge Nikolaj Zukanows als Präsidialgesandter für den Föderationskreis Ural antreten. Als Nachfolger Kobylkins ist Aleksandr Koslow im Gespräch, der zurzeit Minister für die Entwicklung des Fernen Ostens und der Arktis ist. Als Nachfolger des Bauministers schlägt Ministerpräsident Michail Mischustin Irek Fajsullin vor. Fajsullin war bisher stellvertretender Bauminister. Nach den mit der Verfassungsänderung am 04. Juli 2020 in Kraft getretenen neuen Regelungen muss die Staatsduma dem Vorschlag vor der Ernennung eines neuen Ministers oder einer neuen Ministerin zustimmen.
09.11.2020	In Armenien, nahe der Grenze zu Aserbaidschan, wird ein russischer Militärhubschrauber abgeschossen. Zwei russische Soldaten werden getötet, einer verwundet. Dies teilt das russische Verteidigungsministerium mit. Das aserbaidschanische Außenministerium gibt an, dass das aserbaidschanische Militär den Hubschrauber versehentlich abgeschossen habe und entschuldigt sich offiziell für den Vorfall. In der Region gibt es seit Ende September Kämpfe zwischen Armenien und Aserbaidschan um die Vorherrschaft in Bergkarabach.
10.11.2020	Armenien und Aserbaidschan unterzeichnen unter Vermittlung Russlands eine Erklärung zur Beendigung der seit Ende September andauernden Kampfhandlungen in Bergkarabach. Russland teilte mit, dass es eine Friedenstruppe nach Bergkarabach entsenden wird.

10.11.2020	Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte gibt der Klage des russischen Oppositionspolitikers Aleksej Nawalnyj statt. Dieser hatte geklagt, weil er sein Recht auf Freiheit und Sicherheit und sein Recht auf ein faires Verfahren im Zusammenhang mit seiner Verhaftung am 06. Mai 2012 verletzt sah. An diesem Tag, dem Tag vor der erneuten Amtseinführung Wladimir Putins als russischer Präsident, fanden die seit Dezember 2011 andauernden Massenproteste gegen Wahlfälschungen mit Massenverhaftungen auf dem sogenannten »Marsch der Millionen« in Moskau ein Ende. Zahlreiche Teilnehmer wurden der »Anstiftung zu Massenaufbruch« beschuldigt und verurteilt. Der EGMR spricht Nawalnyj in diesem Zusammenhang eine Entschädigung von 8.500 Euro zu.
10.11.2020	Die russische Staatsduma stimmt der Ernennung von Witalij Saweljew zum neuen Verkehrsminister zu. Außerdem wird Nikolaj Schulginow mit Zustimmung der Duma neuer Energieminister, Irek Fajsullin wird neuer Bauminister, Aleksej Tschekunow neuer Minister für die Entwicklung des Fernen Ostens. Aleksandr Koslow wird als Umweltminister bestätigt und Aleksandr Nowak wird neuer Stellvertretender Ministerpräsident. Der russische Präsident Wladimir Putin hatte am Vortag zahlreiche Minister entlassen. Aufgrund eines neuen Verfahrens nach der Verfassungsänderung im Juli muss nun die Staatsduma den Ernennungen neuer Minister und Ministerinnen durch den Ministerpräsidenten zustimmen.
11.11.2020	Ex-Umweltminister Dmitrij Kobytkin, der am 09. November 2020 von seinem Posten entlassen worden war, wird stellvertretender Generalsekretär der Regierungspartei »Jedinaja Rossija« (dt. »Einiges Russland«).
12.11.2020	Das russische Finanzministerium teilt mit, dass das Defizit des föderalen Haushalts in den Monaten Januar bis Oktober 2020 nach Schätzungen etwa 1,8 Billionen Rubel (etwa 19,6 Millionen Euro) betrage. Einnahmen von 15,1 Billionen Rubel (etwa 165 Millionen Euro) stehen Ausgaben in Höhe von 16,9 Billionen Rubel (etwa 184 Millionen Euro) gegenüber.
13.11.2020	Die russische Medienaufsichtsbehörde »Roskomnadsor« verfügt ab sofort über einen eigenen Kanal beim Messengerdienst »Telegram«. Mit demselben Dienst befindet die Behörde sich seit zwei Jahren im Rechtsstreit über die Herausgabe der Entschlüsselungscodes für Chatnachrichten und hat bereits mehrmals versucht, diesen zu blockieren.
13.11.2020	Der russische Präsident Wladimir Putin erlässt ein Dekret, mit dem er die Schaffung einer »Versammlung der Völker Russlands« anordnet. Verantwortlich für die Gründung wird die föderale Agentur für Nationalitätenfragen sein. Mit dieser Initiative sollen die nationale Politik verbessert und die gesamt-russische Identität gestärkt werden.

Die Chronik wird zeitnah erstellt und basiert ausschließlich auf im Internet frei zugänglichen Quellen. Die Redaktion der Russland-Analysen kann keine Gewähr für die Richtigkeit der Angaben übernehmen.

Zusammengestellt von Alena Schwarz

Sie können die gesamte Chronik seit 2003 (zusätzlich gibt es eine Kurzchronik für die Sowjetunion ab 1964 bzw. Russland ab 1992) auch auf <http://www.laender-analysen.de/russland/> unter dem Link »Chronik« lesen.

Herausgeber:

Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen
 Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V.
 Deutsches Polen-Institut
 Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien
 Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung
 Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOIS) gGmbH

Redaktion:

Dr. Fabian Burkhardt (verantwortlich)
 Assistenz: Leonie Eckl
 Chronik: Alena Schwarz
 Satz: Matthias Neumann

Wissenschaftlicher Beirat:

Dr. Sabine Fischer, Stiftung Wissenschaft und Politik, Berlin
 Prof. Dr. Alexander Libman, Freie Universität Berlin
 Prof. Dr. Jeronim Perović, Universität Zürich
 Dr. Cindy Wittke, Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung Regensburg

Die Meinungen, die in den Russland-Analysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Russland-Analysen-Layout: Cengiz Kibaroglu, Matthias Neumann und Michael Clemens

Alle Ausgaben der Russland-Analysen sind mit Themen- und Autorenindex archiviert unter www.laender-analysen.de

Die Russland-Analysen werden im Rahmen eines Lizenzvertrages in das Internetangebot der Bundeszentrale für politische Bildung (www.bpb.de) aufgenommen.

ISSN 1613-3390 © 2020 by Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen

Forschungsstelle Osteuropa • Länder-Analysen • Klagenfurter Str. 8 • 28359 Bremen • Telefon: +49 421-218-69600 • Telefax: +49 421-218-69607

e-mail: laender-analysen@uni-bremen.de • Internet-Adresse: <http://www.laender-analysen.de/russland/>



Kostenlose E-Mail-Dienste: Länder-Analysen

 @laenderanalysen

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig im kostenlosen Abonnement kompetente Einschätzungen aktueller politischer, wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Entwicklungen in Ostmitteleuropa und der GUS. Alle Länder-Analysen verstehen sich als Teil eines gemeinsamen Projektes, das der wissenschaftlich fundierten, allgemeinverständlich formulierten Analyse der Entwicklungen im östlichen Europa, der Offenheit für verschiedene inhaltliche Positionen und der kostenlosen und nicht-kommerziellen Information einer breit verstandenen interessierten Öffentlichkeit verpflichtet ist. Autor/innen sind internationale Fachwissenschaftler/innen und Expert/innen. Die Redaktionen der Länder-Analysen bestehen aus Wissenschaftler/innen mit langjähriger Forschungserfahrung.

Die deutschsprachigen Länder-Analysen werden gemeinsam von der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, dem Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien, der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde, dem Deutschen Polen-Institut, dem Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien und dem Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung herausgegeben. Die englischsprachigen Länder-Analysen erscheinen in Kooperation der Forschungsstelle Osteuropa mit dem Center for Security Studies (CSS) der ETH Zürich.

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig Kurzanalysen zu aktuellen Themen, ergänzt um Grafiken und Tabellen sowie Dokumentationen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Belarus-Analysen

Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/belarus/>

Caucasus Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/cad.html>

Polen-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.deutsches-polen-institut.de/newsletter/polen-analysen/>

Russland-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/russland/>

Russian Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/rad.html>

Ukraine-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/ukraine/>

Zentralasien-Analysen

Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/zentralasien/>

TWITTER, TWEET, RETWEET und das Twitter Logo sind eingetragene Markenzeichen von Twitter, Inc. oder angeschlossenen Unternehmen.